

26. Heft / 30. Dezember 1915

WILHELM KOLB · DER WEG DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE

KEINEM wirklichen Politiker können die Konsequenzen zweifelhaft sein, die sich aus der Politik des 4. August 1914 für die deutsche Sozialdemokratie ergeben. Ich habe sie vor einigen Monaten in einer kleinen Schrift zu skizzieren versucht.¹⁾ Wenn es einige wenige Parteigenossen gibt, die, obgleich seit Jahren ausgesprochene Vertreter der reformistischen Richtung in unserer Partei, dennoch in der Kriegsfrage auf einem andern Standpunkt stehen, so ist diese Tatsache wohl, wie auch Hugo Poetzsch neulich angedeutet hat²⁾, nur aus reinen Gefühlsgründen, nur psychologisch, nicht aber logisch zu verstehen. Freilich, man kann ja einen abstrakten Fall konstruieren, in dem unter bestimmten gegebenen Voraussetzungen auch ein Reformist Gegner der Bewilligung von Kriegskrediten sein könnte. Am 4. August 1914 hat es sich aber nicht um die Entscheidung über eine akademische sondern über eine eminent praktische Frage gehandelt, bei der es für einen folgerichtigen Reformisten keinerlei Zweifel über seine Stellungnahme geben konnte. Der Umstand, daß auch *Radikale* für die Bewilligung der Kredite eintraten, beweist alles eher als das, was zum Beispiel Genosse Fischer kürzlich daraus folgerte: daß nämlich diese Abstimmung keine Konsequenz für die künftige Politik und Taktik der Sozialdemokratie hat. Es kommt nämlich bei der politischen Beurteilung dieser Frage nicht auf die *Motive* an, von denen der einzelne Abgeordnete sich hat leiten lassen, sondern nur auf die tatsächlichen *Wirkungen*, die jener politische Akt für die Gesamtpartei haben muß. Und da steht die Sache allerdings so, daß durch ihn deutlich die Richtlinien einer kommenden Politik vorgezeichnet sind.

Die unmittelbare Folge der Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist eine grundsätzlich veränderte Stellung der Sozialdemokratie zum *Staat*. Die juristische Frage, auf welcher Seite das Recht, auf welcher das Unrecht in diesem Krieg ist, scheidet hier von vornherein aus. In den Sozialistischen Monatsheften ist oft genug dargelegt worden, daß die entscheidenden Kriegsursachen in dem englischen Streben nach Zurückdrängung Deutschlands zu suchen sind (welche poli-

¹⁾ Siehe meine Broschüre *Die Sozialdemokratie am Scheidewege* (Karlsruhe 1915).

²⁾ Siehe Poetzsch *Die Konsequenz des Reformismus*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 1273.

tischen und diplomatischen Fehler die Durchsetzung dieser Absichten auch erleichtert haben mögen). Indes, mag man darüber denken wie auch immer, mag man die Kriegsursachen auch ganz woanders suchen: am 4. August 1914, als der Krieg bereits ausgebrochen war, handelte es sich nicht mehr um Schuld oder Nichtschuld sondern um Sein oder Nichtsein der nationalen Existenz des deutschen Volkes. Über diese entscheidende Tatsache konnten Männer mit politischem Verantwortungsgefühl keinesfalls hinweggehen.

Die Kreditbewilligung ist nicht nur eine taktische Streitfrage, sie ist auch zugleich eine Frage der Theorie. Vom Standpunkt der Anhänger der Katastrophentheorie muß man zu einer Ablehnung der Kriegskredite kommen. Wer in dem heutigen Staat lediglich ein rechtliches und politisches Organ kapitalistischer Klassenherrschaft erblickt, der gegenüber es für einen Sozialdemokraten nur unversöhnliche Opposition geben könne, muß diesem Staat die Mittel zur Fortsetzung seiner Existenz prinzipiell verweigern. Aus dieser theoretischen Auffassung sind die Parteitagebeschlüsse über die Budgetablehnung hervorgegangen. Man kann den prinzipiellen Gegnern der Kreditbewilligung deshalb auch nicht abstreiten, daß die Mehrheit der Reichstagsfraktion in der Tat einen Bruch mit den von jenen Parteitagen proklamierten Grundsätzen vollzogen habe. Der dadurch hervorgerufene Konflikt ist aber nicht neu, er bedeutet lediglich die Vollendung des seit jeher vorhandenen Gegensatzes zwischen der reformistischen und der *radikalen* Richtung in der Partei. Ein Unterschied zwischen den früheren Fällen und dem des 4. August besteht nicht der Art sondern nur dem Grad nach, und dieser Fall hat nur deshalb eine größere Bedeutung als alle früheren, weil diesmal nicht mehr ein vieldeutiger Kompromiß geschlossen werden kann sondern eine klare Entscheidung notwendig geworden ist. Ganz verkehrt ist es die Vorgänge von 1870 zum Vergleich heranzuziehen. Damals hat es sich eben um keine prinzipiellen Differenzen gehandelt. Weder Liebknecht noch Bebel haben damals aus Parteiprinzip gegen die Kriegskredite gestimmt; sie haben sich im Juli 1870 nur der Stimme enthalten, weil sie der Meinung waren, der Krieg sei von Bismarck provoziert worden. Und auch bei der Ablehnung der Kredite im November 1870 hat es sich nicht um eine prinzipielle Gegnerschaft sondern nur um einen Protest gegen eine Fortsetzung des Krieges zu Eroberungszwecken gehandelt. Für das Land selbst aber konnte die Haltung der Partei ohnehin keinerlei bedenkliche Folgen haben, da die Partei dafür damals viel zu klein war. Mittlerweile haben wir eine fast halbhundertjährige politische und soziale Entwicklung durchgemacht, und die deutsche Sozialdemokratie ist heute ein erheblicher politischer Faktor, ganz anders als im Jahr 1870. Daher war auch die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zur Kreditbewilligung am 4. August 1914 von erheblicher Bedeutung für die Stellung des Deutschen Reichs in dem großen Völkerringen.

Wer die Gegensätze zwischen dem Reformismus und dem *Radikalismus* in der Partei als bloß taktische bezeichnet, geht vollständig irre; er verwechselt die Ursache mit der Wirkung. Wenn es sich bei jenen Differenzen nur um eine verschiedene Bewertung der praktischen Reformarbeit, um das Was und Wie der zu lösenden praktischen Aufgaben gehandelt hätte, so wäre die tiefgehende Leidenschaft, mit der sie in Wort und Schrift ausge-

fochten wurden, gar nicht erklärlich. Nicht die taktischen Folgerungen, ihre grundsätzlichen Ursachen haben die Gemüter so erregt. Denn sie wurzeln in einer verschiedenen theoretischen Auffassung der sozialen Entwicklung. Darüber muß vor allem Klarheit geschaffen werden, wenn der Konflikt eine für die Partei glückliche Lösung finden soll. Daß auch unter den Reformisten nicht immer Einhelligkeit herrschte und herrscht, besagt nichts gegen die Einheit des Systems. Falsches politisches Augenmaß und Inkonsequenz des Denkens gibt es in allen Parteien, Richtungen und Gruppen, und auch ein umfangreiches theoretisches Wissen bietet noch lange keine Gewähr dafür, daß man auch stets folgerichtig denkt.

Die reformistische Anschauungsweise beruht auf der Theorie der revolutionären Evolution, wie sie Karl Marx begründet hat. Hätte man diese Theorie, anstatt sie zu dogmatisieren, weiter ausgebaut, hätte man die ökonomischen Grundfaktoren des sozialen und nationalen Werdens immer richtig erkannt und gegen ihre Veränderungen nicht die Augen geschlossen, hätte man daneben auch den sogenannten ideologischen Faktoren der Geschichtsbildung die ihnen zukommende Würdigung zuteil werden lassen, dann wäre das theoretische Denken der Partei nicht in die Sackgasse geraten, in der es sich heute befindet. Wir hätten die Konflikte, soweit sie aus der völlig unmarxistischen Katastrophentheorie hervorgingen, schon früher längst überwunden, und die Partei brauchte sich heute nicht neu zu orientieren. So aber hat man entgegen aller Logik ein Entwicklungsschema konstruiert, das den tatsächlichen ökonomischen Ablauf völlig ignoriert und alle ökonomischen Begriffe in blutlose Schemen verwandelt. Darin liegt die Ursache der Parteikonflikte, nicht in den Erscheinungen des politischen Kampfs, die daraus erst resultieren.

Welche heftigen Auseinandersetzungen haben wir hier nicht zum Beispiel in der Partei über unsere Stellung zum Schutzzoll gehabt! Der konsequente Reformist kann aber unmöglich den Freihandel als ein Prinzip (womöglich gar als Postulat der Freiheit, mit der er nichts mehr als den Wortstamm gemein hat) anerkennen; ebensowenig wie den Hochschutzzoll. Ob Schutzzoll, ob Freihandel: das muß sich eben nach den verschiedenen Verhältnissen der verschiedenen Länder richten. Was dem einen Land ein Segen ist, kann für das andere ein Fluch sein. Daß die Grundlagen der deutschen Wirtschaftspolitik für die Landwirtschaft sich im wesentlichen bewährt haben, wird nach den Erfahrungen dieses Krieges der unbetungen Urteilende zugeben müssen. Wie weit protektionistische Maßnahmen sonst gut oder schlecht wirken, ist natürlich stets Sache der Einzeluntersuchung. Aber gerade unsere *Marxisten* wollen, Karl Marx zum Trotz, die Sozialdemokratie unlöslich mit der Freihandelspropaganda verknüpfen. Den Weg zum Sozialismus denkt sich der Reformist grundsätzlich anders als der *Revolutionär*. Er sieht die sozialistische Gesellschaft nicht als das Produkt irgendwelcher formell revolutionären Akte sondern als ein Werdendes, er sieht ein aus unserer Gesellschaft herauswachsendes neues Gesellschaftsideal, dessen Verwirklichung sich in dem Maß vollzieht wie die Arbeiterklasse als Trägerin der modernen Sozialgesinnung an politischem Einfluß gewinnt. Für den Reformisten sind die kapitalistische Gesellschaft, der Staat, die Klassenherrschaft, der Klassenkampf keine absolut feststehenden Kategorien, sondern veränderliche Gebilde, deren Wesen von innen heraus umgestaltet wird.

In sozialen Dingen ist eben alles relativ, der Veränderung unterworfen — vielleicht mit der einzigen Ausnahme der Starrköpfigkeit, mit der angeblich sozialistische Theoretiker an ihren doktrinären Auffassungen festhalten.

Welche Verwirrung innerhalb und außerhalb der Partei hat nicht allein die Mißhandlung des Wortes Klassenkampf hervorgerufen! Jeder Schritt vorwärts zur Politisierung der Sozialdemokratie wurde als gegen den Klassenkampf gerichtet denunziert. Den selben Unfug hat man mit dem Begriff des Klassenstaats getrieben. Dabei sollten wir doch durch Marx belehrt sein, daß der kapitalistische Klassenstaat nichts weiter ist als der ideologische Überbau der kapitalistischen Ökonomie; woraus doch folgt, daß er wie diese den der gesellschaftlichen Entwicklung immanenten Gesetzen der Veränderung und Umwandlung unterworfen ist. Die Höherentwicklung zum Sozialismus ist aber durch die prinzipielle Negation der Sozialdemokratie bis zu einem gewissen Grad erschwert worden. Man glaubt die Tatsache dieser Negation dadurch aus der Welt schaffen zu können, daß man auf die praktische Arbeit der sozialdemokratischen Parlamentsvertretungen, auf die Tätigkeit in den Gemeinden, auf die Gewerkschaften und Genossenschaften verweist. »Die gesamte Tätigkeit der Sozialdemokratie ist . . . seit Jahren eine reformistische«, schreibt Genosse Fischer.²⁾ Schon recht. Aber darauf kommt es hier nicht an. Es handelt sich vielmehr darum, daß die *Radikalen*, fußend auf der Katastrophentheorie und den aus dieser abgeleiteten *Prinzipien*, die Partei daran gehindert haben aus ihrer reformistischen Praxis die politischen Konsequenzen, vor allem für ihre Stellung zum Staat zu ziehen. Kann man denn übersehen, daß diese reformistische Praxis sich nur gegen den Widerstand des *Radikalismus* mühsam hat durchsetzen können? Hat man das *prinzipielle* Verbot der Beteiligung an den Landtagswahlen, an den parlamentarischen Kommissionen vergessen? Weiß man nicht mehr, welche Hindernisse die Gewerkschaften in der Partei überwinden mußten, um für ihre innere Entwicklung freie Bahn zu gewinnen? Wie man das aufkommende Genossenschaftswesen hat beiseiteschieben wollen? Hat es keinen Dresdener Parteitag gegeben? Bedeutete nicht die Bewilligung des Wehrbeitrags und der Besitzsteuern für militärische Ausgaben einen *prinzipiellen* Verstoß gegen die von den Parteitag wiederholt gefaßten Beschlüsse, und sind nicht selbst gegen die Einführung der Reichserbschaftssteuer *prinzipielle* Bedenken erhoben worden? Es wäre töricht sich verhehlen zu wollen, daß allen diesen Differenzen theoretische Gegensätze zugrunde liegen. Man braucht ja zum Beweis dessen nur auf die sie angehenden Parteitagsbeschlüsse und deren Begründung zu verweisen.

Nun ist es freilich richtig, daß diese *Prinzipien* von den *Radikalen* selbst durchbrochen wurden, indem sie deren Umgehung in Ausnahmefällen zuließen. Das beweist aber nur, wie unhaltbar die Theorien sind, aus denen sie hervorgingen. Der *Radikalismus* konnte eben die taktischen Konsequenzen aus seinen Prinzipien nie ziehen, wollte er nicht die Sozialdemokratie in eine revolutionär-syndikalistische Sekte verwandeln; und davor schreckte er zurück, weil er dunkel fühlte, daß die Arbeiterklasse sich das nicht bieten lassen würde. Aber seine Kraft, nicht groß genug zur eige-

²⁾ Siehe Fischer *Der Reformismus und die Krise in der Sozialdemokratie*, in der Neuen Zeit, 1915-1916, 1. Band, pag. 207.

n en Konsequenz, reichte doch aus zu verhindern, daß die Sozialdemokratie aus ihrer politischen Taktik die Konsequenzen zog. Der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, der die Partei in immer heftigere Konflikte verwickelt hat, kann nur gelöst werden, wenn man entschlossen die sozialistische Theorie aus den Fesseln der unwissenschaftlichen Dogmatik löst und wieder auf das feste Fundament der wissenschaftlichen Erforschung der Tatsachen stellt. Der Kladderadatschtheorie muß radikal der Garaus gemacht werden. Was ich vor dem Magdeburger Parteitag hier geschrieben habe, daß nämlich die Partei oder der *Radikalismus* die Zeche für die von diesem proklamierten Prinzipien zahlen mußte⁴⁾, ist eingetroffen. Der Bau des *Radikalismus* ist umgeblasen worden, als der Sturmwind des europäischen Krieges daherbrauste. Wie muten uns heute die leidenschaftlichen Debatten an, die auf 4 Parteitagen über die Budgetbewilligungsfrage geführt wurden! Wer uns nun zu beweisen sucht, daß die Bewilligung des Budgets eigentlich prinzipiell nicht verboten gewesen sei, wer sich auf die weitgehenden Auslegungsmöglichkeiten des Nürnberger Beschlusses beruft, mit dem man sogar in der Reichstagsfraktion die Bewilligung der Milliardenkredite und des Reichsetats *begründete*, der übersieht, daß man mit derlei dialektischen Künsten nur dann einen Erfolg erzielen kann, wenn man die Mehrheit hinter sich weiß. Ist man in der Minderheit, dann hilft alle Logik, hilft alle Dialektik nichts. Das haben wir Badener auf dem Magdeburger Parteitag erfahren müssen. Die Gründe für unsere Zustimmung zum Etat waren durchaus überzeugend. Aber was hat uns das genützt? Wir waren in der Minderheit und wurden mitsamt der Logik und der überzeugenden Kraft unserer Gründe an den Schandpfahl des *Prinzipienverrats* genagelt. Genosse Fischer meint, alle diese taktischen Streitfragen seien jetzt erledigt. Das ist richtig, aber nur unter der Voraussetzung, daß man dem *Radikalismus* nicht wieder verstattet seine *Prinzipien* zur Richtschnur des politischen Handelns der Partei zu machen. So liegen die Dinge; es hat keinen Sinn sie in anderm Licht erscheinen zu lassen. Und deshalb hat die Politik des 4. August 1914 ihre politischen Konsequenzen für die Sozialdemokratie.

WOLFGANG HEINE · DER MUT ZUR VERANTWORTUNG



AS lange erwartet wurde, ist nun Tatsache geworden: 20 Reichstagsabgeordnete aus der sozialdemokratischen Fraktion, darunter der bisherige Vorsitzende Haase, haben am 21. Dezember nicht nur gegen die Kriegskreditforderung gestimmt sondern eine ausdrückliche, gegen die Stellung der Fraktion in dieser Frage gerichtete Erklärung abgegeben. Der Wortlaut dieser Kundgebung ist an sich verblüffend harmlos und hätte zum großen Teil von jedem Mitglied der Mehrheit unterschrieben werden können. Auch wir haben deutlich genug unsere Friedensliebe und die Zurückweisung jeder Gewaltpolitik ausgesprochen. Um so unnötiger und aufreizender ist diese Sondererklärung, die doch nur den Sinn haben kann die deutsche Fraktionsmehrheit vor dem Ausland und vor den deutschen Genossen als *Kriegsschürer* und

⁴⁾ Siehe meinen Artikel Das Problem der Taktik in den Sozialistischen Monatsheften, 1910, 3. Band, pag. 1189

Annexionisten hinzustellen. Für die Ablehnung der Kriegskredite wird jedenfalls durch das Bekenntnis zur Friedensliebe und Völkerversöhnung nicht das geringste bewiesen, denn die anderen Völker gönnen uns Deutschen ja keinen Frieden und weisen jeden Versöhnungsgedanken zurück, so daß der Krieg doch weitergehen muß.

Niemand kann entschiedener als ich das Recht zur persönlichen Überzeugung und ihrer Äußerung anerkennen, das Nebeneinanderbestehen auch abweichender Ansichten in der Partei geradezu als ein Erfordernis ihrer Gesundheit und Lebenskraft begreifen. So habe ich vom ersten Tag an auch Liebknecht das Recht seiner abweichenden Meinung eingeräumt. Aber es ist Pflicht heute daran zu erinnern, daß die selben Männer, die jetzt leidenschaftlich für sich das Recht einer die Politik der Fraktion durchkreuzenden Sonderaktion in Anspruch nehmen, bisher sogar in rein theoretischen Fragen und gegenüber wissenschaftlichen Tatsachenproblemen den Anspruch auf persönliche Überzeugungsfreiheit nicht anerkennen wollten. Als ich nach der Wahl von 1903 in den Sozialistischen Monatsheften zwar »Einheit im Handeln«, aber »Freiheit im Denken« für die Partei forderte, wurde ich wegen dieses ungebührlichen Freiheitsverlangens heftig genug angegriffen. Unvergessen soll auch der Ausschluß Hildebrands aus der Partei bleiben, der auf das Betreiben Dittmanns und unter dem Segen K. Kautskys erfolgte, und zwar wegen rein wissenschaftlicher Meinungen, von denen man nur wünschen kann, daß der Krieg sie nicht in dem Maß bestätigen möge wie es den Anschein hat. Kautsky und seine Nachtreter sind demnach wohl die letzten, die als Verteidiger der Überzeugungsfreiheit auftreten dürften.

Es handelt sich hier auch nicht, oder doch nicht in entscheidendem Maß, um die Befugnis zu einer Sonderaktion innerhalb der Organisation. Ich bin geneigt auch in dieser Beziehung die Grenzen der Freiheit so weit zu ziehen wie nur irgend möglich. Die Fraktion beschloß, wie bekannt geworden ist am 2. Februar 1915, an dem alten Grundsatz festzuhalten, daß zwar kein Abgeordneter gezwungen werden solle gegen seine Überzeugung abzustimmen, daß er vielmehr in solchen Fällen das Recht habe sich vor der Abstimmung zu entfernen, daß dies aber nicht in demonstrativer Form geschehen dürfe. Dieser Beschluß wurde damals mit 92 gegen 4 Stimmen angenommen. Unter den 92 Zustimmenden befand sich die Mehrheit der Genossen, die jetzt eine viel schärfere Form der Demonstration gegen die Fraktionsmehrheit für ihr Recht halten. Unter den 4 Ablehnenden war auch ich; nicht weil ich den Wert einheitlicher Aktionen verkannte, sondern weil ich es für falsch halte solche Fragen ein für allemal grundsätzlich zu regeln, die nur aus den sachlichen Umständen des Einzelfalls entschieden werden können.

Denn auf die materielle Bedeutung der betreffenden Abstimmung für das deutsche Volk, insbesondere die deutschen Arbeiter, deren Wohl wir zu vertreten haben, kommt es an, wenn entschieden werden soll, wie weit sich die Fraktion Sonderaktionen gefallen lassen kann. Dies müssen wir im Auge behalten, wir dürfen die Sache nicht auf die Geleise der Prinzipien persönlicher Freiheit in Überzeugung oder Handlung innerhalb einer Organisation verschieben lassen.

Ich kann mir sehr wohl denken, daß die Fraktion in gewissen Fragen auch getrennt stimmt. Es gibt zum Beispiel im parlamentarischen Leben Abstimmungen, die vorwiegend den Charakter von theoretischen Bekenntnissen oder von Zukunftswünschen haben, ohne daß über deren Möglichkeit oder Wirkung bereits völlige Klarheit herrschte. Warum soll nicht in solchen Fragen den Fraktionsmitgliedern ihre parlamentarische Handlung freigegeben werden? Die Entscheidungen, die eine politische Partei zu treffen hat, sind überhaupt oft sehr verwickelt und unklar in Gründen und Folgen; deshalb wird durchaus nicht in jedem Fall bei ihnen die Notwendigkeit zur Einheit gegeben sein. Ganz anders aber, wo eine Handlung unmittelbare Folgen für das Wohl des deutschen Volkes, namentlich auch für die Arbeiter und ihre Vertretung, die sozialdemokratische Partei, herbeiführen muß. Die Notwendigkeit in solchen einfachen durchsichtigen Kampfeslagen die Einheit des Handelns im Interesse der Arbeiter zu wahren ist es, was die Gewerkschaftsleiter zu so unerbittlichen Anhängern der Disziplin macht. Niemals haben sie diese Disziplin dahin verstanden, daß sie etwa theoretische Meinungsverschiedenheiten und Erörterungen über die gewerkschaftliche Taktik oder auch die Prüfung der Höhe oder Angemessenheit und der Durchführbarkeit aufzustellender Forderungen ausschlosse; wenn aber die Arbeiter im Streik einen höhern Lohn fordern oder sich gegen eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen zur Wehr setzen, so kann der Streikbrecher, oder wer sonst die Interessen des Feindes im gewerkschaftlichen Kampf wahrnimmt, auch dann nicht entschuldigt werden, wenn er persönlich vielleicht die Lohnforderung für zu weitgehend oder den Streik für unvorsichtig oder gar schädlich hält. Genau in der Lage einer solchen, um das Wohl der ihr angeschlossenen Arbeiter und um ihre eigene Existenz kämpfenden Gewerkschaft ist aber jetzt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Für sie und ihre Aufgaben, die unmittelbar praktischen wie die idealen Ziele, steht nahezu alles auf dem Spiel.

Dem deutschen Volk als Ganzes genommen, als politischer und kultureller Gemeinschaft, wird von zum Äußersten entschlossenen Feinden Zerstörung angedroht. Man komme uns nicht mit dem Einwand, ein Volk von unserer Größe könne nicht vernichtet werden; wenn Deutschland die jetzige Gefahr bestehen kann, so vermag es dies eben, weil es von Anfang an alle Kräfte der Abwehr angespannt hat, und weil es von einem Gefühl der Notwendigkeit gemeinsamen Handelns und nicht wankender Treue zu sich selbst, zu seiner eigenen Sache erfüllt ist. Zerstörung unserer nationalen Existenz und unserer Kulturfähigkeit wäre es aber auch, wenn man uns zwar die äußere Form des politischen Daseins beließe, was man selbstverständlich tun würde, uns aber politisch auf die Ohnmachtsstellung von 1815 bis 1860 zurückschraubte und wirtschaftlich mittels Kriegsentschädigungen und Beengungen von Handel und Industrie zu Fronknechten der siegreichen Feinde erniedrigte. Das aber ist es, was die Wohlwollenden in den feindlichen Staaten Deutschland androhen, und was heute noch unter dem irreführenden Namen Krieg gegen den preußischen Militarismus das Kriegsziel sogar von Sozialisten des Auslands ist. Wenn auch wir das bekämpfen, was wir Militarismus nennen, so darf der Mißbrauch dieses Wortes im feindlichen Lager doch niemals dazu führen, daß deutsche Sozialdemokraten den unter solchem Namen betriebenen Kampf des Auslands gegen ihr Vaterland leicht nehmen oder gar unterstützen.

Was das deutsche Volk trifft, das haben in erster Reihe die deutschen Arbeiter zu tragen. Gewiß sind die Opfer groß, die jetzt im Krieg die Angehörigen der Arbeiterklasse bringen, und gering werden auch im Fall des denkbar günstigsten Kriegsausgangs die Lasten und Schäden nicht sein, die nachher auf ihre Schultern fallen werden. Wenn wir uns schon in diesem günstigsten Fall von den Folgen des Kriegs keine zu rosige Vorstellung machen dürfen, so ist es wahrhaftig nicht schwer auszumalen, daß die Leiden des arbeitenden Volks im Fall einer Niederlage noch unendlich furchtbarer sein müßten: Vernichtung des größten Teils unserer Ausfuhrindustrie, auf der der Aufschwung in der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter beruht, der von allen entgegenwirkenden Tendenzen doch nicht aufgehoben werden konnte; Steuern, die selbstverständlich noch viel drückender ausfallen würden, wenn die siegreichen Gegner Deutschland Kontributionen auferlegen könnten; Unmöglichkeit für den vom Feind ausgesaugten Staat und die Gemeinden ausreichende Hilfe zu leisten. Aber das wäre noch lange nicht die Summe des Elends, denn vorausgegangen würden sein der Einmarsch feindlicher Heere, die Verwüstung des Landes durch den Krieg, der Tod von neuen Hunderttausenden unserer Brüder im Heer, die Vernichtung ihrer bisher vom Krieg verschonten Familien. Man frage die von den Russen heimgesuchten Ostpreußen und Galizier, was sie ausgestanden haben. Man frage unsere im Feindesland stehenden Genossen. Ist es nicht immer und immer wieder ihr Wunsch: nur da mit mögen die Unseren verschont bleiben, daß der Krieg zu ihnen ins Land käme? Was würden unsere Kämpfer an den Grenzen von einer Sozialdemokratie sagen, die dem Reich im Krieg die Mittel verweigerte auch fernerhin das deutsche Gebiet gegen die Feinde zu schützen, Mittel, um für die Heere Nahrung und Kleidung, Bewaffnung und Munition zu beschaffen, die Familien der Krieger zu unterstützen, die Verwundeten zu heilen? Diese Feldgrauen von heute aber sind unsere Genossen, die politischen Mitkämpfer von morgen.

Oder gedenkt man sich vor ihren Fragen, was man für sie, für ihren und des Landes Schutz, getan habe, dahinter zu verkriechen, die Mittel für das Heer würden bei einer Ablehnung durch die Sozialdemokratie ja doch bewilligt worden sein, wenn auch durch andere? Tatsächlich bringen die Anhänger der Minderheit die Entschuldigung vor, daß nicht ein Mann weniger ausgerückt wäre, auch wenn die Sozialdemokratie die Kriegskredite verweigert hätte. Gewiß wäre das Vaterland nicht unverteidigt geblieben, denn die anderen Fraktionen hätten mehr Vernunft gezeigt; aber verdiente Verachtung müßte auf eine Partei fallen, die es anderen überlassen hätte das Notwendige zu tun, um nachher über diejenigen, die für das Notwendige die Verantwortung zu übernehmen gewagt hätten, herfallen zu können. So wie es am 4. August 1914 stand, steht es auch heute noch. Die Behauptung in der Minderheitserklärung, daß Deutschlands Grenzen gesichert seien, ist wahr nur, weil dem Reich die Geldmittel zur Verteidigung zur Verfügung stehen, und weil gerade die deutsche Sozialdemokratie sich nicht von dieser Pflicht ihrem Volk gegenüber ausgeschlossen hat, weil sie nicht die einheitliche Stimmung der Vaterlandsverteidigung abstrakten Theorien und der Gunst ausländischer Glieder der Internationale zuliebe erschüttert hat. Damit dieses Gefühl der Sicherheit unserer Heimat im ganzen Volk

bestehen bleibt, muß die Sozialdemokratie an dieser Pflichterfüllung gegen Deutschland festhalten. Sie darf nicht einen Beschluß fassen, der nur deshalb nicht zum Verderben des Volkes ausschläge, weil andere ihn nicht auch faßten. Die Verweigerung weiterer Kriegsmittel mitten im Krieg würde, wenn sie Erfolg hätte, die Niederlage unserer Heere und die Verwüstung Deutschlands durch den Krieg herbeiführen. Und wer gegen diese Verteidigungsmittel stimmt, der wird durch keine dialektische Tüftelei einfachen, geraden Menschen glaubhaft machen können, daß er solche Folgen für Deutschland nicht gewollt hätte. Ich weiß, daß tatsächlich die Gegner der Haltung unserer Fraktion zur Landesverteidigung solches Unheil für Deutschland nicht wollen; schade nur, daß die große Öffentlichkeit ihnen dies nicht glauben wird.

Alles, was dazu beiträgt das deutsche Volk, die deutschen Arbeiter vor dem grauenhaften Schicksal einer Niederlage im Krieg zu schützen, das ist ein Kampf im unmittelbaren Interesse der deutschen Arbeiter, und wer sich davon ausschließt, der handelt zum Schaden des Volkes, mögen seine Gedanken dabei noch so ideal aussehen. Die Sozialdemokratie, die den Kampf für die deutschen Arbeiter führt, kann solchen Männern nicht anders gegenüberstehen als die Gewerkschaften den Streikbrechern. Dies gilt ganz besonders angesichts der dringenden und wichtigen Aufgaben, die der Partei jetzt im Krieg täglich gestellt sind, und die sie erst recht beim Friedensschluß und nachher erwarten. Selbstverständlich ist es die vornehmste Pflicht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion alles ihr Mögliche zu tun, was der Herstellung des Friedens wirklich dienen kann. Nichts aber schädigt jetzt die Friedensmöglichkeit so sehr als was bei den Feinden den Gedanken erweckt, Deutschland wäre innerlich zerrissen und deshalb nicht mehr fähig langen Widerstand zu leisten, oder was die umgekehrte Vorstellung hervorruft, Deutschland wolle einen brutalen Unterdrückungs- und Eroberungskrieg führen. Beide Auffassungen würden aber im feindlichen Ausland erweckt werden, wenn die Reichstagsfraktion die weiteren Mittel zur Landesverteidigung verweigert hätte. Darum ist es gut, daß sie wenigstens ausdrücklich jede Verantwortung für das Treiben der Minderheit abgelehnt und dadurch zum Ausdruck gebracht hat, daß deren Stellungnahme gegen die Interessen Deutschlands und der deutschen Arbeiter verstößt und mit der Pflicht eines sozialdemokratischen Volksvertreters unvereinbar ist.

Allein in dieser praktischen Wirkung der Minderheitsaktion liegt der Angelpunkt der Entscheidung. Wie die Gegner Deutschlands alles ausnutzen, um durch Entstellungen die Kriegslust gegen Deutschland in ihren Ländern aufzupeitschen, hat unsere Friedensinterpellation von diesem Dezember gezeigt: Die mildeste Auffassung im Ausland lautete, die Interpellation wäre eine abgekartete Komödie zwischen dem Kanzler und unserer Fraktion gewesen, die meisten sahen darin einen Beweis des deutschen Zusammenbruchs, keiner erklärte sich bereit von Frieden auch nur zu reden, alle fordern auch jetzt noch zu um so schonungsloserer Niederwerfung Deutschlands auf. Trotzdem war die Interpellation vielleicht gut, denn sie hat Gelegenheit gegeben der Welt (oder doch dem Teil der Welt, der es hören wollte) zu sagen, daß Deutschland jederzeit zu einem ehrenvollen Frieden bereit ist, und daß es nichts weiter will als eine Sicherheit

gegen die Wiederholung eines solchen konzentrischen Vernichtungsfeldzugs. Wenn die Erklärung der Minderheit vom 21. Dezember 1915 übereinstimmend mit den ausländischen Kriegshetzern behauptet, daß der Kanzler den Zielen gewalttätiger Unterdrückung Vorschub geleistet habe, die gewisse Phantasten aufgestellt haben, so ist das einfach eine Unwahrheit, geeignet, wenn sie von Deutschland aus verbreitet wird, die Herstellung des Friedens auf absehbare Zeit unmöglich zu machen. Schon der Wortlaut der Kanzlerrede gibt niemandem das geringste Recht zu solcher Auslegung. Und wer die politischen Verhältnisse und Personen Deutschlands einigermaßen mit offenen Augen anschaut, der muß doch wissen, daß den zurzeit maßgebenden Männern nichts ferner liegt als aus wüster Eroberungsgier die Leiden des Krieges auszudehnen, einen möglichen ehrenhaften Frieden zu verschmähen und Deutschland absichtlich in einen Zustand dauernder Feindschaft mit seinen Nachbarn hineinzutreiben. Schon was allen öffentlich bekannt gegeben ist, zeigt, wie die Dinge in Wahrheit liegen. Trotz dem Verbot der Erörterung der Kriegsziele könnten auch die Berliner Genossen erfahren, wo dem Frieden wirklich Hindernisse bereitet werden; nämlich von England, von seinen Alliierten und von denen, die in Deutschland falsche Vorstellungen über die Verhältnisse in diesen Ländern bewirken und durch Verbreitung von Unwahrheiten über die Absichten des Deutschen Reichs und die Stimmung des Volkes die Kriegslust im Ausland neu anreizen. Ich sage: die Berliner Genossen könnten das richtig beurteilen — wenn sie nämlich nicht ihre Information aus dem Vorwärts nehmen müßten, der zum Beispiel die interessanten Berichte des Berliner Tageblatts aus dem Ausland beim Abdruck durch Streichungen zu entstellen pflegt und jede sachliche Begründung des Standpunkts der Mehrheit unterdrückt.

Auch ich hätte in der Rede des Kanzlers vom 9. Dezember das eine oder andere lieber anders gehört. Aber man nenne uns einen Staatsmann eines der kriegführenden Länder, der so offen und warm für den Frieden und so maßvoll über dessen Ziele gesprochen hätte, wie es Herr von Bethmann Hollweg neulich getan hat! Selbstverständlich fest wie das ganze deutsche Volk im Willen zur Erhaltung unserer Heimat und unserer Lebensbedingungen. Soll etwa ein Vertreter der deutschen Arbeiterklasse diesen Willen verschmähen? Es kann die Zeit kommen, wo der Friede geradezu von dem Einfluß der deutschen Sozialdemokratie mit abhängt. Dazu braucht die Partei Vertrauen für ihre Friedenswünsche und Friedensaktionen vor allem in Deutschland. Dies ist wahrhaftig wichtiger als die Billigung und das Vertrauen der feindlichen Ausländer, um das sich einige Parteigänger der Minderheit (glücklicherweise nicht alle) ebenso angelegentlich wie erfolglos bemühen. Vertrauen im deutschen Volk aber wird die Sozialdemokratie dann nicht erwarten können, wenn sie in der entscheidenden Frage versagt: in der Frage der Verteidigung des Vaterlands, dem noch immer die Feinde androhen es auf die Kniee zu zwingen. Um des Friedens willen, um eines Friedens willen, wie wir ihn wünschen, der nicht eine Vergewaltigung Deutschlands und auch nicht eine des andern Europas bedeutet, der nicht nur eine Pause in der furchtbaren Weltvernichtung sein soll, muß die deutsche Sozialdemokratie an der Politik des 4. August 1914 festhalten und darf auch der Minderheit nicht gestatten dauernd ihre Arbeit zu durchkreuzen.

Nach dem Krieg stehen der Sozialdemokratie die größten Aufgaben bevor. Sie hat die Vertreterin der Arbeiterklasse in der innern Politik zu sein, die mehr braucht als große Worte und ohnmächtiges Handeln. Sie ist die berufene Führerin des ganzen deutschen Volkes, das die ungeheuren Opfer nicht gebracht haben will, um wieder in das Elend der Unfreiheit und Ungerechtigkeit zu fallen. Nur eine Sozialdemokratie, die nicht gewankt und nicht geschwankt hat, wo es sich um die Existenz Deutschlands handelte, kann eine schöpferische Kraft für die Ausgestaltung Deutschlands entwickeln. Die Freude derjenigen Politiker, die jede Neuorientierung der innern Politik aus begreiflichen Gründen bekämpfen, zeigt, wessen Geschäfte die Minderheit besorgt. Wenn die Sozialdemokratie nach dem Krieg in die alte Einflußlosigkeit zurückfallen sollte, wenn sie bei den Wahlen aus alten Positionen getrieben werden und in den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen erfolglos bleiben sollte, so mögen sich die Männer, die jetzt ihr Blut für das deutsche Volk verspritzen, bei den Politikern bedanken, die in der wichtigsten Stunde nicht den richtigen Weg und die mutige Tat gefunden haben, und die von einer anfangs bewiesenen bessern Erkenntnis abgefallen sind.

Und aus welchen Gründen und wem zuliebe? Im Interesse zunächst eines abstrakten, mit allen Tatsachen der Gegenwart in Widerspruch stehenden Internationalismus. Auch die Mehrheit der Fraktion kennt sehr genau die Bedeutung der internationalen Kulturzusammenhänge und besonders die Notwendigkeit eines gemeinsamen Wirkens für die Arbeiter der Kulturländer im Dienst der Kultur und des Friedens. Wir haben dies auch seit dem Ausbruch des Kriegs stets betont und sind nationalistischen Übertreibungen auf deutscher Seite ebenso scharf entgegengetreten wie denen des feindlichen Auslands. In der sozialistischen Presse der Franzosen aber und in den Äußerungen englischer Gewerkschaftsführer haben wir solche Objektivität vermißt. Da marschiert der internationale Gedanke höchstens auf, um die deutschen Sozialdemokraten des Verrats an der Internationale zu bezichtigen, weil sie — das selbe getan haben wie die Franzosen, Engländer und Belgier.

Die Sache ist, wenn man sie nicht durch die Brille des Übelwollens betrachtet, von lächerlicher Einfachheit. Gerade weil wir die wechselseitige kulturelle Befruchtung der europäischen Nationen kennen und auch für die Zukunft wollen, müssen wir festhalten an dem Recht jeder Nation, die eine selbständige Kultur besitzt, ihre nationale Existenz und Art in Politik, Wirtschaft und Geistesleben zu verteidigen und zu sichern. Solange uns Deutschen diese Grundlagen unseres Seins bestritten werden, solange wir immer aufs neue Überfällen und Aushungerungsplänen, der Untergrabung unserer wirtschaftlichen Arbeit in der Welt, der Abschneidung unserer politischen Verbindungen ausgesetzt sind, so lange ist es unsere Pflicht, auch der internationalen Kultur gegenüber, zunächst einmal uns als Nation zu festigen. Und wir haben dabei ein um so besseres Gewissen der Internationale gegenüber, als es für den Deutschen geradezu ein innerliches nationales Bedürfnis ist Verständnis für andere Nationen und Verständigung mit ihnen zu suchen.

Ich schmeichle mir nicht, daß gewisse Parteigenossen das verstehen werden, deren Internationalismus im August und Dezember 1914 keinen Anstoß daran

nahm die Kriegskredite zu bewilligen, als sie dem Reichstag in Form von Sondergesetzen vorgelegt wurden, deren Gewissen für die Internationale aber erwachte, als im März 1915 die weitere Kreditforderung im Etatsgesetz erschien. Ich rechne auch nicht auf Verständnis bei den Leuten, die schon den Krieg für gewonnen und die Grenzen für gesichert erklärten, als die Russen noch in Ostpreußen und Galizien standen und sich an-schickten Ungarn zu überschweben. Ich kann leider auch nicht hoffen von den französischen und belgischen Genossen anerkannt zu werden, obgleich sie selbst ihr Vaterland mannhaft verteidigen und sich keiner unter ihnen gefunden hat, der erklärt hätte: ob der Feind im Lande stehe, dürfe die Sozialdemokratie bei ihrem Handeln nicht berücksichtigen. Die deutsche Fraktionsmehrheit wird es eben mit Würde tragen müssen von den französischen Genossen beschimpft zu werden; denn sie weiß, daß sie um so kraftvoller für dauernden Frieden zwischen den Völkern wird wirken können, je entschiedener sie sich jetzt auf die Seite ihres Vaterlands stellt.

Diese Phrase vom Verstoß gegen die internationale Idee ist aber wirklich nur ein Scheingrund, der von der Minderheit gegen uns angeführt wird. Die psychologische Wurzel der Abneigung gegen die Politik des 4. August 1914 liegt ganz wo anders. Es ist die Angst vor der Übernahme von Verantwortung, die Gewohnheit hergebrachter, bequemer Denkformen und die Scheu vor wirklichem Handeln, kurz: die mehr oder weniger bewußte Sehnsucht nach dem alten Stall.

Das Schicksal hat der deutschen Sozialdemokratie eine unvergleichliche, nie wiederkehrende Möglichkeit geschenkt fruchtbare Arbeit zu leisten. Wahrhaftig, ich denke nicht an ein harmloses Gärtneridyll sondern an hartes Werk auf dem steinigen Boden dieses Landes, der so viel Frucht verheißt und doch tiefer gepflügt werden muß als jeder andere Acker. Ich denke an starke, heiße Kämpfe; denn ich weiß, daß guter Wille nichts vermag sondern nur Kraft und zwingende Not. Und dafür soll die deutsche Arbeiterschaft jetzt die Vorarbeit leisten, indem sie im Krieg ihre Existenz wahr, indem sie versteht, was dem Deutschen sein Vaterland werden kann, und den Willen stählt es dazu auch zu machen. Das gibt freilich Zweifel und vielleicht auch Irrtümer. Das erfordert den Mut zu Neuem, Unerprobtem, die Freiheit von alten Vorurteilen und die Entschlossenheit zur Verantwortung. Wer nichts Gescheiteres zu tun weiß als sich an die *alte, bewährte Praxis* der Worte und des Nichtstuns zu klammern, den kann das deutsche Volk jetzt nicht brauchen.

XX

MAX SCHIPPEL · ZWEI ABSAGEN AN DEN FREIHANDEL

1 · NAUMANN'S MITTELEUROPA



UCH Friedrich Naumann, einst der gläubigste und lauteste Jünger von Dr. Barth und Brentano, hat dem Freihandel endgültig Lebewohl gesagt. Mit einem ausdrücklichen »persönlichen Bekenntnis«, das die überraschend gründliche Umkehr noch einigermaßen zu verschleiern sucht: Er, Naumann, habe sich seiner frühern Haltung nicht im geringsten zu schämen, und »rein theoretisch« habe er auch

heute von den damals vertretenen Ansichten »nichts zurückzunehmen«; er sei auch jetzt noch der Meinung, daß »unsere reichsdeutsche Wirtschaft und materielle Kriegsbereitschaft bei Fortsetzung des ältern Systems zwar etwas anders, aber nicht schwächer dastehen« würde. Nur sei »die Welt inzwischen weiter gegangen, und unter dem neuen deutschen Zolltarif von 1902 hätten sich Verhältnisse herausgebildet, die auch derjenige nicht ignorieren kann, der vorher die neue Bewegung bekämpft hat.

»Wenn jetzt agrarische Stimmen laut werden, als sei durch den Zolltarif von 1902-1903 und durch die am 1. April 1906 in Kraft getretenen Vertragszölle der Wirtschaftskrieg gewonnen worden, so halte ich meisteils das für üble Agitation und widerspreche im Interesse der Sachlichkeit und Wahrheit. Unser Gedankengang von 1902 war ebenso gut wie der unserer Gegner. Da aber nun diese wirtschaftspolitischen Gegner damals den Sieg errungen haben, so fragt es sich für uns, ob wir wieder an den alten Ausgangspunkt von 1902 oder wohl auch von 1881 [?] zurückkehren können. Das ist es, was ich verneine, wenigstens für die Periode, die wir zu übersehen einigermassen in der Lage sind. . . Jetzt muß auf der gegen unsern Willen geschaffenen Grundlage weiter gearbeitet werden. Dazu kommt, daß parlamentarisch eine feste Mehrheit für das gegenwärtige Zollsystem vorhanden ist, und daß wir in den nächsten Jahren in der deutschen Politik zu viel anderes zu tun haben, um bei aussichtslosen Mehrheitsverhältnissen einen theoretischen Zollkampf zwischen jetzt und der neuen Handelsregelung nach dem Kriege von neuem zu beginnen.«¹⁾

Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen. Doch sieht man näher zu, so ist bereits die ganze Grundauffassung, die Naumann in seiner neuesten Schrift hervorkehrt, vollkommen antifreihändlerisch. Sie macht dem Schutzzollgedanken sogar derart weitherzig und bedenkenlos Zugeständnisse, daß selbst ein kühl abwägender Protektionist, der für alle handelspolitischen Entscheidungen lediglich Zweckmäßigkeitserwägungen gelten läßt, in vielen Einzelheiten und Grundzügen zu größerer Zurückhaltung geneigt sein und die hemmungslose Bereitwilligkeit zu allerlei bald leichteren bald schwereren Staatseingriffen in die internationale Konkurrenz nicht mitmachen wird. Diese innere Wandlung des für Ideen so empfänglichen politischen Schriftstellers ist aber um so beachtenswerter, weil sie ein Zeitsymptom darstellt. Aus den unerwarteten Zugeständnissen Naumanns (wie vor ihm so vieler Linksliberaler) gewinnt man den Eindruck: die eine handelspolitische Richtung befindet sich im Untergehen, die andere noch immer im Aufsteigen. Auf jeden Fall lohnt sich ein näheres Eingehen auf diese voraussichtlich viel gelesenen und den Leser fesselnden Ausführungen.

Sehr zutreffend betont Naumann zunächst, wie die alte internationale Freihandelstheorie, von einer national und staatlich u n t e r s c h i e d e n e n »Menge von Arbeitskräften, Käufern und Verkäufern« ausgehend, den »Menschheitsgedanken im Tauschverkehr« fand; sie war insoweit »Entpolitisierung der Nationen«. In Wirklichkeit jedoch wachsen die scheinbar gleichen, allein durch den freien Austausch und seine rein ökonomischen Entscheidungen wechselnd gruppierten Wirtschaftselemente zu festen eigenartigen S t a a t s w e s e n mit ausgeprägten einzelstaatlichen Sonderbestrebungen zusammen.

»Mitten im Austauschsystem leben die alten wohlbefestigten Militär- und Verwaltungsstaaten weiter und streiten innerhalb des Austauschsystems mit ihren Mitteln um den Ertrag und um die Oberleitung des Weltapparates. . . Der Staat, der Untergrund aller menschlichen Ordnung und Organisation, alles Rechtes und alles

¹⁾ Siehe Naumann Mitteleuropa /Berlin 1915/, pag. 207 ff.

Zwanges, springt nicht vom Nationalstaat und Territorialstaat zur Menschheit hinüber, denn er ist kein Gedankending, sondern eine organische Wirklichkeit, die nach ihrer Art wächst, die ihre Grenzen erweitert, und die nichts Erworbenes und Aufgerichtetes aufgibt, solange sie nicht besiegt ist. Eine Menschheitsorganisation ohne staatlichen Charakter kann es immer nur auf kommerziellen oder finanziellen Teilgebieten geben; die Staaten aber sind zäh und kämpfen um ihr Leben, das heißt um Wahrung ihrer Grenzhoheit, ihrer Produktionspolizei, ihrer Finanzkraft und nun auch ihrer Vorratswirtschaft. . . Es gibt wachsende Staaten, die von ihrer eigenen Größe immer weiter vorwärts getrieben werden. . . Innerhalb der Austauschmenschheit gibt es großstaatliche oder überstaatliche Wirtschaftsprovinzen, die zunächst einmal ihr Wirtschaftsrecht gestalten und ihren Bedarf und Haushaltsplan aufstellen. Vor der Weltwirtschaft lagern so die Wirtschaftsstaaten. Sie schaffen zunächst für ihr Gebiet die Arbeitsregelung und verkehren im Welt-austausch als große Gesamtgeschäfte mit einander. . . Ob Mitteleuropa die Kraft in sich hat ein solcher Weltwirtschaftskörper auf staatlicher Grundlage zu werden, das ist unsere Frage, das ist die internationale Frage für uns.«²⁾

Nun umschließt dieses ersehnte Mitteleuropa, gerade bei Naumann, neben der innigern oder lockerern handelspolitischen Solidarität noch viele verfassungspolitische, militärische, rechtliche und wirtschaftliche Gemeinschaftsbande. Bleiben wir jedoch heute bei dem Mitteleuropa im engeren, handelspolitischen Sinn. Alsdann ist es ohne weiteres klar, daß dieser wie jeder engere Zollverband irgendwie zwischen Mitgliederstaaten und Außenseiterstaaten zolldifferenzieren muß: durch die gegenseitige Gewährung voller Zollfreiheit oder niedrigerer Zölle zwischen den Verbandsmitgliedern und im Unterschied hierzu durch die ausschließliche Zollanwendung oder die höhere Zollbelastung nach den verbandsfremden Staaten hin. Gewährt man den Freihandel oder die gleichgünstige Zollhöhe auch an die Außenseiter, so hebt sich offenbar der besondere Zollverband (in unserm Fall: zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn, etwa neben den Balkanländern und den sonst noch einbezogenen Staaten) ganz von selber auf, und jedes Ausland (England, Rußland usw.) rückt in Wirklichkeit zum Rang eines gleichberechtigten Mitteilnehmers auf. Es stände dann wiederum wie bisher Staat unterschiedslos neben Staat, aber es löste sich keine abgesonderte Staatengruppe gegen andere Gruppen oder gegen die Vielheit der anderen, isoliert bleibenden Staaten ab. Nach innen einerseits und andererseits nach außen müssen für die Sondergruppe die Verkehrsgrundlagen verschieden bemessen sein, sonst gehörten alle Außenseiter ebenso zum Verband, und die besondere Verbandsangehörigkeit wäre ebenso viel oder so wenig wert wie das allgemeine Verbandsaußenseitertum.³⁾

Für einen alten Jünger von Barth und Brentano müßte nun zum mindesten der Freihandel im Innern der neuen zwischenstaatlichen Organisation nahe-liegen. Naumann, nachdem er seinen Tag von Damaskus erlebt hat, hält jedoch sogar die beiden politisch und wirtschaftlich so eng auf einander angewiesenen mitteleuropäischen Nachbarreiche für noch nicht reif zur vollen Konkurrenzfreigabe: dazu seien sie nach der Stufe ihrer Produktionsentwicklung, nach ihren Steuer-, Transport-, Kredit- und Währungsverhältnissen und nach vielen anderen mitbestimmenden sozialen Kräften beide noch immer zu ungleichartig. Deutschland und Österreich-Ungarn unter sich! Und dabei sollten sie noch vor ein paar Jahren, als man im allseitigen internationalen Freihandel ein *Prinzip* erblickte, ruhig allen anderen Pro-

²⁾ Siehe Naumann, loc. cit., pag. 171 ff.

³⁾ Siehe meinen Artikel Zollvereinspläne und Friedensziele, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 270 ff.

duktionsgebieten Europas und Außereuropas gleich behandelt werden können und müssen. Das ist eine so kräftige, verblüffende Abkehr von der wesentlichsten, unentbehrlichsten Grundauffassung der ganzen Freihandelspolitik, daß der entschuldigende Hinweis auf »aussichtslose Mehrheitsverhältnisse« und auf »die gegen unsern Willen geschaffene Grundlage« daneben ganz belanglos erscheint. Nicht in der parlamentarischen Umwelt. »in deiner Brust sind deines Schicksals Sterne«.

Doch hören wir die gegenwärtige Abweisung des Freihandels im einzelnen.

Freihandel (wohlgemerkt: zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn) kann nur sein, wenn die Produktionsvoraussetzungen noch weit mehr als bisher ausgeglichen sind, wenn die »neue ungewohnte Konkurrenz« nicht allzusehr »unter günstigeren Bedingungen arbeitet«:

»Das letztere ist hier die Hauptsache: man kann die Grenzwächter nur wegnehmen, wenn man vorher oder gleichzeitig, oder wenigstens bald nachher auch die übrigen Produktionsverhältnisse nach Möglichkeit ausgleicht. Ganz gleich können sie nie gemacht werden und sind sie auch, wie schon erwähnt, innerhalb des Deutschen Reichs und innerhalb jeden Weltwirtschaftsgebiets sehr unter sich verschieden, aber ein gewisses Maß von Ebenmäßigkeit ist unter allen Umständen die Voraussetzung der Aufhebung der Grenzsperre. Wenn beispielsweise die Herbeischaffung der Baumwolle für einen nordböhmischen Industriellen teurer ist als für einen sächsischen Unternehmer gleicher Art, so gewinnt bei aufgehobenem Zoll letzterer ohne weiteres einen Vorzug. Es muß also die Fracht- und Eisenbahntarifpolitik mit der Zollgemeinschaft Hand in Hand gehen. Oder wenn eine Aktiengesellschaft in Österreich sehr viel mehr Steuern zahlen muß als in Preußen, so verlegen sich bei aufgehobener Grenze die österreichischen Gesellschaften, wenn es geht, nach Schlesien. Oder wenn ein österreichischer Fabrikant bei gesunkenem österreichischen Geldwert mehr in Kronen für seine von Deutschland bezogenen Halbfabrikate bezahlen muß, als der reichsdeutsche Konkurrent in Mark, so wird es ihm schwer sein mit ihm zum gleichen Preise zu verkaufen. Wenn der Österreicher wegen einer gewissen Umständlichkeit seiner Verwaltung erst zwei Jahre später als der Reichsdeutsche ein neues Maschinenhaus bauen darf, so genügt diese Zeit, um den andern in Vorteil zu bringen. Auf diese Weise kann noch eine ganze Weile weiter geredet werden, und das Ergebnis ist: für die Österreicher paßt die Zollgemeinschaft nur, wenn sie zugleich weit mehr ist als Zollgemeinschaft!«¹⁾

Das mag alles unbestritten bleiben. Aber welche ungeheuren Hindernisse türmen sich dann vollends dem Freihandel zwischen Ländern entgegen, deren wirtschaftlicher und sozialer Abstand ein unvergleichlich viel weiterer ist? Welche fast unabsehbaren Zeiträume würden nach solcher übertrieben bedächtiger Anschauung erforderlich sein, um uns endlich mit der ganzen Welt freihändlerisch einen zu können?

Folgerichtig empfiehlt der heutige Naumann Zwischenzölle sogar innerhalb des jungen Mitteleuropas; sonst werde bald der eine, bald der andere Partner fortgesetzt unerträglich in seinem Wirtschaftsleben, dieser Grundlage jeder kulturellen und politischen Entwicklung, bedroht:

»Wenn die Wirtschaftseinheit gewonnen werden soll, so muß Österreich-Ungarn dabei die Sicherheit erhalten, daß es nicht in die Ecke gedrückt werden soll. Das aber bedeutet, daß man Zwischenzölle oder etwas Ähnliches als Schutzmaßregel einsetzen muß. . . Wie steht es aber dann mit den vielgenannten Zwischenzöllen? Sie bleiben notwendig als Ausgleich für alle diejenigen Erzeugungen, die nicht auf andere Weise besser geregelt werden können. Dabei sind folgende Fälle zu unterscheiden: . . . a) In beiden Gebieten befinden sich die selben Industrien, die nach dem Ausland zu den gleichen Schutz verlangen, die aber unter sich so verschieden stark sind, daß die eine im innern Verkehr vor der andern geschützt werden will, wie zum Beispiel gewisse Teile der deutschen Glasindustrie oder der österreichi-

¹⁾ Siehe Naumann, loc. cit., pag. 200.

schen Kleiderkonfektion. Hier muß zugunsten des schwächern Teils an der Innengrenze ein Zoll erhoben werden, der geringer ist als der Auslandszoll, aber hoch genug, um der Überwältigung vorzubeugen. Man kann diese Gruppe als industrielle Aufrechterhaltungszölle bezeichnen. b) In beiden Gebieten befinden sich Produktionen, die an sich weltwirtschaftlich schwach sind, aber aus Gründen der Bevölkerungserhaltung nicht untergehen dürfen, wie beispielsweise der Tabakbau in gewissen deutschen Landstrichen oder der Weinbau in weniger guten Gebieten, die Obstzucht bei geringerem Klima. In diesen Fällen muß geprüft werden, ob nicht hier auch durch den Zusammenschluß Gefährdungen entstehen, die durch Bewahrungszölle aufgehalten werden können. Der Unterschied der zweiten und der dritten Gruppe ist der, daß die industriellen Aufrechterhaltungszölle den Charakter der Zeitweiligkeit an sich tragen können, um entweder als Erziehungszölle zu wirken oder eine Umschaltung der betreffenden Industrien in aller Ruhe zu ermöglichen, während die Bewahrungszölle ihrer Natur nach einen mehr dauernden Charakter haben müssen. Es ergibt sich aus dieser Unterscheidung, daß die Forderung des Abbaues der Zwischenzölle nicht in gleicher Weise bei allen Zwischenzöllen gestellt werden kann, wenigstens nicht für absehbare Zeiten. Welche und wie viele Zwischenzölle nötig sein werden, kann nur in sehr mühevoller Arbeit beim Durchgehen aller einzelnen Positionen ergründet werden. . . Damit wird noch für sehr lange Zeit ein Zolldienst an der Innengrenze nötig sein, aber das läßt sich kaum ändern und hat auch sein Gutes, denn auf diese Weise läßt sich statistisch die beiderseitige Wirtschaft noch auseinanderhalten, so daß man wissen kann, was durch das neue gemeinsame System auf jeder Seite gewonnen oder verloren wurde. Das ist besonders für den betreffenden schwächern Teil nötig, damit er sich wehren kann, wenn die Abmachungen nicht die Wirkungen hatten, die sie haben sollten.«⁵⁾

Wahrhaftig, das ist schon kein gelegentlicher schutzzöllnerischer Sündenfall mehr, das heißt bereits den Schutzzoll zu einem ganz pedantischen System ausgestalten wollen. In der Hitze des neuen Enthusiasmus wird uns sogar versichert, daß »niemand jetzt im Ernst« an eine »zwischenzollfreie ungehinderte Durchfuhr« aller Waren denken darf.⁶⁾ Auch dieser Apfel soll also nicht an uns vorübergehen. Dabei erfreuen wir uns schon seit einer kleinen Ewigkeit der gegenseitigen Durchfuhrfreiheit und -zollfreiheit, nicht nur nach Österreich-Ungarn hin sondern fast für alle, überhaupt in Betracht kommenden Länder.⁷⁾ Doch mag dieser Passus nur auf ungelenke und ungeübte Ausdrucksweise zurückzuführen sein, die dem Buch in vielen handelspolitisch-technischen Ausführungen offensichtlich anhaftet. Aber auch über der heutigen Gleichstellung der Ausfuhr (immer nur Deutschlands und Österreich-Ungarns) läßt Naumann in Zukunft ein protektionistisch differenzierendes Damoklesschwert schweben:

»Jetzt müssen wir . . . grundsätzlich aussprechen, daß nach unserer Meinung die österreichisch-ungarische Industrie nicht nur im Innenverkehr Zwischenzölle braucht, sondern auch für gewisse benachbarte Gebiete Vorzugsbedingungen für ihre Ausfuhr.«⁸⁾

Das ist fürwahr ein ganz beispiellos entschlossenes Umlernen. Aber Naumann geht es zum Glück wie unserer Partei, der deutschen und internationalen Sozialdemokratie: prinzipiell, oder wie er sagt: rein theoretisch hat er auch heute von den damals und immer vertretenen Anschauungen »nichts zurückzunehmen«.

⁵⁾ Siehe Naumann, loc. cit., pag. 217 und 225 ff.

⁶⁾ Siehe Naumann, loc. cit., pag. 229.

⁷⁾ Siehe Artikel 4 des geltenden deutsch-österreichischen Handelsvertrags: »Von Waren, welche durch das Gebiet eines der vertragschließenden Teile aus oder nach dem Gebiete des andern Teils durchgeführt werden, dürfen Durchgangsabgaben nicht erhoben werden. Diese Verabredung findet sowohl auf die nach erfolgter Umladung oder Lagerung als auf die unmittelbar durchgeführten Waren Anwendung.« Selbst im deutsch-russischen Vertrag fehlt diese Abgabenfreiheit für die Durchfuhr nicht (Artikel 10).

⁸⁾ Siehe Naumann, loc. cit., pag. 227.

2 · EINE GEWERKSCHAFTSSTIMME

ZU dem überaus lesenswerten »gewerkschaftlichen Kriegsbuch«, das kürzlich im Verlag der Baumeisterschen Internationalen Korrespondenz erschienen ist, schrieb der Herausgeber, der Mitredakteur des Korrespondenzblatts der Generalkommission der Gewerkschaften Wilhelm Jansson, ein gleichfalls symptomatisches Nachwort »zum kommenden Frieden«.⁹⁾ Die nachdrücklichste Betonung ist dabei naturgemäß auf andere als handelspolitische Forderungen gelegt: auf die allgemeine Stellung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse zu dem heutigen Völkerringen und zu den auftauchenden Friedenszielen, auf die kommende innere Neuorientierung, also die Fortbildung des Koalitions- und Vereinsrechts, die Kriegsbeschädigtenfürsorge, die Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung, die Organisation der öffentlichen Arbeiten, die Parität in der Behandlung der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen und ähnliches. Immerhin nimmt die Handelspolitik einen ziemlich breiten Raum ein, und die ganze Auffassung, die sich hier unverkennbar durchringt, sticht im Ton und im Gehalt sehr günstig ab von der kläglich hilflosen, nichts als freihändlerischen leeren *Protest-* und *Anklagepolitik*, die man uns sonst so gern, gestützt auf die ältesten bürgerlichen Ladenhütertheorien, als unantastbare sozialdemokratische Parteipflicht aufzureden sucht.¹⁰⁾

Zu seiner vorurteilslosen Aussprache wird Jansson gleichfalls durch den mitteleuropäischen Zollverbandsplan veranlaßt, für den er, obwohl mit manchen Bedenken gegen erhobene Einzelforderungen, lebhaft eintritt: abermals in vorteilhaftem Gegensatz zu unseren selbstgenügsam wiederkäuenden Abstinenzpolitikern.

»Besonders wichtig ist . . . eine Vergrößerung des für den deutschen Lebensmittelmarkt produzierenden Agrargebiets. Eine wirtschaftliche Annäherung zwischen den verbündeten Zentralmächten . . . wird seit Monaten in der Presse und in Interessentenkreisen besprochen. . . Was Ungarn liefern kann, reicht keineswegs aus, um in normalen Zeiten mit ihrem größten Bedarf an Lebensmitteln die Produktion der deutschen Landwirtschaft zu ergänzen. Die intimere Verbindung mit den Balkanvölkern und der Türkei würde die Lage gänzlich verändern. . . Eine deutsche Handelspolitik, die den Bedürfnissen der Balkanstaaten und vor allem der Türkei

⁹⁾ Siehe Jansson Gewerkschaftliche Randbemerkungen zum kommenden Frieden, in dem Sammelwerk Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis (Berlin 1915), pag. 150 ff.

¹⁰⁾ Recht kennzeichnend ist hier wieder die Besprechung des gewerkschaftlichen Kriegsbuchs im Vorworts vom 15. Dezember 1915. Der Kritiker, Eckstein, fragt hier den Mitarbeiter am Kriegsbuch Genossen Krätzig, der die Drohung Englands Deutschland für eine Reihe von Jahren den Freihandel friedensvertraglich vorzuschreiben zu erlauben sich erlaubt hatte: »Ja, seit wann glaubt denn Genosse Krätzig, daß dadurch Deutschlands Industrie und Handel die Wettbewerbsmöglichkeit genommen würde? Bis zum Kriege las man es ganz anders. Aber es scheint, daß in Zollfragen verschiedene Gewerkschafter jetzt umgelernt haben. Daß darunter gerade auch ein Vertreter der Textilindustrie sein sollte, wäre allerdings besonders merkwürdig.« Das ist die *prinzipielle Auffassung*. Gleich darauf jedoch, lediglich um einen Vorwand zu Ausfällen gegen die einsichtlosen Praktiker zu finden, versteigt sich dieser selbe prinzipielle internationale Freihändler zu der verblüffenden Behauptung: »Gerade die Wirtschaftsgeschichte der Kriege liebt es anders auszufallen als der *Mann der Praxis* es gewöhnlich vermutet. Kam es nicht etwas unerwartet, daß die Textilindustrie Sachsens und Schlesiens an den Folgen der Einverleibung Elsaß-Lothringens in Deutschland fast zugrunde ging?« Einmal beweist dieser Angriff auf die Praktiker, daß manches Theoretisieren darauf hinausläuft Tatsachen rein aus der Luft zu greifen. Denn tatsächlich haben damals die deutschen Textilindustriellen ihre Bedenken gegen den drohenden Freihandel mit Elsaß-Lothringen sofort reichlich lebhaft geäußert, die Errichtung einer mehrjährigen, allmählich abzubauenen Zwischenzollgrenze hat bei den Friedensvorerörterungen und noch länger nachher die Öffentlichkeit stark beschäftigt. Daß aber nun gar ein prinzipieller Allerwelt Freihändler, der die Konkurrenzfreigabe gegen England a priori für ganz unschädlich erklärt, schon zwischen Sachsen-Schlesien und Elsaß-Lothringen die freie Konkurrenz »fast zur Vernichtung werden läßt, weil es ihm gerade zu polemischen Zwecken in den Kram paßt, enthüllt am besten was hinter dieser ganzen leeren handelspolitischen Wortmacherei steckt, die sich anspruchsvoll als sozialistisch prinzipielle Wissenschaft noch immer aufspielen darf.

in diesen Fragen entgegenkommt, würde daher von unschätzbarem Tragweite sein. Sie würde jene Völker enger an Deutschland schließen, weil sie ihnen materielle Vorteile und die Möglichkeit eines kulturellen Aufstiegs bietet. Sie entspricht den Interessen der deutschen Konsumenten, weil sie ein vom Meere und England unabhängige Lebensmittelfuhr gewährleistet. Und schließlich müßte sie der industriellen Produktion Deutschlands und Österreichs zugute kommen, da ein höherer Volkswohlstand in jenen Gebieten konsumfähige Abnehmer unserer Industrieprodukte schaffen würde. Daran sind aber auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter interessiert. Sichere Absatzgebiete bedeuten für sie erhöhte Arbeitsgelegenheit, die zugleich die Bestrebungen unserer Gewerkschaften bessere Arbeitsbedingungen herbeizuführen erleichtert. . . Das Friedensbündnis vom Luleelf bis zum Persischen Golf scheint durchaus innerhalb der wirtschaftlichen Realisationsmöglichkeiten zu liegen. Einmal muß schließlich der Anfang gemacht werden. Die Organisationsfähigkeit besitzt Deutschland, und wirtschaftliche Vorteile kann es den anderen Völkern auch bieten, ohne seine eigenen Interessen zu gefährden.«

Die Entscheidung über mehr oder weniger Freihandel, also auch über weniger oder mehr Schutzzoll (andere praktische Entscheidungen kommen auf absehbare Zeit für kontinentaleuropäische Staaten überhaupt nicht in Betracht) behandelt Jansson, indem er »von unserm gewerkschaftlichen Ausgangspunkt« aus mit vollstem Recht das Produktionsinteresse schärfer als gewöhnlich in den Vordergrund rückt, lediglich als Zweckmäßighkeitsfrage. Er äußert Einwände gegen »Zollerhöhungen auf Lebensmittel« und fordert manche »Erleichterungen im bisherigen Zollsystem«. Aber die »völlige Preisgabe des geltenden handelspolitischen Systems ist aus den verschiedensten Gründen zurzeit unerreichbar«, und daneben betont Jansson zugleich, daß das Schicksal der deutschen Produktionszweige und des deutschen Welthandels zugleich das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse, ihrer wirtschaftlichen Lage und Entwicklung, ihrer politischen Stellung und ihrer Erfolge auf dem Gebiet der Sozialpolitik ist. Dieser klarer als sonst festgehaltene Arbeiter-Produzentenstandpunkt mit seinen folgerichtigen Ergebnissen prägt sich am besten in folgenden Darlegungen aus (wobei die grundsätzliche Gleichwertung der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion vollends als ein großer Fortschritt gegen alte, überlebte handelspolitische Überlieferungen hervorgehoben werden muß):

»Gewiß hat die deutsche Agrarproduktion in diesem Kriege sich als leistungsfähig erwiesen, und man wird auch in Arbeiterkreisen erneut die Frage prüfen müssen, ob die Ablehnung jeden Zollschatzes für die Landwirtschaft eine leistungsfähige Agrarproduktion gewährleistet oder nicht. Zu einem Prinzip der Arbeiterbewegung kann weder das eine oder andere System, Freihandel oder Protektionismus, werden. Die besten Theoretiker des Sozialismus haben anerkannt, daß Erziehungszölle notwendig werden können, und niemand hat eindrucksvoller als Marx in seiner Brüsseler Rede die Nurfrehändler verhöhnt. In Australien setzt die Arbeiterpartei eine Zollpolitik durch, die sich gegen Waren aus Ländern mit niedrigen Arbeitslöhnen richtet. Auch der Gedanke hat einen gesunden Kern. Aber deshalb darf man natürlich nicht in das andere Extrem verfallen und sich auf den Protektionismus als das Allheilmittel einschwören. Die breiten Massen sind nicht nur an einer Sicherung der Lebensmittelversorgung in Kriegszeiten sondern insbesondere auch an billigen Lebensmitteln in Friedenszeiten, die doch den Normalzustand bilden, interessiert. Hier den Ausgleich zu finden ist für den praktischen Politiker zweifellos eine sehr schwierige Aufgabe.«

Als Zeichen der Zeit wird man auch diese offene Aussprache, noch mehr aber das ganze gewerkschaftliche Kriegsbuch, zu dem viele der besten Kräfte der deutschen Gewerkschaftsbewegung zusammenwirkten, der allgemeinen Beachtung empfehlen dürfen.

XX

WILHELM HAUSENSTEIN · DIE KONTINGENTIERUNG DER WELTPOLITIK



MABEN wir einmal erkannt, daß wir, um die deutsche (und die europäische) Zukunft überhaupt sicherzustellen, einen Zustand ins Auge fassen müssen, der die wirklichen Kräfte des europäischen Festlands gegen England zu konzentrieren ermöglicht¹⁾, so müssen wir uns auch die künftigen Bedingungen ganz unabhängig von dem Stand und von dem erwarteten Ausgang des Krieges klarzumachen suchen. Dabei sind wir genötigt auch dasjenige in Betracht zu ziehen, was gegenwärtig ganz fern liegt, und wir dürfen uns dabei auch nicht durch die Furcht vor Mißdeutung oder abgünstiger Entstellung unserer Erwägungen beirren lassen.

Der Gedanke eines Ausgleichs zwischen den Zentralmächten und Frankreich in Friedenszeiten mag heute, obwohl ihm vielleicht ein populäres Element zugrunde liegt, für viele unwahrscheinlich sein; aber er ist eine Bedingung einer wahren europäischen balance of power, einer wenigstens relativen europäischen Friedensgemeinschaft in der Zukunft. Prüft sich Deutschland genau, so wird es wissen, daß sein Kampf weniger dem französischen und dem russischen Volk gilt als einer französischen Gouvernementsclique und einer russischen Camarilla, die an der Verantwortung für diesen Krieg nun allerdings in erster Reihe mitbeteiligt sind (vielleicht sogar unmittelbarer als die englische Politik seit Eduard VII., die, wie jede englische Politik, sich seitwärts eindeckte und nicht etwa geraden Wegs zum Krieg drängte, im Gegenteil, da ihr kaufmännische, nicht martialische Methoden natürlich sind, den Krieg bis zu einem gewissen sehr psychologischen Moment zu hemmen suchte, dann aber mit intemem Umschlag im gegebenen Augenblick entschlossen die reife Gelegenheit wahrnahm aus den diplomatischen Voraussetzungen, in denen sie allerdings meisterlich konsequenzzüchtend gewaltet hatte, die kriegserischen Folgen zu ziehen und von diesem Augenblick ab mit einer staunenswerten Rücksichtslosigkeit offenbar sich selbst zum Mittelpunkt einer Weltkoalition gegen Deutschland zu machen). Der Krieg gilt wahrlich nicht der Welt eines Jaurès, von dem Rappoport unwiderlegt gesagt hat, daß er Iswolskij als einen der Hauptmacher des Kriegs betrachtete, daß er noch am Tag seines Todes, am 31. Juli 1914, einen erbitterten Feldzug gegen den bereits beschlossenen Krieg führte, daß er am selben 31. Juli in einem Gespräch mit dem Unterstaatssekretär Abel Ferry einen noch heftigern Feldzug, sei es bis zur Fusillade, ankündigte, ja daß er, der wie in allen Dingen so auch in der Politik von der unantastbarsten Moralität war, den glatten Bruch der französischen Milliardenentente mit Rußland für den Fall empfahl, daß damit der Friede gerettet werde: »Wenn man sich auf unsern geheimen Vertrag mit Rußland beruft, so werden wir uns auf unsern öffentlichen Vertrag mit der Menschheit berufen.« Unmöglich mit dem Geist dieses Toten (einem Geist übrigens, der in Frankreich noch ungezählte heimliche Freunde hat) Krieg zu führen; und wie es immer in dem zerfahrensten Personalien Weltgeschichte machen helfen, so strahlt doch jederzeit ein Teil des Glanzes vom Haupt dieses Menschen auf seine mißleitete Nation

¹⁾ Siehe meinen Artikel Die Front des Festlands, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 967 ff.

zurück, die er durch die Schuld eines unaufgeklärten, in der Art der Dreyfusaffäre schmachvoll verdunkelten Schicksals nicht mehr binden konnte.

Aber wir dürfen alle edleren Probleme in den Hintergrund stellen. Eine rein politische Frage drängt sich auf: Wir haben den zu wenig beachteten Fall erlebt, daß Frankreich, so sehr es den generösen beau geste liebt, seine in den Abmachungen mit Rußland vorbereitete Bundesgenossenschaft in keiner Form erkannte, als im japanischen Krieg der Bundesfreund in eine furchtbare Katastrophe hineingezogen wurde. Dabei war der Krieg mit dem am 5. Februar 1904 von Japan vollzogenen Abbruch der diplomatischen Beziehungen und mit den japanischen Flottenangriffen vom 8. und 9. Februar bei Port Arthur und Tschemulpo als japanischer Angriffskrieg qualifiziert; auch war Frankreich damals schwerlich schon durch Abmachungen mit England restlos gegenüber Japan gebunden, da ja der englisch-französische Marokkovertrag erst am 8. April 1904 geschlossen wurde. Sicher war nach strenger Auffassung der Bündnisfall für Frankreich damals gegeben, wenn auch in einem durch geographische Schwierigkeiten (von denen man heute im Verhältnis zu Japan freilich nicht spricht) eingeschränkten Umfang. Aber 1904 handelte es sich für Frankreich um Marokko, und irgendwelcher Kampf an der Seite des russischen Bundesgenossen erschien, obwohl von einem russischen Sieg für die französischen Gläubiger manches abhing, der etwas bestechlichen Phantasie einer französischen Regierung als Chimäre. 1914 handelte es sich um Deutschland: Der Bündnisfall stand der französischen Regierung keinen Augenblick außer Zweifel. Woher dieser auffallende Gegensatz? Die zweifellose Einkreisung Deutschlands durch den König Eduard und Delcassé ist so oft erörtert worden, daß man auch die andere Seite einmal sehen muß. Caprivi anglophil orientierte Politik trübte den Blick für den Monopolismus der englischen Weltpolitik. In der Zeit Hohenzollern erlebten wir die vorsichtige Annäherung eines Staatsmanns von der Bedeutung des Gabriel Hanotaux, aus der aber keine systematischen Folgerungen gezogen wurden. Vielleicht war auch 1898 bei der von den Franzosen mit schneidender Erbitterung erlebten Faschodakrise die Gelegenheit zu einer französisch-deutschen Verständigung gegeben. Die heftigen Gegensätze zwischen Frankreich und England, durch die Frankreichs 100jährige Absichten auf Ägypten toll düpiert waren, hätten, politisch intuitive Erkenntnis und entsprechende diplomatische Ausführung vorausgesetzt, zur Begründung eines festländischen Status der Ruhe führen können. Doch war diese Energie der Erkenntnis so wenig vorhanden, daß Delcassé, nach dem Sturz des Hanotaux von 1898 bis 1905 Minister des Äußern, unter den denkbar ungünstigsten Umständen, trotz der frischen Erinnerung an Faschoda, trotz dem Haß der Franzosen gegen die Engländer auch des Burenkriegs, binnen eines Jahrfünfts mit der Hilfe Eduards jene französisch-englische Entente cordiale zustande bringen konnte, die sich durch die englisch-japanischen Abmachungen von 1902 unausgesprochen in gewissem Maß auch auf Japan bezog und trotz dem von England inszenierten japanisch-russischen Krieg schon 1907 um eine russische Entente erweitert wurde: so daß binnen 10 Jahren 2 Gegnerpaare, ja 3, nämlich England und Frankreich, dann Rußland und Japan, endlich Rußland und England, in ein mehr oder minder festes System gebracht waren. Wenn diplomatischer Behendigkeit dies alles möglich war, so mußte die Lösung einer einfacheren Aufgabe, der, die Europa 1898 gestellt war, vollends möglich sein. Sie ist aber nicht erfaßt worden.

Inwieweit sich aus dieser historischen Rückschau Schlüsse auf die zukünftige Stellung Frankreichs in Europa ziehen lassen, mag dahingestellt bleiben. Eine weise deutsche Politik, die die Ziele der englischen Politik nie aus dem Auge verliert, wird jedenfalls in späterer Zukunft die Nation des Jean Jaurès nicht das entgelten lassen, was die Nation des Herrn Delcassé, obwohl sie es bei gutem Willen und nach der Präzedenz von 1904 vermeiden konnte, im Bündnis mit dem England Eduards VII. gegen uns getan hat.



MAN könnte bei Frankreich zweifeln, ob es einer 5. oder 6. physiologischen und staatlichen Erneuerung fähig sei; man könnte fragen, ob die Nation, die unter dem Stahl ihrer Hugenkriege blutete, die den Zusammenbruch nach der Ära Ludwigs XIV., des Regenten und des biedern John Law erlebte, die Revolution und das heroische Debakel des ersten Kaiserreichs, den Niederbruch des zweiten Kaiserreichs und die verhältnismäßige physiologische wie wirtschaftliche Stille der dritten Republik überdauerte und nun in diesem Krieg ein unerwartetes Beispiel von Geschmeidigkeit und Hartnäckigkeit gab, wirklich die Kraft besitzen kann noch einmal aufzuschnellen. Die Beispiele französischer Geschmeidigkeit sind erstaunlich, und man tut in jedem Fall gut Frankreich mehr nach der bodenständigen Gesundheit seiner Provinzrasse (man denke an die Frauen Renoirs und an den Menschen und Maler Cézanne) als nach den Neurosen der Hauptstadt und des nach tausendjähriger Familiengeschichte immerhin noch mit dämonischer Grazie und Größe zusammengebrochenen Lautrec zu beurteilen. Ganz sicher ist aber, daß Rußland künftig, nach einem Frieden, der sein mag wie er will, neu auferstehen wird. Wir haben keinen Anlaß das russische Volk geringzuschätzen; wir lieben die Tiefen, die Verzerrtheiten und die metaphysischen Zuständlichkeiten der Nation Dostojewskijs, und wir müssen auch überzeugt sein, daß Rußland, das echte, moskowitzische und asiatische Rußland, die schwersten Katastrophen seiner äußern Politik übersteht.

So wenig wie gegenüber England positive Bewunderung liberaler Institutionen darf gegenüber Rußland der Widerwille gegen die innere Reaktion für die äußere Politik Deutschlands eine Hemmung sein. An dieser Stelle setzt ja wohl der Widerstand aller Demokraten ein, die seit Jahren vom Standpunkt innerpolitischer Ideale eine Politik der guten Beziehungen zu Rußland als dem Zarenstaat ablehnten: was sie nicht hinderte zugleich anglophil zu sein, obwohl die freien Briten mit dem Regiment des Zaren gemeinsame äußere Politik machten. In der Tat ist das Argument, das mit der innern Reaktion Rußlands operiert, wo es sich um Weltpolitik handelt, ebenso vulgär und ebenso falsch wie jenes andere, das besagte, wir müßten äußere Politik durchaus mit den *Westmächten*, das heißt mit England, machen, weil der westliche Liberalismus Englands das Vorbild unserer innern Entwicklung sein solle. England selbst fühlte sich seinem Liberalismus zum Trotz nicht gehemmt nach dem japanisch-russischen Krieg mit dem konterrevolutionären Rußland den Vertrag von 1907 abzuschließen, der die Aufteilung Persiens in eine nördliche russische und in eine südliche britische Einflußzone besorgte. England hatte dabei keinerlei Bedürfnis die revolutionären Tendenzen in Rußland zu stärken; vielmehr schloß es seinen Vertrag mit einem Regime, das die Lösung der persischen Frage immerhin als einen ablenkenden Triumph der Reaktion über die rein auf die inneren

Probleme Rußlands gestimmten Revolutionäre betrachten durfte. Die Verbindung Englands mit Rußland war fürderhin eine Verbindung mit Iswolskij und Sasonow, aber nicht eine Verbrüderung des englischen Liberalismus oder Sozialismus mit dem russischen Demos. England hatte es lediglich auf das physische Gewicht Rußlands in der Weltpolitik abgesehen.

Das soll nun beileibe nicht heißen, daß wir den inneren Dingen Rußlands so wenig Interesse entgegenbringen sollen wie die englische Nation fast im Ganzen. Im Gegenteil: Wie wir überhaupt den englischen Zauber nur bannen können, indem wir ihn durch unsere künftige innere Politik übertreffen, so müssen wir auch wünschen, daß die innere Emanzipation Rußlands und die Entwicklung Deutschlands zu einem wirklich freien Staat einander wechselseitig befruchten mögen. Leidenschaftlicher als je werden wir uns dem ungeheuren Schauspiel des Erwachens einer großen Nation zu ihrem eigenen innern Dasein erschließen müssen. Dies Erwachen wird aber nur möglich sein, wenn Rußland auf sich zurückgeführt sein wird. Die russische Katastrophe, die sich unter unseren staunenden Augen vollzieht, ist die Folge des Mangels an Identität Rußlands mit sich selbst: ist (von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, militärischen Sonderproblemen abgesehen) die Folge eines falschen territorialen und kulturellen Aufbaus, die Folge einer noch heute von Grund auf falschen Orientierung des russischen Gesichts. Seit Peter und Katharina empfing Rußland, wie es eben in einer Epoche des schlechthin verfügenden und merkantilen Absolutismus möglich war, die vom Wesensstandpunkt Rußlands unbedingt falsche Richtung nach dem Westen. Wie sehr diese Richtung geradezu gegen die Natur erzwungen war, erhellt aus den furchtbaren Kämpfen zwischen Peter und Karl XII. von Schweden im 20jährigen Nordischen Krieg, aus den Schwierigkeiten des Polnischen Thronfolgekriegs in den dreißiger Jahren des 18. Jahrhunderts, aus der Stellung der Zarin Elisabeth gegen Friedrich von Preußen. Rußland ist durch seine falsche Richtung nach dem Westen hin verhindert worden sich um seine geographischen Brennpunkte, den Ural und das Kaspische Meer, zu ordnen, ohne daß ihm die tragische Gravitation, die ihm mehr durch die Eitelkeit als durch die Erkenntnisse eines sogenannten aufgeklärten Absolutismus eingetrieben wurde, nun wirklich einen heilsamen Anschluß an den Westen verschafft hätte. Merkantilistische Anglophilie und einige Holländerei hatten dies Unheil eingeleitet. Nur der Umschlag, eine russische Gravitation nach Osten und Südosten, würde die Dinge in wirklich russischem und zugleich europäischem Interesse entwickeln.

Wie dem sei: Unter keinen Umständen darf unsere Politik den Wert Rußlands für den neuen Aufbau des Kontinents (hier müssen wir vielleicht schon sagen: Europas und Asiens) vergessen. In keinem Fall darf sie vergessen, daß die Interessen Rußlands, und zwar gerade die asiatischen, am Ende kommender Entwicklung den englischen Interessen entgegenlaufen. Der japanisch-russische Krieg war in gewissem Maß eine englische Machenschaft, und englische Machenschaften werden Rußland aufs neue herausfordern. Die Konkurrenz um Persien, Afghanistan, Tibet, um China ist nicht für alle Zeiten still. Der Gegensatz wird um so sicherer wiederkehren, je geringer die Aussichten auf ein russisches Konstantinopel sind, und je sicherer Rußland dann wieder auf seine asiatischen Pläne zurückgeworfen wird: auf jene Pläne, die aus sich selbst erwiesen haben, daß die westliche Zielrichtung

der russischen Politik falsch oder nur von sehr beschränktem Wert war. Doch selbst in dem phantastischen Fall, daß Konstantinopel je russisch werden sollte, wäre Rußlands durchaus berechtigtes Verlangen nach dem eisfreien Welthandelshafen nicht gesättigt. Die Eroberung der türkischen Hauptstadt mag für Rußland das romantische Ideal sein, das einer 200 Jahre alten Tradition entspricht; aber die Voraussetzungen dieser Tradition sind längst entfallen. Diese Tradition rechnete mit einem absolutistisch verwestlichten Rußland, rechnete nicht mit der Möglichkeit, daß dereinst der Ural eine mitten zwischen zwei lebendigen Weltteilen liegende Industrie würde tragen können; sie rechnete mit einem europäischen Welthandelssystem (wie einst die italienische Renaissance nur mit dem Mittelmeer, nicht mit der Atlantis gerechnet hatte), nicht aber mit einer die ganze Erde, auch den Pazifischen Ozean und seine Küsten und Inseln umspannenden Welthandelspolitik. Das Mittelmeer aber ist nicht etwa das Meer der anliegenden Länder sondern das mare clausum Englands, das mit Gibraltar, Malta, Cypern, Suez seinen blauen See sperrt und ein Wunder tun müßte, wenn es Tenedos und Mytilene je leicht zurückgäbe, an wen es auch sei, wäre es auch an Venedig. Das russische Byzanz hinge darum noch von der Gunst Englands ab, die jedoch aus asiatischen Gründen schwerlich dauernd sein kann. Endlich: Selbst bei englischer Gunst wäre diese Stadt den Möglichkeiten oder vielmehr Notwendigkeiten russischer Entwicklung nicht gemäß. Die einzige vom Standpunkt Rußlands wahrhaft große Lösung des Problems wäre die Zielrichtung, die Rußland seit 1828 eingeleitet hat: die nach warmen asiatischen Gewässern. 1828 eroberte Rußland Persisch Armenien; 1864 bewältigte es die Kaukasusgebiete; von 1865 bis 1884 eroberte es Teile von Turkestan; von 1891 bis 1895 nahm es Gebiete in Pamir, Persien, Turkestan, Afghanistan. Das Ziel war in den neunziger Jahren etwa Bender Abbas am Indischen Ozean und ein Stück des Persischen Golfs. Eine russisch-persische Eisenbahn arbeitete dem Zugang zu den persischen und indischen Gewässern vor.

Neben dem persischen Programm hatte Rußland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ein pazifisches Programm. 1858 entstanden Handels- und Territorialverträge mit China. Rußland besetzte chinesisches Land am Amur und behauptete die ostasiatische Küste von Kamtschatka bis Korea. 1868 wurde Wladiwostok gegründet. 1875 mußte Japan Sachalin an Rußland abtreten. 1898 wurde Port Arthur durch einen Pachtvertrag den Chinesen weggenommen. Die Möglichkeiten ostasiatischer Entwicklung sind den Russen durch den Portsmouther Frieden und durch die während des gegenwärtigen Krieges geführten japanisch-russischen Freundschaftsverhandlungen beträchtlich eingeschränkt. Die Verständigung zwischen Japan und Rußland muß, je weiter sie fortschreitet, die Russen vom Stillen Ozean wegdrängen. So bliebe für die Befriedigung der unbedingt berechtigten Wünsche Rußlands nach einem eisfreien Hafen (neben der friedlichen Durchfahrt durch die Dardanellen, die es von der mit den Zentralmächten verbündeten Türkei erhalten könnte, und die immerhin einen, wenn auch begrenzten Wert für Rußland behielte) lediglich der persische Weg. Er könnte von Rußland um so leichter beschritten werden, als er vom Standpunkt des russischen Egoismus der vorteilhafteste ist. Wenn die für die Ponderierung der europäischen Kräfte notwendige Schiebung Rußlands nach dem Ural, dem Don, der Wolga und dem Kaspischen Meer erfolgt, nach den Gegenden, in denen Witte die

Zukunft Rußlands sah, wird die russische Politik (von einem relativen Interesse am Asowschen und Schwarzen Meer abgesehen) unvermeidlich in der Hauptsache nach den südasiatischen Gewässern drängen. Dann aber fiel der Vertrag von 1907, den der so dilettantische wie raffinierte Iswolskij einleitete, zusammen: das Désintéressement Rußlands an Tibet, Afghanistan und Persiens Golf würde unter dem Widerspruch Englands aufgehoben. Wäre aber dem riesigen Rußland gleichsam im Endverlauf seiner Mittelachse und im Angesicht des zweifellos zu immer größerer weltwirtschaftlicher Bedeutung berufenen südasiatischen Ozeans ein Ausfallstor verbürgt, so würde Rußland seine Mittelmeerambitionen, die großväterisch sind, reflexartig zurückziehen, ebenso die ostasiatischen Pläne zurücknehmen, vollends aber die unglückselige Ostseepolitik streichen, die niemals eine maritime Basis für Rußland schaffen könnte und stets nur einen Gegensatz zu Deutschland und zu Schweden erzeugte, letzten Endes auch die Gewaltpolitik gegen Finnland erklärt, das als Aufmarschbasis gegen Schweden organisiert werden sollte.

ES ist die höchste Zeit ganz allgemein mit der trivialen Vorstellung aufzuräumen, als ob die Tendenz nach Westen hin der einzige wahre Instinkt Europas und überhaupt der Geschichte wäre. Irrtümlich haben Peter und Katharina die Fassade Rußlands nach Westen gerichtet. Irrtümlich meinte man in unseren demokratischen und sozialistischen Kreisen, daß nur eine Politik mit *den* Westmächten möglich sei. Eine Kontingentierung deutscher und englischer Interessen wird nach dem Frieden noch lange auf sich warten lassen: vielleicht Jahrzehnte oder Jahrhunderte. Zwischen Frankreich und uns bestehen allerdings keine Reibungsflächen, und mitunter erscheint unser Kampf mit Frankreich als eine Abstraktion, wie er ja auch wirklich eine Flexion des englisch-deutschen Gegensatzes ist. (Genau so wie vor 100 Jahren das Bündnis Preußens mit England eine Flexion des englischen Gegensatzes gegen Frankreich war.)

Freilich wissen wir nicht, ob und wann Frankreich sich von dem England trennen wird, das im Grunde bei den Franzosen so unpopulär, dessen Bündnis mit Frankreich so unfranzösisch ist. Im besten Fall läßt sich heute erwarten, daß Frankreich (praktisch gesprochen, nicht etwa völkerrechtlich) einstweilen neutralisiert wird. Weiterhin ist anzunehmen, daß ein erneuertes Frankreich neue Kontraste zu England erlebt. Die Geschichte gibt uns Beispiele davon, daß der normale Zustand Frankreichs seit dem 14. Jahrhundert der Gegensatz zu England war. Von den großen englisch-französischen Kämpfen des Jahrhunderts der Jeanne d'Arc sei hier nicht die Rede. Aber man betrachte das Verhältnis der Staaten in den 3 größten Kriegszeiten, die Europa nach dem Dreißigjährigen Krieg (in dem England nur durch innere Dinge ausgeschaltet war) und vor dem gegenwärtigen erlebte: 1. Im Spanischen Erbfolgekrieg stand England als Chef nahezu aller Festlandsmächte gegen Frankreich. 2. Im Siebenjährigen Krieg finanzierte England das Preußen von Roßbach gegen Frankreich, und zur selben Zeit führte es einen gewaltigen und brutalen Seekrieg um die französischen Kolonien, der den Franzosen Canada nahm. Es führte diesen Krieg gegen die von der Krone Bourbon lau geführten französischen Nouveaux-Riches, die sich anmaßen über See fahren zu wollen. 3. Das Zeitalter der Revolution und der

Empirekriege war nichts als ein Kampf der damals produktivsten festländischen Bourgeoisie, der französischen, gegen England. Nebenbei soll man nicht vergessen, daß in den Kriegen, die das bourgeoise und absolutistische Frankreich des Barocks zur Eroberung Belgiens, Hollands, der Pfalz unternahm, England sich als Beschützer der Kleinen gebärdete. Man soll auch nicht vergessen, daß die Zeiten eines scheinbaren Einverständnisses zwischen England und Frankreich, das zweite Kaiserreich und die ersten Jahrzehnte der dritten Republik, nichts gewesen sind als eine verheimlichte Konkurrenz auf dem Boden der Kolonialpolitik, namentlich der ägyptischen. Namen wie Cromwell, Ludwig XIV., Wilhelm von Oranien, Marlborough, Pitt der Ältere, Ludwig XV., Friedrich II. und Roßbach, Lafayette, Napoléon, Nelson, Wellington, Pitt der Jüngere sagen genug über die Gemeinsamkeit der Überlieferungen der mit Tonfall so genannten *beiden* Westmächte. Keine dümmere Legende wurde in diesem Krieg erfunden als die von der Solidarität der westlichen Kultur. Daß es trotz Rußland Leute in der Welt gab, die an diesen Unsinn glaubten, ist ein Beispiel der hysterischen Eklipsen, die in der Psychose des Kriegs vorkommen. Daß (leider auch in den Reihen der deutschen Linken) die konventionelle Theorie von der kulturellen Einheit des Westens Platz fand, und daß das Übrige ungefähr als eine einzige reaktionäre Masse spukte, war eine der dogmatischen Bequemlichkeiten, die man sich zu gestatten pflegte, wenn man große Politik in großen Linien zeichnete.

Die Legende von der vorbildlichen kulturellen Einheit der Westmächte hat zwei Quellen: einmal die fast manische Vorstellung, daß die Parallelität der bürgerlichen Liberalismen im Westen ein Naturgesetz der Entwicklung für das ganze zentrale und östliche Europa bedeute (ein Phantom, gegen das aus tiefster Tiefe schon Dostojewskij gekämpft hat), und fernerhin die Politik Napoléons III., bei dessen Namen man sich erinnert, daß französische und englische Aktionen im Krimkrieg und in der Expedition gegen China von 1857, auch in der gegen Mexiko von 1867, gemeinschaftlich gemacht wurden, daß der Liberalismus des italienischen Risorgimento, zumal bei Cavour und Mazzini und auch bei den besten anderen Männern der Nuova Italia, französischen und englischen Ursprungs war, und daß Napoléon III. die freiheitlichen und unionistischen Bewegungen in Italien, in Polen und in Rumänien unterstützte. Es schien keinem etwas zu verschlagen, daß das rumänische Cäsarentum des Joan Cusa von Napoléon III. nur als Vorposten gegen Österreich und Rußland gemeint war, und daß er auf Dinge wie den Witz von der lateinischen Kultur Rumäniens geppißen haben würde; es schien keinem etwas zu verschlagen, daß die Einigung Italiens kaum einen größeren Feind hatte als Napoléon III., der zwar für die italienische Einheit und Freiheit mit dem Schwung eines Abgeordneten von 1792 eintrat, aber mit sehr deutlicher Anmaßung einer Kuratel über Italien sich zu Villafranca mit dem alten Gegner Italiens, mit Österreich, auseinandersetzte. Kaum einer denkt daran, daß das 19. Jahrhundert in der Form einer Freundschaft der Westmächte von Navarino bis Faschoda eine ununterbrochene wechselseitige Eifersucht zwischen Frankreich und England war.

Tatsache bleibt nach allem, daß Frankreich und England nicht unter dem Schlagwort der Westmächte zusammengefaßt werden dürfen sondern getrennt betrachtet werden müssen. Vielleicht mag heute den Franzosen der Umfang des englischen Imperialismus nicht verständlich sein, weil sie zur-

zeit, seit 17 oder seit 11 Jahren, nicht unmittelbar an seine Grenzen stoßen. Aber nach aller Wahrscheinlichkeit wird Frankreich sich nach diesem Krieg keineswegs befriedigt fühlen; dann wird es wohl auch erkennen, daß fast ein Drittel des gesamten Außenhandels englisch ist, daß das englische Weltreich mit seinen 30 Millionen Quadratkilometer nahezu ein Viertel der Erdoberfläche besitzt und mit seinen fast 400 Millionen Bewohnern mehr als ein Viertel der Erdbevölkerung beherrscht. Das Krasse dieser Unproportion wird bei jedem künftigen Versuch der Mächte ihren Einflußkreis zu kontingentieren auffallender sein; man wird, wohin man immer sieht, eine englische Flagge finden, wie man sie etwa an unscheinbarster Stelle des Persischen Golfs auf einer kleinen, aber wichtigen Insel findet. Gegen diese Disproportion, die an ein Weltmonopol grenzt, muß die übrige Erde rebellieren. Nicht aus Haß; enthalten wir uns knabenhafter Affekte. Wohl aber aus Einsicht in die Notwendigkeit einer wirklich proportionalen Kontingentierung der Erde, zu der wir den Imperialismus allmählich hinüberführen werden. Jeder lebendige Staat will sich in die Welt projizieren; daß der *Imperialismus*, wie er heute meist verstanden wird, im Prozeß solcher Projektion freilich stärkster Korrektur bedarf, die als Idee rationell organisierender Kontingentierung der Einflüsse eminent sozialistisch wäre, versteht sich.


Zum Block des europäischen Festlands gehört auch Vorderasien. Durch Ostasien wird er geschlossen werden. Es ist keine Frage, daß Japan sich in vitalen Gegensätzen zu England befindet. England fühlt das. Mit Schrecken gewahrte es die Verhandlungen zwischen dem Ministerium Okuma-Kato und Yüanschikai, die von der japanischen Seite in der Tat darauf hinausliefen China zu einer japanischen Kolonie zu machen. Mit Entsetzen gewahrt das englische Kapital, daß das japanische Kapital Gellüste zeigt sich von London zu emanzipieren und sich in der bisher wichtigsten englischen Einflußzone in China, im mittlern Yangtsegebiet, dessen Hanyehpingwerke eine gewaltige Ausbeute von Kohle und Erz verheißen, zu versuchen.²⁾ Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß England und Japan an einander geraten werden. Deutschland aber hat in Ostasien gar kein Interesse an politischen Kolonien, wohl aber Gelegenheit wirtschaftliche Kolonien, Handelsfaktoreien aufzubauen. Da durch diesen Krieg die finanzielle Gravitation von London stark nach den Vereinigten Staaten geschoben wurde, wird England vermutlich seine Position als Weltbankier mehr als bisher mit Amerika teilen müssen. Auch von dieser Seite müßte es gegen Japan fühlen: denn Japans Griffe gehen über den Stillen Ozean nach Californien hinüber und dürften in die Kausalitäten der mexikanischen Unruhen verwickelt sein, während andererseits das chinesische Petroleummonopol der Standard Oil Company den Widerspruch des industrialisierten Japan herausfordern dürfte. So stünde (wenn man noch die australischen Ambitionen Japans in Betracht zieht) schließlich wohl ein festlandeuropäischer Block mit Asien einem England gegenüber, das einigen Rückhalt an den Vereinigten Staaten fände. Damit wäre dem beispiellosen Weltprimat Englands eine wirkliche balance of power entgegengesetzt.

Denn nochmals: Nicht um die Vorbereitung neuer Kriege kann es sich handeln. Das Ziel kann weder die Vernichtung Englands noch die Aufrichtung einer andern Weltherrschaft sein. Vielmehr handelt es sich um eine sach-

²⁾ Siehe hierzu Schmidt Japan im Weltkrieg und das Chinaproblem /Bremen 1915/: eine treffliche Schrift.

liche Aufgabe der Geopolitik (dieser Grundlage aller Politik, die eben darum noch nie wissenschaftlich großzügig versucht wurde) und um eine höchst sachliche Aufgabe der politischen Mechanik. Affekte sind hier nutzlos. Es handelt sich, wie man erkennt, um die Übertragung des Prinzips der kontingentierenden Organisation, des sozialistischen Grundprinzips, von dem Gebiet der Volkswirtschaft im speziellen Sinn auf die Weltpolitik. Kann es überhaupt Weltpolitik mit Recht geben, so kann dies Recht nur in dem Prinzip der rationell die Erde kontingentierenden Organisation ruhen. Dies Prinzip ist freilich eine öffentliche Angelegenheit, nicht ein diplomatisches Geheimnis.

XX
HEINRICH PEUS · DIE ORGANISIERTE VERBUNDUNG ZWISCHEN PRODUKTION UND KONSUM IN DER LEBENSMITTELVERSORGUNG

 EUTE heißt es allenthalben, Deutschland sei das bestorganisierte Land der Welt. Mag sein. Und doch sind wir noch nicht gut genug organisiert. Das merken wir eben jetzt im Krieg, der uns wirtschaftlich sehr wenig organisiert überrascht hat. Groß und schwer sind die Aufgaben, die die Ernährung des Volkes jetzt stellt. Die langwierigen Debatten in der Budgetkommission des Reichstags zeigen es. Aber man darf nicht meinen, wenn der Krieg vorüber sei, dann seien diese Aufgaben auch wieder erledigt. Wir brauchen vielmehr eine wirtschaftliche Neuordnung. Nach dem Krieg wird unser Hauptaugenmerk darauf gerichtet werden müssen die Produktion zu steigern und alle Energievergeudung auszuschalten; dadurch erst könnten die Mittel für die notwendigen Reichseinnahmen beschafft, dadurch könnten die Kosten des Krieges ausgeglichen werden. Praktischer Sozialismus muß sich Bahn brechen. Resolutionssozialismus haben wir lange genug gehabt.

Auf allen Gebieten des nationalen Lebens muß das Prinzip der organisierten Energieverwendung bis in seine letzten Konsequenzen durchgeführt werden. Eine Reihe von Aufgaben ist bereits in früheren Aufsätzen der Sozialistischen Monatshefte, und gerade auch während der Kriegszeit, skizziert worden. Eine besondere Aufgabe dieser Art soll in folgendem betrachtet werden. Um es gleich mit einem Satz zu sagen: Es muß alles getan werden, um die Landwirtschaft in den Stand zu setzen ihre Produktion zu steigern, dann aber auch, um die von ihr erzeugten Lebensmittel unter Ausschaltung aller parasitären Belastung an die Verbraucher zu bringen. Alle wahrhaft erforderliche Arbeit soll ihren ehrlichen Lohn bekommen: nicht die absolute Billigkeit der Ware, sondern die Güte des Produkts ist das Ziel; und eben deshalb gilt es die Energie in möglichst hohem Maß für die Produktion selber aufzuwenden und energievereschlingende Zwischeninstanzen, soweit sie durch rationelle Organisation ersetzt werden können, nach Möglichkeit ganz aufzuheben.

Bekanntlich ist der direkt aufs Ziel der Lebensmittelverbilligung gehende Weg der der Konsumgenossenschaften. Sie organisieren den Verbrauch und befriedigen ihn durch eigene Bezugs- und Verteilungseinrichtungen in der Absicht jede dabei mögliche Kostenersparnis durchzu-

führen, soweit dadurch das Recht der Arbeit auf ihren Lohn nicht beeinträchtigt wird. Es ist planmäßige Großbetriebsorganisation, es ist aber auch Eigenproduktion mit eigenem statt fremdem Kapital, was sich die ihrer Aufgabe klar bewußten Konsumvereine als Ziel setzen. Auf dem Parteitag zu Hannover /1899/ sagte August Bebel:

»Ein gut geleiteter Konsumverein wird 12 % Dividende abwerfen bei einem Jahresverbrauch von 400 bis 500 Mark pro Arbeiterfamilie. Ein Lohnzuschlag von vielleicht 8 %, der sich dadurch ergibt, ist gewiß ein Vorteil, aber damit ist es auch genug. Anzunehmen, daß durch Konsum- und für die Konsumvereine arbeitende Produktivgenossenschaften eine Art vorbereitender Umgestaltung von der bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaft stattfinde, zu dieser Höhe der Anschauung vermag ich mich nicht zu erheben.«¹⁾

Die 50 bis 60 Mark Vorteil, die Bebel dem gut geleiteten Konsumverein für die Arbeiterfamilie bei 400 bis 500 Mark Verbrauch zuschreibt, sind natürlich nicht 8 % sondern nur etwa 3 % Lohnzuschlag. Vielleicht ist es ein Druckfehler. Wenn aber die absolute Summe richtig ist (und sie kann auch richtig sein, wenn keine 12 % Rückvergütung gezahlt werden), so ist klar, wieviel gewonnen werden könnte, wenn die Konsumgenossenschaften noch viel weiter um sich griffen als bisher. 1901 gab es im Reich 1683 Konsumvereine mit 630 785 Mitgliedern, 1912 waren es 2394 Vereine mit 1 911 357 Mitgliedern. Inzwischen sind die 2 Millionen längst überschritten. Es gibt aber 16 Millionen Familien in Deutschland. Und die Umsatzsumme pro Familie kann auch noch weiter steigen. Was ist da noch herauszuholen! In Leipzig beziehen jetzt von 140 000 Familien 62 000 ihren Lebensmittelbedarf aus dem Konsumverein. Um in Berlin den selben Stand zu erreichen, müßte die Berliner Konsumgenossenschaft 300 000 Mitglieder haben. Sie hat aber eben erst das erste Hunderttausend an Mitgliedern überschritten. Immerhin hat Berlin tatsächlich an Mitgliederzahl nun schon den größten Konsumverein der Welt. Doch gibt es in Groß Berlin über 700 000 mögliche Konsumvereinsmitglieder. Daß es bisher nur 100 000 sind, die auch noch keine 20 Millionen Mark Umsatz schaffen, daran ist nicht am wenigsten die Auffassung schuld, die in dem obigen Bebelschen Wort zum Ausdruck kommt. Rosa Luxemburg meinte einmal, die auch von Bebel zurückgewiesene Anschauung komme ihr vor, als wenn man den Ozean mit dem Fingerhut ausschöpfen wolle. Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz hatte im Jahre 1913-1914 schon 27 182 561 Mark Umsatz. Und die Umsatzsteigerung schreitet unaufhaltsam fort. Das mehr als 5mal so große Berlin hätte bei gleichem Entwicklungsstand schon 137 Millionen Mark Umsatz. Für eine einzelne Stadt schon ein ganz netter Fingerhut voll. Was aber in Leipzig schon Wirklichkeit ist, kann in Berlin nicht unmöglich sein, besonders wenn die Bebel-Luxemburgische Anschauung schwindet und an ihre Stelle diejenige tritt, die Beatrice Webb zum Ausdruck bringt:

»Die Vereinigung der ganzen Arbeiterklasse zu einem Genossenschaftsverband einerseits und einer Föderation von Gewerkschaften andererseits würde den Arbeitern tatsächlich die Herrschaft im Staat einräumen.«²⁾

Es besteht alle Aussicht, daß diese Auffassung sich in der deutschen Arbeiterklasse völlig durchsetzt. Hätte Bebel 1899 gesehen, was schon 1915 in Berlin als Konsumgenossenschaft existiert, so würde er vielleicht den zweiten Teil des obigen Zitats auch nicht ausgesprochen haben. Freilich hätte er auch sicher einigermassen Erstaunen darüber empfunden am 14. November 1914 etwa

¹⁾ Siehe das Protokoll des deutschen sozialdemokratischen Parteitags 1899 /Berlin 1899/, pag. 119.

²⁾ Siehe Webb Die britische Genossenschaftsbewegung /Leipzig 1893/, pag. 209.

20 Minister, Staatssekretäre und Ministerialbeamte in Begleitung des Reichstagspräsidenten, des Präsidenten des Herrenhauses und des Berliner Oberbürgermeisters bei der Berliner Konsumgenossenschaft zur Besichtigung ihrer großartigen Gebäulichkeiten und Produktionseinrichtungen auf Besuch zu finden.

Also es geht vorwärts mit der konsumgenossenschaftlichen Organisation. Sie ist die, die auch jetzt im Krieg am besten durchhält. Und zwar überall. Allenthalben steigen die Mitgliederziffern, und der Erfolg wäre noch bedeutender, wenn die Vereine der wachsenden Mitgliederziffer entsprechend auch Ware aufbringen könnten. Leider ist bekanntlich das Gegenteil der Fall. Die Vereine bekommen viele Waren gar nicht und von anderen nur einen Prozentsatz des im Frieden bezogenen Quantums, wodurch bei der steigenden Mitgliederziffer das Manko nur noch kräftiger in die Erscheinung tritt. Nach dem Krieg wird der Erfolg sicher sehr stark hervortreten. Denn das Bewußtsein hat sich der Bevölkerung mit absoluter Klarheit bemächtigt: Die Konsumvereine haben auf keinen Fall unrechtmäßige Profite eingeheimst; sie konnten das gar nicht tun, denn jeder Pfennig, der über die erforderlichen Selbstkosten hinaus in die Konsumvereinskasse fließt, verbleibt den Mitgliedern als ihnen gemeinsam gehöriges Vermögen.

Nun gibt es aber neben den Genossenschaften der Konsumenten auch solche der Produzenten der Lebensmittel. Ja, diese agrarischen Genossenschaften haben sich in den letzten Jahren noch ganz besonders hervorragend entwickelt. Es gab 1890 im Deutschen Reich 1729 Spar- und Darlehnskassen, 537 ländliche Bezugsgenossenschaften, 639 Molkereigenossenschaften und 101 sonstige Genossenschaften. 1912 aber gab es 18 830 Kreditgenossenschaften, 2217 landwirtschaftliche Bezugsgenossenschaften und 3360 Molkereigenossenschaften. Die Bezugsgenossenschaften stiegen in den Jahren 1901 bis 1912 von $47\frac{1}{2}$ Millionen Mark auf 259 Millionen, während die Verkaufserzeugnisse der Molkereigenossenschaften sich in ihrem Umsatz von 1904 bis 1911, also in nur 7 Jahren, von $2\frac{2}{3}$ Millionen Mark auf 245 Millionen Mark entwickelten. Das sind gewaltige Steigerungsziffern. Als ich einmal Bebel auf diese ländlichen Genossenschaften hinwies, meinte er: »Die werden euch später noch ganz und gar die Ohren abschneiden.« Daß aber darum eine zielbewußte Förderung der Konsumgenossenschaften nötig sei, wollte ihm merkwürdigerweise nicht einleuchten.

Die ländlichen Bezugsgenossenschaften haben genau den selben Zweck wie die Konsumvereine. Sie wollen die Dinge, die sie kaufen (landwirtschaftliche Maschinen, Düngemittel, Futtermittel, Saatgut usw.) billig einkaufen und dann an ihre Mitglieder verteilen; sie wollen Zwischenhandelsunkosten parasitären Charakters, die ausgeschaltet werden können, zugunsten ihrer kaufenden Mitglieder aufheben. Die Verwertungsgenossenschaften aber, zu denen vor allem die Genossenschaftsmolkereien gehören, wollen für ihre Produkte möglichst gute Preise erzielen. Das ist sicher ein Streben, das nicht die Verbilligung der Lebensmittel zum Ziel hat. Aber darum doch keineswegs verwerflich ist. Auch nicht vom Standpunkt des konsumierenden Arbeiters aus. Der Arbeiter ist als Arbeiter Produzent. Als solcher erstrebt er für sich guten Arbeitslohn. Als solcher muß er für die Ansprüche aller ehrlichen Arbeit Verständnis haben, auch der Arbeiter der Landwirtschaft. Auf dem selben Hannoverschen Parteitag, wo Bebel die oben

zitierte Äußerung über die Konsumvereine tat, hat er sich auch über die Landwirtschaft ausgesprochen. Er meinte, kein landwirtschaftlicher Besitzer werfe 7 % Rente ab, was bekanntlich bei industriellen Unternehmungen wirklich nur in dem Sinn selten ist, daß meist mehr als 7 % erzielt werden. Und dann äußerte er sich wie folgt:

»Kein Zweifel, so rationell ein landwirtschaftlicher Betrieb auch geführt werden mag, er kann mit der Gewinnhöhe eines gut geleiteten industriellen Unternehmens nicht konkurrieren. Das Kapital wendet sich daher der Industrie zu und wird der Landwirtschaft entzogen. Es herrscht Mangel an Betriebskapital. Hand in Hand damit geht die Leutenot. Während die Bevölkerung des Deutschen Reichs in den Jahren 1882 bis 1895 um $6\frac{1}{2}$ Millionen zunahm, verminderte sich die Landbevölkerung um 784 000 Köpfe. In Handel, Verkehr und Industrie aber zeigte sich eine gewaltige Steigerung der Bevölkerung. Sie vermehrte sich der Kopffzahl nach in der Industrie von $16\frac{1}{4}$ auf 20 Millionen. Sie wuchs um fast 25 %, während in der Landwirtschaft die Bevölkerung um 4 % abnahm. Im Handel stieg die davon abhängende Bevölkerung von $4\frac{1}{2}$ auf fast 6 Millionen, um über 30 %. Dieser Entwicklung entspricht der Mangel an ländlichen Arbeitern, der auf die landwirtschaftliche Entwicklung in hohem Grade nachteilig gewirkt hat, so daß die Agrarier in der Tat Ursache haben zu klagen. Alle diese Umstände zwingen die Landwirtschaft zu möglichst intensivem Betrieb überzugehen. Der extensive Betrieb rentiert sich nicht mehr. Der intensive Betrieb erfordert aber große Kapitalien. Kapital und Kredit aber sind für die Landwirtschaft durch die Entwicklung verteuert. Sie wird also in der Tat mit doppelten Ruten gepeitscht. Der Staat aber hat ein Interesse daran die Landwirtschaft zu erhalten.«³⁾

Dieses Urteil Bebels über die Lage der Landwirtschaft ist sicher für manchen überraschend. Um so gerechtfertigter wird man es finden müssen, daß sich die Landwirte konsum- und produktivgenossenschaftlich organisieren, um durch den Handel möglichst wenig Preisabbruch zu erfahren. Der Handel steht zwischen dem Produzenten und dem Konsumenten mit ganz eigenem Interesse: vom Produzenten will er billig kaufen und an den Konsumenten teuer verkaufen. Sicher findet zumal das zweite Streben seine Grenze in der Notwendigkeit überhaupt zu verkaufen und in dem Interesse möglichst viel zu verkaufen. Auch leistet der Handel, solange keine anderen Einrichtungen zwischen Produzenten und Konsumenten geschaffen sind, gesellschaftlich notwendige und darum nützliche Arbeit. Doch kann auch nicht bestritten werden, daß der Zwischenhandel, besonders in seiner Unkontrollierbarkeit, sowohl für den Produzenten als auch für den Konsumenten eine arge Belastung darstellen kann, daß der Profit der günstigen Gelegenheit bei ihm eine große Rolle spielt. Die Übereinstimmung zwischen Leistung und Entgelt ist nirgendwo so sehr dem Zufall preisgegeben wie beim Handel. Es fehlt vorläufig an der Möglichkeit ein Stück Lohngerechtigkeit bei ihm zu verwirklichen. Es wäre daher ein großer Schritt zu sozialer Gerechtigkeit, wenn die organisierte Produzentenschaft und die organisierte Konsumentenschaft unter Ausschaltung des Handels unmittelbar mit einander in Verbindung träten. Das gilt insbesondere für das Gebiet der Lebensmittel im engeren Sinn. Konsumvereine und landwirtschaftliche Genossenschaften sollten sich mit aller Macht suchen und einen ehrlichen Austausch von Bedarf und Bedarfsdeckung sich zum Ziel setzen. Die Produzenten wären ihrer anständigen Bezahlung sicher, und die Konsumenten könnten reelle Ware garantiert bekommen. Beide Teile könnten eine große Organisation zwischen einem wachsenden Teil zusammengefaßten Bedarfs und zusammengefaßter Arbeit herstellen.

³⁾[Siehe das in Note 1 zitierte Protokoll, pag. 104.

Schon im Jahr 1904 habe ich gegenüber dem Führer der Agrarier im anhaltischen Landtag den Wunsch nach einer solchen Annäherung ausgesprochen: »Ich hege die Hoffnung, daß die Freude, die der Herr Abgeordnete Kraaz an der Entwicklung des Genossenschaftswesens hat, doch die Folge haben wird, daß er überhaupt für das, was Genosse heißt, in Zukunft auch in anderer Hinsicht etwas mehr Liebe und Verständnis haben wird. Denn schließlich ist der politische Genosse nichts anderes als die einfache Übertragung aus dem wirtschaftlichen ins politische, und ich habe schon im vorigen Jahre erklärt, daß diejenigen ländlichen Unternehmer und Arbeiter usw., überhaupt die kleinen Leute, die sich in Genossenschaften zusammenfinden, von dem Begriff des Privateigentums etwas mehr entwöhnt werden und eher zu der Auffassung kommen, daß es eben auch dann ein Eigentum gibt, wenn es ein gemeinsames Eigentum gibt; denn schließlich ist das Eigentum der Genossenschaft ein gemeinsames Eigentum, aber doch eben ein Eigentum. Vielleicht besteht auch die Hoffnung, daß das Verständnis für die Konsumvereine in der ländlichen Bevölkerung besonders dadurch geweckt werden wird, daß sie selber durch ihre Genossenschaften darauf hingeführt wird die Nützlichkeit solcher Einrichtungen zu erkennen.«

Darauf antwortete damals der Abgeordnete Kraaz:

»Wenn die Sozialdemokratie sich darauf beschränkt hätte die Interessen der Arbeiter zu vertreten und nicht so weit gegangen wäre revolutionäre Tendenzen in ihr Programm aufzunehmen, die Enteignung allen Grund und Bodens usw., dann könnte man mit ihnen arbeiten, dann könnte man Gemeinschaft mit ihnen haben. Aber da das ausgesprochene Ziel der Sozialdemokratie das ist die ganze Gesellschaftsordnung umzuwerfen, die Kirche, das Vaterland und die Monarchie zu vernichten, kann niemand von wohldenkenden Menschen hier im Landtage und im Lande mit ihnen arbeiten, und ich als der allerletzte nicht.«⁹⁾

Wie ersichtlich, ist der politische Gegensatz zwischen Industriearbeiterschaft und Landwirtschaft hier ein Hemmnis für die wirtschaftliche Annäherung. Das muß doch aber nicht sein. Landwirtschaft und Handel haben auch keine gemeinsame politische Auffassung und stehen gleichwohl seit undenklichen Zeiten in wirtschaftlicher Verbindung mit einander. Als der Dessauer Konsumverein zum erstenmal die Verbindung mit Molkereien suchte, ward ihm zur Antwort, an Sozialdemokraten verkaufe man nicht. Als dann aber später einmal einige Agrarier sich das Zentrallager und die Bäckerei des Konsumvereins ansahen, meinten sie: »Na ja, wenn die Pferde der Sozialdemokraten unsern Hafer fressen, können sie selber auch unsere Butter bekommen.« Seitdem ist die Verbindung zwischen Konsumgenossenschaft und Molkereigenossenschaft da, und die Geschäftsverbindung war bis zum Krieg sehr glatt und erfreulich.

Natürlich sind solche Verbindungen heute schon mancherorts angeknüpft. Aber im großen und ganzen fehlt auf diesem Gebiet doch noch so viel, daß der Ruf an beide Organisationen sich gegenseitig zu suchen sehr angebracht erscheint. Wieviel Zweifel, wer Wucher treibt, die Landwirtschaft oder der Handel, ob überhaupt Wucher getrieben wird, wäre jetzt im Krieg beseitigt, wenn die Konsumentenorganisationen einerseits und die Organisationen der Lebensmittelproduzenten andererseits für Fleisch, Milch, Butter, Eier, Kartoffeln, Obst sich schon seit Jahren gesucht und gefunden hätten. Gewiß muß zu dem Zweck auf beiden Seiten auch die eigene Organisation erst auf noch weitere Entwicklungshöhe gebracht werden. Aber gerade diese eigene Entwicklung würde durch die wirtschaftliche Verbindung beider am besten gefördert. Wenn die landwirtschaftlichen Genossenschaften sich zum Ziel setzten besonders den so glatt bezahlenden Konsumgenossenschaften

⁹⁾ Siehe das stenographische Protokoll des anhaltischen Landtags, 1904, pag. 840.

die reellste Bedienung zuteil werden zu lassen, während die Konsumgenossenschaften ihrerseits auch bereit wären der landwirtschaftlichen Arbeit angemessene Preise zu bewilligen, so könnten sich beide gerade dadurch gegenseitig eine gewaltig steigende Entwicklung verschaffen.

Auch der Wanderung der Konsumvereine hinaus aufs Land würden dadurch die Wege geebnet; nicht zum Schaden der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die durch Erwerb der Mitgliedschaft im Konsumverein dann auch diesen Bedarf im eigenen Laden deckte. Da die Konsumgenossenschaften mehr und mehr auch zur Eigenproduktion übergehen (man denke nur an die Fabriken der Großeinkaufsgesellschaft), so wäre allmählich ein wohlgeordneter wirtschaftlicher Austausch zwischen Stadt und Land möglich, der auch sonst seine sehr heilsamen Folgen hätte. Wenn dann weiter der politische Gegensatz zwischen der nach sozialistischer Ordnung strebenden Arbeiterschaft und der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die auch (das zeigen ihre Genossenschaften) nach einer größeren wirtschaftlichen Organisation trachtet, etwas von der bisherigen Schärfe verliert, so ist das auch kein Schade. Letzten Endes sind die politischen Parteien kein Selbstzweck, sie sollen die Wohlfahrt ihrer Mitglieder begründen und können das leichter, wenn sie sich den Blick in andere Auffassungsweise offen halten, als wenn sie sich in schärfstens abgegrenzte Begriffssysteme verrennen, die oft mit der Wirklichkeit der Dinge jeden Zusammenhang verlieren.

Es gibt *radikale* Parteimenschen hüben wie drüben, die ein Grauen überfällt, wenn sie daran denken, daß die, die sich bisher als politische Todfeinde betrachteten, mit einander in verständige wirtschaftliche Verbindung treten sollen. So hat man seinerzeit die Tarifgemeinschaft von *radikaler* Seite als ein Greuel bekämpft, das dem Klassenkampf gefährlich werde. Sie hat sich gleichwohl durchgesetzt. So gibt es heute auch noch genug politische Fanatiker unter den Landwirten, die es mit ihrem Gewissen nicht vereinigen können mit *sozialdemokratischen* Konsumgenossenschaften in Verbindung zu treten. Man darf doch wohl hoffen, daß der Krieg die Zahl dieser Fanatiker ebenso wird vermindert haben wie auf der Linken die konservativen Ideologen zurückgedrängt sind. Die Vernünftigen auf beiden Seiten, die nicht in politischer Dogmatik des Lebens höchste Weisheit erblicken sondern das lebendige Leben gesund aufzubauen trachten, werden zahlreich genug sein die neue Welt der *Arbeitsgemeinschaft* zwischen Konsumgenossenschaften und landwirtschaftlichen Genossenschaften aufzubauen. Und stärker noch als die Vernunft wird die Notwendigkeit wirken die Ernährung des Volkes durch zielbewußte systematische Organisation von Produktion und Verteilung sicherzustellen.

XX FRIEDRICH KLEIS · AUF DEM WEG ZUM ARBEITS- AMT



EKANNTLICH beschloß der Reichstag am 20. März 1915 die verbündeten Regierungen zu ersuchen dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem im ganzen Reich für jede größere Gemeinde mit ihren Vororten sowie für je einen Bezirk von kleineren Gemeinden ein Arbeitsamt zu errichten ist. Die Arbeitsämter sind für bestimmte Landesteile respektive Einzelstaaten zu

Verbänden (Landes- respektive Bezirksarbeitsämtern) zusammenzufassen. Die Zentrale bildet das Reichsarbeitsamt. Freilich sind die dem Arbeitsamt zugewiesenen Aufgaben noch recht bescheiden. Überhaupt weicht die ganze Einrichtung der Arbeitsämter, wie sie der Beschluß vorsieht, sehr von den bisherigen Anschauungen darüber ab.

Ursprünglich wurde die Forderung Arbeitsämter und -kammern einzurichten hauptsächlich deshalb erhoben, weil man der Arbeiterschaft überhaupt eine Vertretung, besonders zu politischen Zwecken, verschaffen wollte. Namentlich in Österreich war lange Zeit gerade dieser Gedanke maßgebend. Mit der Entwicklung des allgemeinen Wahlrechts und der Entstehung parlamentarischer Vertretungen der Arbeiterklasse änderten sich dann auch die Aufgaben, die man den Arbeitsämtern zudachte. In erster Linie sollten sie nunmehr die Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung in ihrer Anwendung und Ausführung überwachen. So wurden schon 1877 in dem ersten sozialdemokratischen Arbeiterschutzesetzentwurf Fritzsche-Bebel »Gewerbekammern in genügender Zahl« verlangt. Sie sollten berufen sein die Gewerbe- und Arbeitsinteressen zu vertreten, den Behörden regelmäßige Berichte zu erstatten, die zu veröffentlichen seien, Anträge an die Behörden zu stellen sowie gemeinsame gewerbliche Einrichtungen und Fachbildungsanstalten zu beaufsichtigen. Eingehender wurde dann die Forderung in dem Entwurf eines Arbeiterschutzesetzes begründet, den die Sozialdemokraten 1885-1886 dem Reichstag vorlegten. Dieser Entwurf sah ein Reichsarbeitsamt an der Spitze des Ganzen, ferner je ein Arbeitsamt und eine Arbeitskammer für Bezirke von 200 000 bis 400 000 Einwohnern vor. Das Amt sollte mehr eine ständige ausführende Behörde, die Kammer eine aus Wahlen hervorgehende, beratende und kontrollierende Interessenvertretung sein. Zu den Aufgaben der Arbeitsämter sollte es gehören die Betriebsstätten zu besichtigen und Anordnungen zu erlassen, wie sie ihnen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter in den besichtigten Betrieben notwendig erschienen. Ferner sollte das Arbeitsamt innerhalb seines Bezirks unentgeltliche Arbeitsnachweise organisieren, deren Zentralstelle es selber zu bilden hätte, und Minimallöhne festsetzen. Die Mitglieder der Arbeitskammer sollten zur einen Hälfte von den Unternehmern, zur andern von den Arbeitern gewählt werden. Zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern sollte sie aus ihrer Mitte heraus ein Schiedsgericht bilden. Zur Beratung kam nur ein Teil des Entwurfs: die Forderung der Arbeitsämter; das Resultat dieser Beratung war aber nur der Beschluß die Zahl der Fabrikinspektoren zu vermehren. 1890 wurde der Entwurf mit nur geringen Änderungen von neuem eingereicht. Dann folgte im Jahr 1900 ein sehr sorgfältig ausgearbeiteter Entwurf der Fraktion zu einem selbständigen Gesetz, das die Errichtung eines Reichsarbeitsamts, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern vorsah. Inzwischen hatte der Gedanke auch in bürgerlichen Kreisen Anhänger gefunden. 1884 forderte eine Anzahl Zentrumsabgeordneter eine geordnete Vertretung der Arbeiter (Arbeiterkammern) »zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden«. Der Antrag wurde 1898 in verbesserter Form wiederholt. Auch von fortschrittlicher und nationalliberaler Seite wurden 1898-1899 ähnliche Anträge eingebracht. Alle diese Anträge wurden einer Kommission

überwiesen, die dann in einer Resolution der Regierung empfahl eine »Vertretung der Arbeiter zur Wahrnehmung ihrer Interessen und ein Reichsarbeitsamt« zu schaffen.

Der erste Schritt zur Verwirklichung eines Teils dieser Bestrebungen wurde 1901 mit der Einführung der Gewerbegerichte getan. Am 30. Juni 1904 erklärte Graf Posadowsky, die verbündeten Regierungen seien bereit auf Grundlage der Organisation der Gewerbegerichte Arbeitsvertretungen aufzubauen. Nach weiteren Erörterungen über den Gedanken der Arbeitsämter im Reichstag veröffentlichte am 4. Februar 1908 der Reichsanzeiger einen Gesetzentwurf über Arbeitskammern. Er wurde zunächst in der ganzen Arbeiterbewegung heftig angefeindet, weil er das Handwerk völlig von der Vertretung ausschloß, unter dem Vorwand der Parität eine höchst bürokratische Organisation der Kammern vorsah und den Aufsichtsbehörden weitgehende Rechte einräumte. Da auch die Arbeitgeber den Entwurf fast sämtlich ablehnten, veröffentlichte die Regierung noch im selben Jahr einen zweiten, der ein etwas moderneres Aussehen hatte und 2 Jahre darauf dann einen dritten. Die Sozialdemokratie beteiligte sich lebhaft an der Beratung aller dieser Regierungsanträge. Wiederholt wies Legien darauf hin, daß die sozialdemokratische Partei eine paritätisch organisierte, großzügige Gesamtvertretung von Industrie, Handel, Gewerbe und Arbeit mit Selbstverwaltung und Aufsichts- und Verwaltungsbefugnissen auf sozialpolitischem Gebiet gefordert hätte, sich aber durch die Aussichtslosigkeit dieser Forderung wie durch den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses gedrängt sähe sich jetzt für eine gleichberechtigte Vertretung der Arbeiterklasse in der Form reiner Arbeiterkammern auszusprechen.¹⁾ Die Arbeiterkammern sollten den Unterbau der Organisation darstellen; die höhere Instanz sei durch ein Arbeitsamt zu bilden. Durch die Beratungen wurde der Regierungsentwurf mehrfach verbessert; aus formalen Gründen fiel er aber schließlich unter den Tisch. Mittlerweile sind in einer Reihe deutscher Städte Arbeitsämter auf Grund von Beschlüssen der städtischen Kollegien gegründet worden, so in Berlin-Schöneberg, Stuttgart, München, Straßburg. Ihre Aufgabe besteht in der Hauptsache in der Arbeitsvermittlung. Zuweilen treiben sie auch Berufsberatung und ähnliches.

Den Anstoß zu dem am Anfang erwähnten neuesten Beschluß gab die mehr als mangelhafte Verfassung des Arbeitsvermittlungswesens im Deutschen Reich. Am 8. Februar 1915 wurde die Arbeitsnachweisfrage sehr eingehend auf einer Konferenz der Vorstände der freien Gewerkschaften erörtert. Es wurde auf die große Aufgabe hingewiesen, die den Gewerkschaften erwachsen werde, wenn nach Beendigung des Feldzugs Millionen von Arbeitskräften Arbeitsgelegenheit suchten. Im Anschluß daran fand am 10. Februar eine Konferenz statt, die von Vertretern sämtlicher Gewerkschaftsrichtungen, der freien und christlichen Gewerkschaften, der Gewerkvereine, der Polnischen Berufsvereinigung sowie von den Korporationen beschickt war, die sich mit Arbeitsvermittlung befassen.²⁾ In einem engern Ausschuß der 4 Gewerkschaftsvertretungen, der Gesellschaft für soziale Reform und des Verbands deutscher Arbeitsnachweise wurde dann

¹⁾ Siehe Legien Die nächsten die Interessen der Gewerkschaften berührenden sozialpolitischen Aufgaben des Reichstags, in den Sozialistischen Monatsheften, 1910, 3. Band, pag. 1203 f.

²⁾ Siehe Um brei Kriegsfürsorge und Arbeitsvermittlung, sowie die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 238 f. und 411 f.

beschlossen dem Reichstag eine Petition zu überreichen, in der eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung gefordert und Leitsätze für eine solche Regelung angegeben wurden. Sie verlangen die Errichtung eines Reichsarbeitsamts sowie von Orts- und Bezirksarbeitsämtern durch Reichsgesetz. Dem Arbeitsamt seien alle Arbeitsnachweise seines Bezirks zu unterstellen. Das Amt solle auf Grund einer Verhältniswahl zu gleichen Teilen aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter zusammengesetzt werden und unter der Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden stehen. In gleicher Weise sollen auch die Bezirksämter und das Reichsarbeitsamt organisiert sein. Dem örtlichen Arbeitsamt seien alle An- und Abmeldungen über Eintritt und Austritt aus dem Arbeitsverhältnis zu melden; zugleich solle es als Meldestelle für die Krankenversicherung dienen. Durch die Arbeitsnachweise des Bezirks sind dem Arbeitsamt alle erforderlichen Angaben für die vom Reichsarbeitsamt geführte Statistik der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit zu übermitteln. Alle im Bezirk von den Arbeitsnachweisen nicht erledigten Arbeitsangebote und -nachfragen sind dem Arbeitsamt zu melden, damit dieses einen Ausgleich nach anderen Bezirken hin herbeiführen könne. Sind für ein bestimmtes Gewerbe Tarifverträge abgeschlossen, so kann bestimmt werden, daß die Arbeitsvermittlung nur zu den tariflichen Arbeitsbedingungen zu erfolgen habe. Dem Arbeitsamt obliegt die Beaufsichtigung und Kontrolle aller Arbeitsnachweise ohne jede Ausnahme sowie die Schlichtung von Differenzen, soweit sie nicht innerhalb der Verwaltung der einzelnen Nachweise erledigt werden können.

Auf Anträge der Zentrumspartei und der Sozialdemokratie hin, denen im wesentlichen diese Leitsätze zugrunde lagen, von denen der eine aber in einigen Punkten noch darüber hinausging, wurde dann die Frage in der Budgetkommission des Reichstags eingehend erörtert. Der Staatssekretär des Innern erklärte, es sei zwar richtig, daß die bestehenden Verhältnisse keine idealen seien, eine umfassende Neuregelung während des Krieges sei jedoch nicht angängig. Die Kommission nahm schließlich den auf dem Boden der Leitsätze stehenden Antrag an. Im Plenum des Reichstags wurde die Frage am 19. und 20. März 1915 beraten; auch hier fanden die Leitsätze Annahme. Am 30. April berief daraufhin die Regierung eine Konferenz ein, an der eine große Zahl von am Arbeitsnachweis interessierten Korporationen teilnahm. Sie sollte die erforderlichen Maßnahmen besprechen.

Was daraufhin von den Behörden getan wurde, ist allerdings noch recht wenig. Zunächst erschien ein Erlaß des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe. Er verwies auf Berlin, wo von allen Beteiligten gemeinsam eine Zentralauskunftsstelle errichtet worden sei, um den einer erfolgreichen Arbeitsvermittlung entgegenstehenden Schwierigkeiten nach Möglichkeit zu begegnen. »Ich ersuche Sie«, so fährt der an die Regierungspräsidenten gerichtete Erlaß fort, »alsbald unter Zuziehung der Träger der verschiedenen nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweiseinrichtungen zu erwägen, wie auch in den großen Orten Ihres Bezirks ein enges Zusammenwirken aller Arbeitsnachweise durch Schaffung von Zentralauskunftsstellen oder ähnlicher Einrichtungen herbeigeführt werden kann.« Als zweite Maßnahme erschien ein Erlaß des Bundesrats, der auf Grund des § 15 des Stellenvermittlergesetzes für die nicht gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsnachweise verschiedene Anzeige- und Meldepflichten an das Kaiserliche Statistische Amt einführt.

Endlich wurden noch in den einzelnen Bundesstaaten Verfügungen erlassen (in Preußen unter dem 26. Mai 1915), die die Meldepflichten ausgestalten und dabei jenen Arbeitsnachweisen Vorteile einräumen, die einer der Zentralkonsultationsstellen angehören. Inzwischen ist es an mehreren Orten zur Gründung solcher Zentralkonsultationsstellen gekommen, so in Halle an der Saale usw. In sehr vielen Großstädten hat man sich leider noch nicht dazu aufschwingen können. Die Zentralausgleichsstelle in Berlin ist auf die ganze Provinz Brandenburg ausgedehnt worden. Sie hat sich eine Satzung gegeben, die einen paritätisch zusammengesetzten Beirat vorsieht und ihren Geschäftskreis umgrenzt. Der Beirat wird von den Unternehmer- und den Arbeiterorganisationen des Bezirks gewählt. Die Vertreter der Vorstände der Berliner Gewerkschaften erklärten sich bereit der Zentralkonsultationsstelle beizutreten und die nötigen Vertreterwahlen vorzunehmen.

Diese Zentralkonsultationsstellen sind nun freilich noch keine Arbeitsämter der Art, wie sie der Reichstag am 20. März 1915 einstimmig forderte, oder gar in dem Sinn, wie sie die Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten verlangt. Aber sie sind der Anfang dazu, der Embryo des Arbeitsamts. Sie sind zunächst tatsächlich geeignet die größten Mißstände auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung zu beseitigen. Sie bewirken einen Ausgleich in Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften durch entsprechende gegenseitige Mitteilungen und Auskünfte, die zum Teil durch regelmäßig erscheinende Mitteilungsblätter oder Anzeiger übermittelt werden. Das Ziel der Organisation ist eine vollkommene Zentralisation der Arbeitsvermittlung. Denn bald werden sie noch andere Aufgaben als die bisherigen teils freiwillig übernehmen teils zugewiesen bekommen. So hat die Zentralkonsultationsstelle in Halle an der Saale jetzt schon die Absicht durch geeignete Einrichtungen die gewerbsmäßige Stellenvermittlung zu bekämpfen oder richtiger, deren Tätigkeit zu übernehmen.

Nachdem der Reichstag so oft die Forderung erhoben hat, daß ein geregeltes System von Arbeitsämtern mit einem Reichsarbeitsamt an der Spitze eingeführt werden solle, kann die Regierung deren Erfüllung nicht länger hinausschieben. Nach Beendigung des Krieges wird sie durch einen Gesetzesentwurf erneut zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen haben. Inzwischen geschaffene Einrichtungen wie die Zentralkonsultationsstellen sind dann als Bausteine zu benutzen. Wird man doch nach dem Krieg der Kräftigung des Gesamtkörpers der Nation energisch die Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Hierbei wird auch die Idee des Arbeitsamts von besonderer Bedeutung sein. Das Arbeitsamt ist mehr als alle anderen sozialpolitischen Institutionen eine Ausgleichsstelle für soziale Konflikte. Heißt es doch in den bekannten Kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890: »Für die Pflege des Friedens zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt sind und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren

Führung zu behalten.« Diese Worte, in denen die Aufgaben der Arbeitsämter sehr richtig zusammengefaßt sind, treffen auf die gegenwärtigen Zeiten noch vollkommen zu. Nachdem nun ein Vierteljahrhundert verflossen ist, sollte man endlich darangehen jene Verheißungen durchzuführen, um die Geschlossenheit des Staats- und Volksganzen zu erhöhen. Das gehört mit zu den Lehren, die der Krieg gezeitigt hat. Diese Lehren richtig erkannt zu haben ist auch ein Verdienst der Gewerkschaftsbewegung, die mit ihrer Eingabe an die gesetzgebenden Stellen im März 1915 die Arbeitsamtsidee zur rechten Zeit in Fluß gebracht hat. Sie hat damit im nationalen Interesse gehandelt.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Steinschneider † Einer der wärmsten Freunde und Förderer der Genossenschaftssache und

ein prächtiger Mensch ist mit dem am 8. Dezember im Alter von 61 Jahren in Berlin verstorbenen Justizrat Max Steinschneider dahingegangen. Sein Wirken hat sich hauptsächlich auf die Reichshauptstadt beschränkt, war aber dort sehr intensiv. Zu einer Zeit, da die große Masse der Berliner Arbeiter dem Genossenschaftsgedanken noch ganz gleichgültig gegenüberstand, hat Steinschneider unermüdlich für seine Liebessache gewirkt. Er half Anfang der neunziger Jahre den Konsumverein Eintracht und den Radfahrverein Voran gründen. Sein Haupttätigkeitsgebiet war aber der Berliner Konsumverein, der aus den beiden genannten und noch einigen weiteren Vereinen im Jahr 1900 hervorging, und in dem er auch die von ihm besonders eifrig verfochtene Idee des *freien Vereins* verwirklichte. Steinschneider glaubte, daß diese Form der Genossenschaft eine viel größere Bewegungsfreiheit, insbesondere in sozialer Betätigung, und den Mitgliedern die Möglichkeit einer größeren aktiven Beteiligung an den Arbeiten der Genossenschaft gäbe als die Form der eingetragenen Genossenschaft. Als dann 1908 die Verschmelzung des Berliner Konsumvereins mit der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend stattfand, opferte Steinschneider seine Lieblingsidee einer machtvolleren Entwicklung der Berliner Genossenschaftsbewegung, die aus jener Verschmelzung hervorgehen sollte. Er tat dies um so lieber, als in dem im neuen Statut der Genossenschaft geschaffenen Genossen-

schaftsrat seine Delegiertenversammlung mit ihren demokratischen Zwecken eigentlich eine Wiederauferstehung feierte. Er selbst war bis zum Schluß seines Lebens Genossenschaftsratsmitglied einer Verkaufsstelle.

Steinschneider war auch Mitglied des Vereins für soziales Genossenschaftswesen, der in den neunziger Jahren den geistigen Mittelpunkt der Berliner Genossenschaftsbewegung bildete, und in dem alle damals die Gemüter beschäftigenden Probleme eifrig diskutiert wurden. Das Organ des Vereins, Der Genossenschaftspionier, war vom Berliner Konsumverein für seine Mitglieder abonniert und hat durch Steinschneider eine sehr intensive ideelle und materielle Förderung erfahren. Der Verstorbene war auch sonst bei allen Bestrebungen zu finden, die der Sache des Fortschritts, der Kultur und der Freiheit dienen wollen.

✕ ✕
Landwirtschaftliche Genossenschaften Der vom Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften erstattete Jahresbericht über die Zeit vom 1. Juni 1914 bis zum 31. Mai 1915 läßt erkennen, daß auch die ländlichen Genossenschaften sich den Anforderungen der Kriegszeit durchaus gewachsen gezeigt haben. Ein Stamm von tüchtigen geschulten Leuten war fast überall bereit die zum Heeresdienst einberufenen Beamten zu ersetzen. Der Warenumsatz erfuhr sogar eine erhebliche Steigerung. Die Spar- und Darlehnskassen hatten nur in den ersten Tagen der Mobilmachung einen schweren Stand, da sie ziemlich große Summen zur Auszahlung zu bringen hatten. Bald flossen ihnen die Gelder wieder zu, und zwar so reichlich, daß sie Muhe hatten eine geeignete Anlage dafür zu

finden. Von 203 Millionen Mark Ende 1913 stiegen die Einlagen dieser Genossenschaften auf 263 Millionen Ende 1914, ein Beweis für die günstige Geschäftslage der Vereine und ihrer Mitglieder. Neu gegründet wurden in der Berichtszeit 388 ländliche Genossenschaften, aufgelöst 151, so daß ein Reinzuwachs von 237 verblieb.

Insgesamt betrug die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands am 1. Juni 1915 28 555. Davon waren 97 Zentralgenossenschaften, 17 738 Spar- und Darlehnskassen, 2797 Bezugsgenossenschaften, 3586 Molkereigenossenschaften, 4337 sonstige Genossenschaften. Der größte Teil dieser Genossenschaften gehört zum Reichsverband, der am 1. Juni dieses Jahres in 29 Landes- und Provinzialverbänden 16 734 Genossenschaften umfaßte. Von diesen gehörten 11 950 den Zentralkassen an, die bei einem eigenen Betriebskapital von 35,2 und einem fremden von 36,6 Millionen Mark einen Umsatz von 7600 Millionen Mark und einen Überschuß von 2 578 409 Mark hatten. Von den 9860 Spar- und Darlehnskassen des Verbands waren 9745 den Zentralkassen angeschlossen, von den übrigen Genossenschaftsarten verhältnismäßig kleinere Bestandteile. Die 24 Zentralein- und -verkaufsgenossenschaften hatten Ende 1914 10 816 Mitglieder, von denen 7478 Genossenschaften waren. Ihr Gesamtumsatz bezifferte sich auf 303 Millionen Mark, wovon 208,5 Millionen (gegen 191,8 im Vorjahr) auf den Bezug landwirtschaftlicher Bedarfsartikel und 94,5 Millionen (73,8) auf den Absatz von Erzeugnissen kamen. Ihr Überschuß betrug 2,9 Millionen Mark.

Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen hat die Belastungsprobe des Krieges glänzend bestanden.

×

Internationale Organisation

In meiner letzten Rundschau (in diesem Band, pag. 1081 f.) hatte ich, unter Bezugnahme auf die Ausführungen Aneurin Williams auf dem diesjährigen englischen Genossenschaftskongreß, geschrieben, daß hierüber wie über die sonstigen Versuche zur Wiederaufnahme der genossenschaftlichen Internationale noch ausführlicher berichtet werden solle. In einer Zuschrift an die Redaktion der Sozialistischen Monatshefte betont demgegenüber Generalsekretär Heinrich Kaufmann vom Zentralverband deutscher Konsumvereine, daß die genossenschaftliche Inter-

nationale nicht zerfallen sei, sondern daß der Internationale Genossenschaftsbund nach wie vor bestehe. Eine Sitzung des aus Delegierten der verschiedenen Länder zusammengesetzten Zentralvorstands habe zwar während des Krieges nicht stattfinden können. Dagegen habe der leitende Ausschuß, der seinen Sitz in England hat, seine Tagungen regelmäßig fortgesetzt. Beiträge konnten natürlich von den mit England Krieg führenden Ländern nicht abgeführt werden. Das Internationale Bulletin, dessen deutsche Ausgabe mit Kriegsbeginn zunächst eingestellt wurde, erscheint seit einiger Zeit auch wieder in deutscher Sprache, und zwar wird die deutsche Ausgabe durch den Zentralverband deutscher Konsumvereine auf dessen eigene Verantwortung, Rechnung und Gefahr herausgegeben. Erschienen die deutsche Ausgabe des Bulletins vor dem Krieg in 487 Exemplaren, von denen 178 nach Österreich, der Schweiz, Skandinavien usw. gingen, so ist diese Auflage jetzt auf 1401 Exemplare gestiegen, so daß sich das Bulletin nunmehr auch finanziell selbst trägt.

Diese interessanten Mitteilungen Heinrich Kaufmanns sind ein Beweis dafür, daß der internationale Geist gerade im Genossenschaftswesen besonders rege geblieben ist. Daß die genossenschaftliche Internationale zerfallen sei, hatte ich übrigens mit der erwähnten Notiz nicht sagen wollen, sondern nur, daß sie, wie es ja unter den gegebenen Verhältnissen auch nicht gut anders möglich ist, zurzeit nicht funktioniere.

×

Großeinkaufsgesellschaften

Nach dem Internationalen Genossenschaftsbulletin hatten die Großeinkaufsgesellschaften der verschiedenen Länder, soweit ihre Geschäftsziffern bis jetzt überhaupt bekannt wurden, im Jahr 1914 folgende Umsatzziffern:

Sitz der Gesellschaft	Umsatz 1914 Mark	Prozentuale Zunahme gegen 1913
Manchester	712 180 585	11,3
Glasgow	192 277 834	5,1
Hamburg	157 524 040	2,3
Kopenhagen	79 750 658	12,1
Basel	37 291 200	2,9
Budapest	25 500 000	6,4
Wien	20 997 920	3,0
Helsingfors	20 068 561	7,1
Kristiania	3 440 602	23,1
Prag	2 752 663	3,5

Trotz dem Krieg weisen also sämtliche hier verzeichnete Großeinkaufsgesell-

schaften Steigerungen ihrer Umsätze auf. Am wenigsten unter den Einflüssen des Ausnahmezustands scheinen die skandinavischen Einkaufszentralen gelitten zu haben.

× **Kurze Chronik** Durch eine wichtige Bundesratsentscheidung ist die Volksfürsorge als gemeinnütziges Unternehmen anerkannt worden. Der Vorstand der Gesellschaft richtete alsbald nach Eröffnung des Betriebs am 21. August 1913 an den Bundesrat den Antrag die Volksfürsorge von der Entrichtung des Aktienstempels zu entbinden, der bei inländischen Aktien 3% des eingezahlten Aktienkapitals beträgt, von dem aber Gesellschaften, die ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienen, befreit sind. Der Bundesrat ist diesem Ersuchen nachgekommen, und die Hamburger Direktivbehörde hat, dem Entscheid folgend, die Stempelfreiheit vollzogen. In der Kriegsversicherung der Volksfürsorge waren am 15. Oktober 1915 39 775 Kriegsteilnehmer mit 58 137 Anteilscheinen, also einer Summe von 290 685 Mark versichert. × Die mustergültigen Anlagen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung wurden am 2. Dezember von dem Magistrat und den Stadtverordneten Berlins besucht und fanden, wie immer, volle Anerkennung. × Dem Konsumverein München-Sendling wurde von der Gewerbeinspektion der Stadt für ganz München die Abgabe von Heimarbeiterpetroleum übertragen. Jeder der 6000 Münchener Heimarbeiter erhält demnach per Woche 1 Liter Petroleum, wozu im Dezember ein Extraquantum von 3 Liter kommt. × Der Arbeiter-, Spar- und Konsumverein Fünfhaus, einer der Wiener Konsumvereine, vollendete kürzlich das 50. Jahr seines Bestehens. Im Verlauf der Entwicklung, die in den letzten Jahren ziemlich stagnierend war, hat er es bis zum Schluß des letzten Geschäftsjahrs auf 7740 Mitglieder, einen Umsatz von 2 952 840 Kronen und einen Überschuß von 137 262 Mark gebracht. × Nach den Mitteilungen des englischen Arbeitsamts gab es in Großbritannien Ende des Jahres 1914 1385 Konsumvereine (gegen 1389 Ende des Vorjahrs) mit 3 055 828 (2 880 084) Mitgliedern und einem Gesamtumsatz von 2646 (2479) Millionen Mark. Von diesem Umsatz entfielen 1760 (1672) Millionen Mark auf die Einzelvereine und 886 (807) auf die beiden Großeinkaufsgesellschaften. Die Eigenproduktion der Konsumver-

eine erreichte im Berichtsjahr die Höhe von 311 (297) Millionen Mark, die der beiden Großeinkaufsgesellschaften die Höhe von 252 (229) Millionen Mark. Der Überschuß der Konsumvereine betrug 270 (257), der der beiden Großeinkaufsgesellschaften 20,8 (22,0) Millionen Mark. Die durchschnittliche Rückvergütung betrug bei den englischen Konsumvereinen 11,9, bei den schottischen 15,8 und bei den irischen 6,0%. × Am 1. Januar 1915 bestanden in Rußland 10 000 Konsumvereine (darunter 8500 ländliche) mit 1,4 Millionen Mitgliedern, 12 800 Kreditgenossenschaften mit 8,1 Millionen Mitgliedern, 5800 landwirtschaftliche Bezugs- und Verkaufsgenossenschaften mit 500 000, 2900 Meiereien mit 200 000 Mitgliedern und 500 sonstige Genossenschaften. Insgesamt waren also rund 31 100 Genossenschaften mit 10,2 Millionen Mitgliedern vorhanden. × Die Deutsche Gartensstadtsellschaft hielt am 25. und 26. September in Köln ihre Kriegstagung ab, auf der Dr. Kuczynski über städtische Siedlungspolitik nach dem Krieg, Professor Salomon über Kriegsbeschädigtenfürsorge, Ökonomierat Meyer über Innenkolonisation und Kriegerheimstätten sprachen. Professor Salomon warnte vor allzu großen Hoffnungen auf eine körperliche Erleichterung der Verkrüppelten. × Der hervorragende Sozialpolitiker Dr. Eduard von Pfeiffer, der Gründer der Konsumvereine Stuttgart und Eßlingen und des Arbeitervereins Stuttgart, vollendete am 23. November sein 80. Lebensjahr. In einem Jubiläumsartikel der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau beleuchtet Franz Feuerstein die vielseitige propagandistische und organisatorische Tätigkeit, die der Jubilar für die Genossenschafts Sache entfaltet hat, und die ihren Höhepunkt in der Gründung eines Verbands deutscher Konsumvereine im Jahr 1867 und der ersten Großeinkaufsgenossenschaft deutscher Konsumvereine mit dem Sitz in Mannheim im Jahr 1868 fand.

× **Literatur** Das Jahrbuch des Zentralverbands deutscher Konsumvereine für das Jahr 1915 ist wiederum in 2 Bänden von 975 und 910 Seiten Umfang erschienen. Der 1. Band bringt einen Aufsatz aus der Feder Dr. August Müllers über das Thema Weltkrieg und Genossenschaften, dem die in dieser Rundschau (in diesem Band, pag. 1080 f.) schon besprochenen statistischen Untersun-

gen des Zentralverbands zugrunde liegen, einen weitem von dem selben Verfasser über die wirtschaftlichen Kämpfe der Genossenschaften unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Kriegsgesetze und Verordnungen, ferner einen Aufsatz Dr. Karl Maiers über Steuerwesen und andere Rechtsgebiete. Alsdann behandelt Heinrich Kaufmann die deutschen genossenschaftlichen Zentralverbände und bringt eine statistische Übersicht über den Stand der deutschen Genossenschaftsbewegung am 1. Januar 1915. Mit dem üblichen reichen, fast zu reichen Tabellenwerk folgt nunmehr die Darstellung der Entwicklung des Zentralverbands deutscher Konsumvereine sowie der Verlagsgesellschaft im Berichtsjahr. Als Anhang bringt der 1. Band die Berichte über die Unterstützungskasse, die Tätigkeit des Tarifamts und der Fortbildungskommission. Die Berichte über den 12. ordentlichen Genossenschaftstag des Zentralverbands und die Generalversammlungen der Großeinkaufsgesellschaft sowie der Verlagsanstalt beschließen den reichen Inhalt des 1. Bandes. Die internationalen Berichte sind diesmal auf die Darstellung der Umsätze der englischen, der schottischen und der deutschen Großeinkaufsgesellschaft in den ersten 21 Geschäftsjahren beschränkt. Der 2. Band des Jahrbuchs bringt, wie gewöhnlich, alles, was sich auf die Revisionsverbände, ihre Statistik, Jahresberichte und Kongresse bezieht.

Sozialpolitik / Johannes Heiden

Altersrente Nach einer Vorschrift des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung

hat der Bundesrat im Jahr 1915 dem Reichstag die gesetzlichen Vorschriften über die Altersrente zur erneuten Beschlußfassung vorzulegen. Diese Vorschrift kam in das Einführungsgesetz, um eine Herabsetzung der Altersgrenze für die Gewährung der Altersrente zu ermöglichen.

Der Streit um die Altersgrenze für den Beginn der Altersrente ist sehr alt. Er hat beim Ursprung des Gesetzes bestanden und ist bis heute nicht zur Ruhe gekommen. Bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung konnte gehofft werden, daß die Altersgrenze auf 65 Jahre herabgesetzt würde, weil vorher maßgebende politische Parteien sich für die Festsetzung des 65. Lebensjahrs als Grenze ausgesprochen hatten. Dem Widerstand der Regierung gegen jede

Änderung beugten sich aber die, die früher eine Herabsetzung befürwortet hatten, und so blieb alles beim alten. Nur zur Beruhigung der Wähler und des eigenen Gewissens kam die oben erwähnte Vorschrift des Einführungsgesetzes zustande. In ihrer Erfüllung hat der Bundesrat Erhebungen und Berechnungen über die Vermögenslage der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung vornehmen lassen, deren Ergebnisse der Reichskanzler dem Reichstag in einer Denkschrift unterbreitet hat. Auf Grund der in der Denkschrift dargelegten Untersuchungen hat der Bundesrat nun beschlossen dem Reichstag eine Änderung der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Altersgrenze zurzeit nicht zu empfehlen. Er glaubt nämlich, daß die Beiträge in ihrer jetzigen Höhe nicht ausreichen werden, um die durch Herabsetzung der Altersgrenze entstehende Belastung zu decken. Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung wurde der Mehraufwand bei Herabsetzung der Altersgrenze in der Begründung auf 28 821 263 Mark berechnet, wovon die Versicherungsträger 19 988 513 und das Reich 8 832 750 Mark zu tragen hätten. Die Versicherungsträger können diese Mehrbelastung sehr wohl tragen, weil ihnen die Erhöhung der Beiträge durch die Reichsversicherungsordnung ganz erhebliche Mehreinnahmen gebracht hat. Die Einnahme aus Beiträgen ist in den beiden ersten Jahren, 1912 und 1913, gegen 1911 um 63 569 139 und 80 101 717 Mark gestiegen, die Mehraufwendungen der Versicherungsträger für die beiden Jahre belaufen sich aber nur auf 1 325 559 und 14 466 492 Mark. Es ist gar kein Zweifel, daß die Gestaltung der Vermögenslage der Versicherungsträger ohne die Wirkung des Krieges nicht nur eine Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente sondern auch einen Ausbau der Leistungen für die Hinterbliebenen gestattet hätte. Die Möglichkeit der Erhöhung der Versicherungsleistungen gab zum Beispiel die Landesversicherungsanstalt Baden in ihrem Jahresbericht für 1912 ausdrücklich zu. Nun hat allerdings die Einwirkung des Krieges das Bild verschoben. Die Einnahmen sind zurückgegangen, und die Leistungen sind gestiegen. Ob die Einnahmen aus Beiträgen bald nach Beendigung des Krieges wieder anhaltend steigen werden, läßt sich heute natürlich nicht mit Sicherheit behaupten; es kann aber wohl mit einer Steigerung gerechnet

werden. Von den Leistungen der Versicherung, die durch den Krieg eine Steigerung erfahren haben, wird das Witwengeld bald nach Friedensschluß wieder auf seine normale Höhe zurückgehen. Die Renten für die Waisen des Krieges werden die Versicherungsträger auch nur höchstens 15 Jahre lang zu zahlen haben. Anders verhält es sich mit den Renten für Kriegsteilnehmer, die invalide aus dem Krieg zurückkehren oder doch so geschwächt sind, daß sie voraussichtlich früher invalide werden, als sie ohne die Strapazen des Krieges geworden wären. Zweifellos bleibt also den Versicherungsträgern aus der Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihrer Angehörigen eine Last. Sie darf aber kein Hindernis für den Ausbau der Versicherung sein. Es wirkt geradezu peinlich, wenn die Mehrausgaben, die der Krieg bringt, die Aufwendung von rund 20 Millionen Mark durch die Versicherungsträger und von 9 Millionen Mark durch das Reich, die die Gewährung der Altersrente bei Vollendung des 65. Lebensjahrs erfordern würde, verbieten sollten. Die Herabsetzung der Altersgrenze ist wirklich nicht die einzige notwendige Verbesserung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, schon deshalb nicht, weil die Altersrente ständig an Bedeutung verliert. Die Zahl der neu bewilligten Altersrenten geht alljährlich langsam zurück. Sie würde noch mehr an Bedeutung verlieren, wenn die Voraussetzungen für die Bewilligung der Invalidenrente gleich denen in der Angestelltenversicherung bestimmt würden, das heißt, wenn die Invalidenrente schon bei Herabsetzung der Arbeitsfähigkeit auf 50 % bewilligt werden würde. Neben der Herabsetzung der Altersgrenze ist eine Erhöhung der Invalidenrenten und vor allem der Hinterbliebenenrenten unbedingt erforderlich. Die Hinterbliebenenversicherung in ihrer heutigen Gestaltung ist eine Einrichtung ohne durchgreifende Wirkung.

In der Versorgung der Invaliden und ihrer Hinterbliebenen wird nach dem Krieg ein großer Unterschied bestehen, je nachdem es sich um Invaliden des Krieges oder solche der Arbeit handelt. Den Kriegsinvaliden und den Hinterbliebenen der Gefallenen soll gewiß jede nur mögliche Versorgung gegönnt werden. Ob hierzu die Mittel der Invalidenversicherung, die zum großen Teil von den Beiträgen der Arbeiter und Arbeitgeber aufgebracht werden, beisteuern müssen, ist allerdings eine offene

Frage. Es läßt sich wohl der Standpunkt verteidigen, daß die Versorgung ausschließlich Sache des Reichs ist. Mag man sich hierzu aber stellen wie man will, keinesfalls wird es gebilligt werden können, daß wegen der Aufwendungen für Kriegsbeschädigte der Ausbau der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung unterbleibt. Ein solches Verfahren würde dem sozialen Frieden großen Abbruch tun und entbehrt jeder innern Berechtigung. Das deutsche Volk soll doch nach dem Krieg nicht in jeder Beziehung in Kriegsteilnehmer und Daheimgebliebene geschieden werden. Tun die Männer, die in Kriegswerkstätten zum Teil übermenschlich arbeiten, tun die Frauen, die schwere Arbeiten verrichten, die man ihnen früher nie zugemutet hätte und für die der Arbeiterinnenschutz weggefallen ist, nicht ihre Pflicht wie der Bürger, der im Schützengraben steht? Und wenn diese überanstrengten und zum Teil schlecht genährten Menschen fruhem Siechtum verfallen, sollen sie dann ungenügend versorgt bleiben? Wir haben während des Krieges in unzähligen Reden und Schriften den hohen Wert der Sozialpolitik für die Kriegstüchtigkeit des deutschen Volkes auch von Leuten haben hören, die früher der Versicherungsgesetzgebung kühl, wenn nicht ablehnend gegenüberstanden. Die Versicherung, daß nach dem Krieg erst recht eine wirkungsvolle Sozialpolitik getrieben werden müsse, ist so oft gegeben worden, daß man erwarten könnte, es würden zum mindesten alle Mängel, die sich bei den bestehenden Einrichtungen herausgestellt haben, sofort beseitigt werden. So kleine und gar nicht weittragende Maßnahmen wie Herabsetzung der Altersgrenze darf man auf keinen Fall unterlassen. Für die Arbeiterschaft und ihre Vertretung ergibt sich aber die Notwendigkeit neben der Versorgung der Kriegsteilnehmer der Besserstellung der Invaliden der Arbeit alle Aufmerksamkeit zuzuwenden.

X Jugend- fürsorge

Die Klagen über Verwahrlosung der Jugend während des Krieges mehren sich. Lehrer, Fürsorgern und Vormundschaftsrichter berichten über Zunahme von Unbotmäßigkeit, Verrohung und Kriminalität. Ob diese Erscheinungen ihren Grund in der Abwesenheit vieler Väter oder darin haben, daß die Mutter durch Arbeit am Erziehungswerk behindert ist, wird sich schwer entscheiden lassen. Vielleicht wirkt beides zu-

sammen; das würde beweisen, daß der Einfluß des Vaters, auch wenn dieser, wie es doch vielfach der Fall ist, sich wenig um die Erziehung der Kinder kümmern kann, doch nicht ohne Bedeutung ist, was bisher häufig verkannt wurde. Daß die elterliche Erziehung in vielen Fällen unzureichend ist, war ja schon vor dem Krieg offenbar. Am schärfsten wurde ihre Unzulänglichkeit dadurch bewiesen, daß selbst Leute, die die Fürsorgeerziehung für ein großes Unglück für den davon Betroffenen betrachten, doch zugeben mußten, daß sie in manchen Fällen im Vergleich zur Erziehung im Elternhaus das kleinere Übel sei. An Versuchen die Erziehung im Elternhaus durch öffentliche Einrichtungen, wie Kindergärten, Horte, durch Ferienspiele, Wanderungen und andere Maßnahmen der Schule, zu ergänzen hat es auch nicht gefehlt; die Stadt Frankfurt am Main hat sogar eine Zentralisation der gesamten Jugendfürsorge in die Wege geleitet, über die hier in der Rubrik Kommunalsozialismus (1915, 1. Band, pag. 148 f.) berichtet wurde. Es ist hiermit auch gewiß manches Gute geleistet worden. Vielen dieser Einrichtungen fehlt aber die Planmäßigkeit; sie nehmen nicht Rücksicht auf das, was schon besteht, und auf das, was noch notwendig ist. So kommt es, daß in den Einrichtungen Lücken bestehen, die sich als sehr nachteilig erweisen. In manchen Großstädten finden sich ganz beachtenswerte Ansätze für die Behütung vorschulpflichtiger Kinder; es fehlt aber an Einrichtungen zur Überwachung der älteren Kinder während ihrer schulfreien Zeit. Je älter das Kind wird, desto weniger Fürsorgeeinrichtungen findet es. Am schlimmsten ist es um die Angehörigen der letzten Schuljahrgänge und um die Schulentlassenen bestellt. Sie bedürfen dieser Einrichtungen aber sowohl wegen ihrer moralischen wie wegen ihrer gesundheitlichen Entwicklung oft sehr dringend, besonders weil auch manche Eltern der absolut nicht begründeten Meinung sind, daß sich die älteren Kinder allein helfen können. Soll hierin aber gründlich Besserung geschaffen werden, so müssen die Einrichtungen zur Ergänzung der Erziehung durch das Elternhaus von öffentlichen Körperschaften bekräftigt und geleitet werden. Die private Wohltätigkeit kann hier nicht genügend leisten, weil es ihr an Mitteln und geeigneten Kräften fehlt. Diese Fragen bildeten den Hauptinhalt der Verhandlungen auf der Kriegs-

tagung der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge in Frankfurt am Main vom 7. bis zum 9. Oktober 1915. Daß sie dort aber wesentlich gefördert worden sind, kann leider nicht behauptet werden. Im Vordergrund der Erörterungen stand die Fürsorge für die Kleinkinder. Es kann bei der Zusammensetzung solcher Kongresse, deren Teilnehmer in der Mehrheit aus Personen bestehen, die irgendwie in der privaten oder konfessionellen Kinderfürsorge tätig sind, nicht weiter überraschen, daß die Notwendigkeit wie der große Wert der privaten und konfessionellen Fürsorge stark betont wurde. Dem Eintreten öffentlicher Organe in die freie Fürsorgetätigkeit entstanden Befürworter nur in Dr. Max Quarck, Stadtrat Dr. Ziehen und Bürgermeister Dr. Luppe. Der Staat muß aber eingreifen, wenn etwas Wirkungsvolles zustande kommen soll. Er darf sich nicht darauf beschränken zu warten, bis das Kind verwahrlost ist und es dann der Zwangserziehung überweisen, die das unglückliche Geschöpf für immer mit einem Makel behaftet. Es soll gewiß nicht verkannt werden, daß die privaten Vereinigungen der Jugendfürsorge wertvolle Dienste geleistet haben. Den jetzigen Aufgaben sind ihre Kräfte nicht mehr gewachsen, und sie bedürfen, wie auf manchen anderen Gebieten, der Ablösung oder doch der Ergänzung durch staatliche und gemeindliche Einrichtungen. Möge ein Reichsgesetz bald die Grundlage für die staatlichen und gemeindlichen Einrichtungen umfassender Kinderfürsorge schaffen, damit unsere Jugend vor Zwangserziehungsanstalten, Gefängnissen und dem Verlottern bewahrt bleibt.

X
Kranken- Über die Wirkung des
kassen- Krieges auf die Alters-
mit- glieder der männlichen
glieder

Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin berichtet das Reichsarbeitsblatt. Die nachstehende Übersicht läßt sie erkennen:

Alter der Mitglieder Jahre	Prozentzahl der Gesamtmitgliedschaft am		
	1. 8. 1914	1. 1. 1915	1. 7. 1915
bis 14	0,8	0,8	2,1
15 bis 16	7,1	6,0	8,4
17 " 20	15,7	15,2	14,7
21 " 25	16,7	18,7	15,2
26 " 30	14,2	12,7	9,6
31 " 35	11,4	10,2	8,1
36 " 45	17,2	16,9	17,9

Die wehrpflichtigen Altersklassen zeigen mit Ausnahme der von 36 bis 45

Jahren einen Rückgang. Dagegen haben die noch nicht wehrpflichtigen Altersklassen eine Zunahme erfahren. Das gleiche trifft auf die nicht mehr wehrpflichtigen Altersklassen zu:

Alter der Mitglieder Jahre	Prozentzahl der Gesamtmitgliedschaft am		
	1. 8. 1914	1. 1. 1915	1. 7. 1915
46 bis 50	6,5	7,2	8,4
51 " 55	4,4	5,2	6,5
56 " 60	2,8	3,3	4,2
61 " 70	2,8	3,3	4,3

× **Kurze Chronik** Die Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung gewährten

im Jahr 1914 5496 Rentenempfängern, die auf ihre unzureichende Rente verzichtet hatten, volle Verpflegung. Der Aufwand hierfür betrug 1 338 297 Mark oder für den Verpflegungstag 0,96 Mark. Unter den Rentenempfängern besteht im allgemeinen eine Abneigung gegen die Invalidenhauspflege. × Die Verwaltung der Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt hat in ihren Räumen in Charlottenburg eine Ausstellung von Ersatzgliedern und Arbeitshilfen für Kriegs- und Friedensbeschädigte eröffnet. × Der Bundesrat hat den Termin für das Inkrafttreten der Bestimmungen über den Betrieb der Anlagen der Grobbleichenindustrie weiter auf den 1. Dezember 1916 hinausgeschoben. × Für Spinnereien, Webereien und Wirkereien beschränkt eine Verordnung des Bundesrats vom 7. November 1915 die Zahl der wöchentlichen Arbeitstage auf 5. Die tägliche Arbeitszeit darf für keinen Arbeiter und für keinen Betrieb länger sein als sie durchschnittlich im Juni 1915 war, und darf keinesfalls mehr als 10 Stunden betragen. × Das Archiv deutscher Berufsvormünder hat dem Reichstag eine Petition überreicht, die die Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen in der Versorgung auf Grund des Militärhinterbliebenengesetzes bezweckt.

× **Literatur** Vom Handbuch der Krankenversicherung, dem ausführlichen

Kommentar des Geheimen Justizrats Julius Hahn, ist jetzt der 1. Band in 8. und 9. Auflage erschienen (Berlin, Verlag der Arbeiterversorgung). Der Hahnsche Kommentar hat sich in der Literatur der Krankenversicherung einen so hervorragenden Platz gesichert, daß zu seiner Empfehlung

kein Wort mehr nötig ist. Die neue Auflage, die die Rechtsprechung bis in das Jahr 1915, bis zu den aus Anlaß des Krieges vom Bundesrat erlassenen Verordnungen berücksichtigt, zeigt die gleichen Vorzüge wie ihre Vorgängerinnen: eingehende Berücksichtigung der Quellen, der Literatur und der Rechtsprechung sowie absolute Beherrschung des gesamten Materials. Das sind die Voraussetzungen für die Sicherheit und Gediegenheit der Ausführungen, die durch klare Sprache und Darstellung noch gewinnen. Die Urteile des Kommentars sind immer so scharfsinnig begründet, daß sie auch in den Fällen, in denen man ihnen nicht beistimmen kann, zum Anlaß dienen die eigene Meinung nachzuprüfen. Bei dem großen Einfluß, den der Hahnsche Kommentar berechtigterweise auf die Rechtsprechung gewonnen hat, sollte er bei keiner Versicherungsbehörde, in keinem Arbeitersekretariat und keiner anderen Rechtsauskunftsstelle fehlen. Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich hat die Rede Herman Greulichs zum Fabrikgesetz, im Nationalrat am 30. September 1913, als Agitationsbroschüre herausgegeben. Der Grundgedanke, der die Rede des greisen Vorkämpfers der schweizerischen Arbeiterschaft durchzieht, daß Menschen- und Arbeiterschutz die wichtigste Aufgabe des Staates seien, weil der Reichtum eines Volkes in einer gesunden Arbeiterklasse besteht, erfährt durch den Krieg aufs neue Bestätigung.

Kommunalsozialismus · Hugo Lindemann

Kriegsinvalide Der Vorstand des städtischen Arbeiterbundes der Gemeinde-

Staatsarbeiter hat sich mit der Versorgung der kriegsbeschädigten städtischen Arbeiter sowie der hinterbliebenen Gefallener beschäftigt und ein Mindestprogramm aufgestellt, das in der Gewerkschaft vom 15. Oktober 1915 veröffentlicht wurde. Es geht von dem Satz aus, daß die Gemeinden die Verpflichtung haben alle aus dem Waffendienst entlassenen kriegsbeschädigten Arbeiter und Angestellten, so weit als irgend angängig, wieder in ihren Betrieben zu beschäftigen. Die Worte so weit als irgend angängig schränken die allgemeine Forderung der Weiterbeschäftigung so wesentlich ein, daß kaum eine Stadtverwaltung Widerspruch gegen sie erheben wird, zumal ihr ja die Auslegung dieser Worte überlassen wird.

Sollen sich die Worte auf die Betriebstechnik beziehen, haben sie das finanzielle Ergebnis der Betriebe im Auge, kurz, was ist damit gemeint? Den Kriegsbeschädigten ist, so lautet die zweite Forderung, ohne Rücksicht auf die Militärrente ungekürzt der gleiche Lohn zu zahlen, wie er nach dem Etat oder der Lohn tafel für alle Arbeiter der gleichen Kategorie, der sie zugewiesen sind, festgesetzt ist. Bei verminderter Leistungsfähigkeit muß dieser Lohn zusammen mit der Militärrente jedoch mindestens so viel betragen wie der Durchschnittslohn des vor der Einrückung zum Waffendienst liegenden Beschäftigungsjahrs.

In der hier vorgeschlagenen Regelung stecken die Keime zu mancherlei Unzufriedenheiten in den Reihen der Kriegsbeschädigten. Der eine, dem die Beschädigung die volle Leistungsfähigkeit zufällig nicht beeinträchtigt, der also durch den Zufall bevorzugt ist, soll vollen Lohn und Militärrente erhalten, der andere, der vermindert leistungsfähig ist, erhält den Durchschnittslohn. Der Volleistungsfähige hat den Vorteil nicht auf den städtischen Dienst angewiesen zu sein, er kann sich in einem privaten Arbeitsverhältnis verbessern. Bei dem andern wird das in der Regel nicht möglich sein. Der an und für sich Bevorzugte wird also durch den Vorschlag noch mehr bevorzugt. Offenbar sind die Forderungen, die man für das private Arbeitsverhältnis aufgestellt hat, ohne weiteres auf das kommunale übertragen worden, obschon doch große Unterschiede bestehen. Gewiß sträubt sich die Arbeiterschaft mit Recht dagegen, daß die Militärrente letzten Endes dem Unternehmer zugute kommt. Die Gemeinde ist aber kein privater Unternehmer, darf also in dieser Sache nicht mit dem gleichen Maß gemessen werden. Nur insoweit ist das gleiche Gefühl berechtigt, als die Gemeinde sich nicht auf Kosten der Kriegsbeschädigten bereichern und Ausgaben ersparen soll, die sie zu machen hätte, wenn sie keinen Kriegsbeschädigten beschäftigen würde. Wenn aber die freiwerdenden Mittel in vollem Umfang den Kriegsbeschädigten reserviert bleiben, um für die Zeit einer vorzeitig eintretenden Invalidität Verwendung zu finden, wird sich gegen eine Kürzung des Lohns sehr viel weniger einwenden lassen. Dabei wäre allerdings noch der Grundsatz aufzustellen, daß ein Hinausgehen über den früher bezahlten Lohn in allen den Fällen eintreten muß, wo infolge der

Kriegsbeschädigung Bedürfnisse zu befriedigen sind, die der normale Arbeiter nicht hat.

Für die kriegsbeschädigten Ganzinvaliden fordert der Vorstand die Anwendung der bestehenden Vorschriften über den Ruhe lohn. Die Karenzfrist, meist 10 Jahre, soll auf 1 Jahr herabgesetzt werden. Die Bezüge sollen so festgesetzt werden, daß sie mit der Militärrente mindestens 80 % des zuletzt bezogenen Jahresdurchschnittslohns erreichen. Die Vorschriften sollen auf die Kriegerwitwen und -waisen entsprechend angewendet werden, die Bezüge mit der Militärrente mindestens 60 % des früher vom Ernährer bezogenen Lohns ausmachen. Warum wird aber an einer Karenzzeit festgehalten? Die Gründe, die zu ihrer Einsetzung führen, können auf die vorliegenden Fälle keine Anwendung finden. Soweit die Ernährer ständig beschäftigte Arbeiter waren, hat der Kriegsausbruch sie und ihre Angehörigen in die gleiche Lage gebracht. Es könnte sich nur darum handeln eine gewisse Progression der Bezüge für die ersten 10 Jahre, die sonst in Friedenszeiten übliche Karenzzeit, einzuführen. Zur Prüfung und Entscheidung aller der Fälle, bei denen die Anrechnung der Militärrente in Frage steht, sind paritätische Kommissionen aus Vertretern der Gemeinden und der Arbeiter sicherlich zweckmäßig. Man braucht ihre Tätigkeit aber nicht, wie es die Vorschläge des Vorstands des Gemeindearbeitervereins tun, bei der Regelung der Bezüge der kriegsbeschädigten Ganzinvaliden und der Kriegerwitwen und -waisen nur auf die Streitigkeiten zu beschränken. Wo Arbeitersausschüsse vorhanden sind, könnten diese oder von ihnen bestimmte Mitglieder die Arbeit in diesen Kommissionen ohne weiteres mitübernehmen; wo sie fehlen, wird sich, wie vorgeschlagen, die Wahl durch die Arbeiterschaft empfehlen. Daß auch Vertreter der Gewerkschaften der städtischen Arbeiter in den Kommissionen sitzen, wird jetzt hoffentlich auch den Stadtverwaltungen recht sein, die bisher dieser Forderung recht wenig freundlich gegenüberstanden. Aus den Vorgängen des Kriegsjahrs sollten sie das eine gelernt haben, daß es auch in ihrem Interesse liegt, wenn sie in gemeinsamer Arbeit mit den Gewerkschaften die oft recht schwierigen Aufgaben zu lösen suchen, die die Fürsorge für die kriegsbeschädigten städtischen Arbeiter stellt.

X

X

Kurze Chronik Die Thronrede, mit der der sächsische Landtag am 11. November 1915 eröffnet wurde, kündigte eine landesgesetzliche Regelung der Elektrizitätsversorgung an. Damit ist der weiteren Tätigkeit des Gemeindeverbands, der sich die planmäßige Versorgung der Gemeinden mit Elektrizität zur Aufgabe gestellt hatte, zunächst ein Halt geboten. Der Gesetzentwurf soll noch im Lauf der Tagung des Landtag unterbreitet werden. X Die Frankfurter Stadtverordneten haben am 21. August den Übergang von 7705 Stück Aktien der Frankfurter Gasgesellschaft und die daraus sich ergebenden geschäftlichen Verhältnisse bei der Gesellschaft nach Anträgen des Magistrats endgültig geregelt. Die Stadt besitzt nunmehr von dem Grundkapital von 13 600 000 Mark Aktien im Nennwert von 10 862 000 Mark, hat also drei Viertel sämtlicher Stimmen in der Generalversammlung. Die Aktiengesellschaft soll zunächst weiterbestehen bleiben. Die Stadt besetzt von 11 Aufsichtsratsstellen 7. X Die Leipziger Stadtverordnetenversammlung hat weitere 300 000 Mark zur Einrichtung von Leihgasanlagen, Heizrohr- und Gesamtröhrleitungen bewilligt, nachdem der durch Beschluß vom 16. Dezember 1914 bewilligte Kredit von 300 000 Mark erschöpft war. Es wurden nicht weniger als 3526 Anträge auf Einrichtung von Leihgasanlagen gestellt. X Mit Hilfe des Staates wird die Stadtgemeinde Amsterdam (nach einem mit 319 gegen 13 Stimmen gefaßten Beschluß der Gemeindevertretung) in den nächsten Jahren 8300 Arbeiterwohnungen bauen und von Gemeinde wegen vermieten. Die Miete soll in den meisten Fällen beträchtlich unter dem Kostenpreis bleiben. Im ganzen wird diese Wohnungsreform einen Zuschuß von 1 Million Mark jährlich erfordern; von dieser Summe trägt der Staat die Hälfte.

Geistige Bewegung / Herman Kranold

Geschichtsunterricht Der vortreffliche Aufsatz Dr. Herbert Kühnerts in diesem Band der Sozialistischen Monatshfte (pag. 993 ff.) gab ein lebendiges Bild der Umgestaltungstendenzen in unserm Erziehungswesen vor Ausbruch des Krieges. Auch während des Krieges sind die Erörterungen über Schulreform und Erziehung nicht zum Stillstand gelangt; im Gegenteil,

das Verständnis für die große nationale Bedeutung dieser Fragen beginnt jetzt allmählich auch in Kreise zu dringen, die bis dahin allen Diskussionen darüber unzugänglich schienen. Heute soll uns hier nicht ein Buch, nicht eine Lehrmeinung beschäftigen, sondern eine wesentliche organisatorische Neuerung im Geschichtsunterricht der preußischen Mittelschulen (höheren Schulen).

So fruchtbar zweifellos für die Vertiefung der Diskussion die Aufrüttelung der Geister durch die Not des Krieges ist, so wenig glücklich erscheint doch der Gedanke das Eisen in der Glut gerade dieser Gemütsbewegungen schmieden zu wollen. In der Politik, in der manches nur während einer gewissen Erhitzung der öffentlichen Meinung möglich ist, mag dieses *bismärckische* Verfahren sich hie und da empfehlen; in so delikaten Dingen wie der Organisation der nationalen Erziehung dagegen kann heftige Gemütserschütterung nur von den zunächst notwendigen Reflexionen ablenken. Freilich mag auf der andern Seite auch die Erregung der Zeit manche philisterhafte Hemmung niederschlagen, wie sie sich sonst einem wünschenswerten Fortschritt in der Pädagogik leicht entgegenstellt.

Im wesentlichen besteht die Neuerung in einer Vermehrung der Zahl der Geschichtsstunden in der Quinta und in einer völlig von der bisherigen abweichenden Anordnung des geschichtlichen Stoffes. Vor dem Abgang mit dem Einjährigenzeugnis, also am Schluß der Untersekunda, soll jetzt dem Schüler ein Abschluß des geschichtlichen Unterrichts mit der neuesten Geschichte gegeben werden. Dadurch wird der Kursus für die obersten Jahrgänge, der am tiefsten in geschichtliches Verständnis hineinführen soll, auf 3 Jahre zusammengeschoben, aber es wird erreicht, daß die große Masse der Gymnasiasten, die am Ende der Untersekunda die Schule verläßt, mit einer bis zu gewissem Grad abgerundeten historischen Bildung ins Leben tritt. Freilich ist eine Beschränkung auf die vaterländische Geschichte hier unbedingt vom Übel. Gerade der gegenwärtige Krieg, die Ratlosigkeit in der Orientierung selbst unserer gebildeten Schichten hat gezeigt, wie verfehlt es ist die neuere Geschichte der anderen Nationen, und namentlich der Weltvölker, gewissermaßen nur als Begleitende der deutschen Geschichte, nie für sich, zu behandeln. Namentlich die englische Geschichte ist dem gebildeten Deutschen

zum großen Teil unbekannt, er kann daher die welthistorischen Begebenheiten gar nicht in ihrer Bedeutung erfassen und steht so der weltpolitischen Entwicklung mit einer Naivetät gegenüber, die sich bei der Entstehung dieses Weltkriegs bitter gerächt hat. Also nur keine *nationale* Beschränktheit im Geschichtsunterricht: sie schädigt die nationale Sache aufs empfindlichste. Doch davon abgesehen. Durch die neue Stoffverteilung wird die Beschäftigung mit der Antike ganz bedeutend zurückgedrängt. Der untere Kursus (Sexta und Quinta) beginnt überhaupt gleich mit der deutschen Geschichte; der mittlere behandelt in Quarta, also vor durchschnittlich 11 bis 12 Jahre alten Knaben, das Altertum, und zwar »römische und griechische Sagen mit römisch-griechischer Vorgeschichte«, das heißt in ganz elementarer, der zugemessenen Zeit und dem Lebensalter der Schüler entsprechend unkritischer Weise. Der Oberkurs, der in die Obersekunda fällt, umfaßt dann die ganze Geschichte vom Beginn geschichtlichen Geschehens bis zum Jahr 1648, eventuell sogar bis 1789. Entfallen bei dieser Einteilung auf die Geschichte des Altertums mehr als 12 Wochen, so ist das schon ein Wunder an Lehrerleistung. In einer so kurzen Zeit kann aber kritische Geschichte des Altertums nicht getrieben werden, nur der allerdürftigste Tatsachenkatalog läßt sich dabei vermitteln.

Für eine Beurteilung der Neuerung ist es zunächst wichtig sich darüber klar zu werden, was man im Geschichtsunterricht sucht: ob man eine gewisse Menge von Kenntnissen vermitteln will, die für die praktische Lebensführung Bedeutung haben, oder etwas anderes. Will man das erste, so ist es ganz sinngemäß nur die neueste Zeit gründlich durcharbeiten. Aus dem Altertum sind wirklich nur wenig nützliche Tatsachen zu holen, und wenn man möglichst schnell durch diese Periode hindurchjagt, so gewinnt man Zeit genug in den beiden letzten Jahren all das an Staatsbürgerkunde zu treiben, was den Verstand mit nützlichen Kenntnissen erfüllen kann. Gleichzeitig erreicht man noch etwas anderes: Es wird Raum geschaffen für einen Gesinnungsunterricht in der Geschichte, der der politischen Beeinflussung Mittel und Wege öffnet. Nun kann man aber vom Geschichtsunterricht auch eine ganz andere Auffassung haben; man kann ihm die Aufgabe zusprechen historisches Denken zu

üben, und in diesem Sinn scheint mir die Neuerung nicht allzu glücklich zu sein.

Die Erziehung zum Denken erfordert in erster Linie eine tendenzlose und an den Denkergebnissen nicht von vornherein interessierte Methode des Unterrichts. Geschichtliche Ereignisse erregen aber naturgemäß die Leidenschaften der Lebenden in um so höherm Grad, je näher sie der Gegenwart stehen. Wir können uns heute über die Unruhen in Althellas ruhig und mit objektivem Abwägen des Für und Wider aussprechen, ohne den Tiefen des Problems scheu aus dem Weg zu gehen; aber es ist kaum möglich im Unterricht mit der gleichen Ruhe die irische Politik der Engländer oder die Bauernpolitik Hardenbergs zu behandeln. Es wird freilich Lehrer geben, die auch das fertig bringen, aber sie werden in der Menge der politisierenden Kollegen verschwinden. Will man also in erster Reihe nicht Kenntnisse und politische Grundsätze einimpfen sondern Denken lehren, so empfiehlt es sich deshalb mindestens so lange sozusagen leidenschaftslose Stoffe zu bevorzugen, bis ein fester Grund kritischer Denkgewohnheiten gelegt ist. In der Altersstufe der Obersekunda wird das sehr wohl der Fall sein können, besonders, wenn der Unterricht in alter Geschichte so umgeformt wird, daß er nicht, wie bisher, auf eine Sammlung von Staatsmerkwürdigkeiten sondern auf kritische Geschichtsauffassung zugeschnitten wird. Ein Vorteil steht diesen Nachteilen bei der Neuordnung freilich gegenüber: Im bisherigen System kamen die Kenntnisse in der neuen Geschichte erheblich zu kurz (wenn man nun einmal Kollektaneen als Ziel des Geschichtsunterrichts betrachten will); diesem Übel soll jetzt abgeholfen werden (freilich, wie oben bemerkt, in einer Weise, die das Wichtigste doch wieder zu kurz kommen läßt). Es fragt sich, ob es nicht mit Recht heißen darf: Noch ein solcher Sieg der Schulreformbewegung, und sie ist verloren. Wie immer wieder betont werden muß: wenn man eben der Ansicht ist, daß nicht Wissen, sondern Denken gelehrt werden sollte, Wir Sozialdemokraten müssen darauf bestehen, daß die Mittelschule, die wir ja allen dafür ausreichend Begabten zugänglich machen wollen, sich immer mehr zu einer Schule des wissenschaftlichen Denkens, des wahren Kritizismus entwickle. Berufsspezialkenntnisse hat die Vorbildung für die einzelnen Berufe zu bieten. Die Mittel- ebenso wie die hö-

here Schule dagegen soll nicht Gedächtnistraining, vielmehr einen entsprechend höhern Grad von Allgemeinbildung vermitteln. Deshalb ist es zu wünschen, daß die Parteigenossen, besonders in den Parlamenten, auch im Sturm der Kriegereignisse der so wichtigen Sache der Geschichtsunterrichtsreform ihr Interesse zuwenden. Sie ist in der Tat erheblicher als so manche Parteidiskussion, der man sich mit Eifer hingibt.

✕ Jugendbewegung

✕ Eine große Anzahl von Erziehungsschriften wird fortdauernd auf den Markt

geworfen. Obwohl diese sehr wenig gleichwertig sind, auch in der Bedeutung der behandelten Themen weit von einander abweichen, ist es doch an sich zu begrüßen, daß das Erlebnis des Krieges das Interesse an Angelegenheiten der Erziehung nur noch gesteigert hat. Besonders die Jugendbewegung in allen ihren Erscheinungen und Formen ist Gegenstand eifriger Diskussion. Der Zweig der Jugendbewegung, der die meiste Hoffnung bot die bürgerliche Jugend aus den Fesseln von Ständeschule und Standesvorurteil lösen zu helfen: die sogenannte Freideutsche Jugendbewegung, hat sogar während des Krieges einen Historiker gefunden. Professor August Messers Schrift Die freideutsche Jugendbewegung, ihr bisheriger Verlauf und ihre Bedeutung für die Zukunft /Langensalza, Beyer/ sieht die Wurzeln dieser Bewegung in dem Drang nach geistig-sittlicher Lebenserneuerung, der um die Wende des Jahrhunderts in der Jugend mächtig wurde und im Wandervogel und in der Freien Studentenschaft zu organisatorischen Versuchen führte den Willen bewußt auf sittliche Erneuerung zu richten. Der Verfasser schließt daran eine ruhige, vorsichtig abwägende Darstellung des vielverzweigten Entwicklungsgangs aller der Strömungen, die sich in der Folge aus diesen Ursprüngen ergaben. Obwohl durchaus kein Anhänger der von Gustav Wyneken vertretenen pädagogisch-technischen Gedanken, zeichnet er in gerechter Betrachtung die wechselreiche Rolle, die dieser geistige Führer des aktivsten Teils der Bewegung in der Gesamtorganisation gespielt hat. Am Schluß gibt er uns dann in kurzen, prägnanten Sätzen seine Gedanken über die Zukunft der Bewegung. Wer nicht die Zeit hat sich in das umfängliche Quellenmaterial über die Freideutsche Jugendbewegung einzuarbeiten, wird an

der Schrift einen guten Führer finden. Hier habe ich auch gleichzeitig einer guten Zeitschrift Willkomm und Nekrolog zu schreiben. Der Aufbruch, Monatsblätter aus der Jugendbewegung, von Ernst Joel herausgegeben, erschien seit Juli bei Diederichs in Jena und ist kürzlich verboten worden. Das Blatt suchte dem Denken des innerlichsten Teils unter den Mitgliedern der Freideutschen Jugendbewegung Ausdruck zu geben, und die 4 Hefte, die herauskamen, sind voll interessanter Aufsätze.

Ein umfangreicher Band liefert uns ein eingehendes Bild der wichtigsten Strömung auf der Gegenseite. Dr. Bernhard Jauchs Moderne Jugendpflege /Freiburg, Herder/ entwickelt vor uns die Theorie und Technik der katholischen Jugendbewegung. Hier handelt es sich aber darum die Jugend von außen in katholischkirchlichem und katholischpolitischem Sinn zu bewegen. Besonders denen, die in der proletarischen Jugendbewegung tätig sind, rate ich zu eingehendem Studium des Buches, trotz seinem Umfang. Denn einerseits wird sich mancher praktische Wink daraus ergeben; andererseits erklärt es uns auch, worauf die Macht dieser Bewegung beruht: nämlich vor allem darauf, daß sie die Jugend durch bestimmte Mittel für sich zu gewinnen versteht. So werden katholische Parallelorganisationen zu allen von anderen gegründeten, irgendwie erfolgreichen Vereinigungen geschaffen, zum Beispiel katholische Wandervereine, katholischer Lehrlingsschutz usw. Darin, daß diese Dinge als Mittel zu politisch-konfessionellen Zwecken betrieben werden, liegt freilich auch die Schwäche des Unternehmens, das an vielen Stellen bereits in bloße Vielgeschäftigkeit auszuarten beginnt.

Über die von der Sozialdemokratie geleitete Jugendbewegung wird in dieser Rundschau noch besonders und ausführlich zu sprechen sein. Der letzte Jahresbericht der Freien Jugendbewegung zeigt, daß sie unter dem Krieg erheblich zu leiden hatte. Die Zahl der Abonnenten der Arbeiterjugend ist von 108 000 bei Kriegsausbruch auf 63 000 zurückgegangen, und entsprechend sind auch die Veranstaltungen weit weniger stark besucht worden. Kein Wunder, da fast 2000 Funktionäre der Jugendbewegung Kriegsdienste tun.

Zur Wanderbewegung sei heute nur einige neue Literatur erwähnt. Ein

recht brauchbarer Führer ist Bastian Schmidts Jungdeutschland im Gelände /Leipzig, Teubner/, der der Benutzung bei Wanderungen und Geländespielen jugendlicher Proletarier in möglichst weitem Umfang dienstbar gemacht werden sollte. Erfreulich ist, daß der der militärischen Jugendziehung gewidmete Teil sich von aller Soldatenspielerlei ziemlich fern hält. Diese Grenze respektiert das Buch H. Sturms Erlebnisse eines Kriegsfreiwilligen mit Nutzanwendung für die deutsche Jugend /Leipzig, Teubner/ nicht immer. Aber auch diese Schrift enthält vieles, was zur Förderung der Tätigkeit des Führers auf Wanderungen und bei Geländespielen nützlich sein kann, und sei deshalb ebenfalls empfohlen.

X **Behelrende** Man kann ohne übelangebrachte Ruhmredigkeit die
Schriften <aus soziologischen Ursa-

chen herzuleitende> Tatsache feststellen, daß der Durchschnittsdeutsche über eine umfangreichere Bildung verfügt als der Durchschnittsausländer. Ganz besonders gilt das für den deutschen Arbeiter. Das lehrt nicht nur eine Vergleichung etwa der Tagespresse der deutschen Arbeiterschaft mit den englischen, französischen und italienischen Arbeiterzeitungen, das zeigt sich auch, noch in der Verzerrung, bei unseren *Prinzipientreuen*, verglichen mit denen des Auslands. Sie wissen, daß sie bei ihren deutschen Lesern auf einen ziemlich hohen Grad von Verständnis selbst für schwierige, komplizierte Erörterungen rechnen dürfen, mißbrauchen diesen Fonds freilich manchmal auch.

Bei alledem besteht unleugbar gerade bei uns eine gewisse Gefahr, daß die Bildungsarbeit allzusehr in die Breite und allzuwenig in die Tiefe gehe. Daß der Monismus zur Weltanschauung der deutschen *Aufgeklärten* werden konnte, stimmt bedenklich. Und unsere Parteibildungsarbeit verdient zwar das Prädikat universell, aber das Prädikat gründlich wird ihr immer gefährlicher. Man schneidet von jedem Stoff ein Pröbchen ab und stopft die hunderttausend Stückchen ins Gehirn, um dann dem auf diese Weise gelähmten Denkkaparat recht unbescheiden das Naturgeheimnis, in extenso gelöst, vorzupredigen. So sehr die Lehrer der Arbeiterschaft gewöhnlich durch Wissen in ihrem Fach ausgezeichnet sind, so sehr fehlt ihnen der Sinn für die Bedeutung ihres Fachs im System der Arbeiterbildung. Sie überschätzen ihren Gegenstand.

Ein Mittel hier Besserung zu schaffen sind Führer durch das Gewirr der Tatsachen und Meinungen, sind Ratgeber, die die technischen Schranken beseitigen, die dem menschlichen Orientierungsbedürfnis gesetzt sind. Zu den wertvollsten dieser Hilfsmittel, die, wenn sie fleißig benutzt werden, dazu dienen können die an den Arbeitern von seiten der Partei und der Gewerkschaften verübte Bildungsarbeit zu systematisieren, rechne ich den Literarischen Ratgeber, der vom Dürerbund durch Ferdinand Avenarius herausgegeben und jetzt in neuer, gewaltig angeschwollener Auflage herausgekommen ist /München, Callwey/. Ein reichliches Drittel der Schrift nehmen Literatur, Kunst und die Wissenschaften ein. Praktisch wichtig ist da der Abschnitt über Klassiker- und andere Ausgaben, für Bildungszwecke wichtig ein Abschnitt, der Werke der schönen Literatur nach soziologischen Gesichtspunkten bespricht. Der übrige Teil befaßt sich mit wissenschaftlicher Literatur. Er zeichnet sich allgemein durch den Vorzug aus, daß er das gegenseitige Gewicht der Bildungstoffe überall erkennen läßt. Die Abschnitte über Philosophie scheinen mir hierfür besonders charakteristisch. Wie diese Abschnitte vielfach den gleichen bibliographischen Stoff unter verschiedenen Gesichtspunkten darstellen, so decken sich auch die Abschnitte Kulturpsychologie und Gesellschaft und Lebensordnung, desgleichen die Abschnitte Rechts- und Staatslehre, Gesellschaft und Lebensordnung, Ausdruckspflege und Volkswirtschaftslehre vielfach im Stoffgebiet, sind aber prinzipiell verschiedene Einordnungen dieses Stoffes. Ganz ausgezeichnet ist der Abschnitt Völkerkunde und Bevölkerungslehre, der, meiner Meinung nach mit Recht, die statistische Literatur über Bevölkerungspolitik usw. aus modernen Zeiten ignoriert: das einzig mögliche Verfahren für einen Führer für Nichtfachleute. Natürlich ist der Ratgeber noch vielfach verbesserungsfähig. Viele Einzelurteile scheinen verfehlt oder halb richtig. Manche Bücher fehlen, die man ungen vermißt, auch sind Werke genannt, die innerhalb der Ökonomie des betreffenden Abschnitts entbehrlich oder für Laien unbrauchbar sind. Das ändert aber nichts daran, daß das Werk als Ganzes höchst brauchbar ist. Der Katalog Gute und billige Jugendbücher des sozialdemokratischen Zentralbildungsausschusses sei wiederum

erwähnt; er sollte bei Geschenken in Arbeiterfamilien recht fleißig zu Rate gezogen werden. Zum Lichtbilderverzeichnis des selben Ausschusses sind 2 Nachträge erschienen, die wesentliche Bereicherungen enthalten.

Von Parteikalendern liegen mir der Neue Welt-Kalender für 1916 /Hamburg, Auer/ und der Österreichische Arbeiterkalender für das Jahr 1916 /Wien, Brand/ vor. Ich ziehe den zweiten vor. Zwar hat in ihm leider die Zensur erheblich gewütet (so darf der Österreicher jetzt noch nicht die Gründe des Rückzugs der Österreicher aus Serbien erfahren), aber er ist doch erfreulicher als der Hamburger Kalender, der drucktechnisch vorsintflutlich ist. Was den Inhalt betrifft, so enthält der deutsche Kalender einen guten Aufsatz Wilhelm Hausensteins Kunstdenkmäler auf dem westlichen Kriegsschauplatz, während der österreichische vor allem eine sehr gute Kriegsdarstellung von Karl Leuthner und im Anzeigenteil eine Bibliographie zum Thema Die Sozialdemokratie und der Weltkrieg aufweist, die auf manches Werkchen aufmerksam macht, das einem in der Flut der Neuerscheinungen entgeht.

Das Verdeutschungsbuch Sport und Spiel des Freiherrn R. von Fichard /Berlin, Allgemeiner Deutscher Sprachverein/ ist nützlich, weil es allerlei technische Ausdrücke verdeutschte und erklärt, die der Sportlaie sonst nicht versteht. Meist verdeutschte es aber Worte, die längst deutsch geworden sind.

Zum Schluß sei hier auf ein Buch hingewiesen, das ich für ein ausgezeichnetes pädagogisches Arbeitsmittel halte: das von Alfred Hönger bearbeitete Lesebuch Zeugnisse zum deutschen Aufstieg von Karl Lamprecht /Gotha, Perthes/. Es ist als Dokumentensammlung zur deutschen Geistesgeschichte der letzten 2½ Jahrhunderte sehr wertvoll und könnte ein trefflicher Ersatz für manche der jetzt gebräuchlichen Schullesebücher sein. Wer es liest, bekommt wenigstens einen Begriff davon, welcher Art das Geistesleben im Deutschland der jüngsten Vergangenheit war. Auch Marx kommt mit einer sehr charakteristischen Probe zu Wort.

Untersuchungen Adolf Levenstein befragte Arbeiter über ihr Verhältnis zu Nietzsche und brachte dadurch einen bemerkenswerten Beitrag zur Beurteilung des geistigen Niveaus der Arbeiter zusammen,

den er nun unter dem Titel Friedrich Nietzsche im Urteil der Arbeiterklasse veröffentlicht hat /Leipzig, Meiner/. Allen, die unter Arbeitern Bildungsarbeit treiben wollen, ist genaues Studium dieser Schrift anzuraten, deren 1. Teil bisher vorliegt. Da man annehmen darf, daß der Verfasser nicht retuschiert hat, muß die starke Sprachbeherrschung in den einzelnen Bekenntnissen frappieren. Sie drückt sogar fast dem Buch den Stempel auf; es finden sich darin statt einzelner Äußerungen stellenweise ganze Feuilletons, und manchmal durchaus nicht talentlose. Dieser Hingegebenheit an das Wort wird aber im großen ganzen durch die kritische Grundgesinnung die Wage gehalten, die die Mehrzahl der Antwortenden erfüllt.

Ebenso lehrreich als Beitrag zur Psychologie der Massen sind Erich Everth's Schilderungen Von der Seele des Soldaten im Felde /Jena, Diederichs/. Das Hauptergebnis der Schrift ist, daß sich im Felde eine große Versachlichung und Vereinfachung des Denkens und Fühlens einstellt, und daß über die zahlreichen Klippen des Seelenlebens die für die Menschen da draußen selbstverständliche Tatsache hinweghilft, daß man seine Pflicht zu erfüllen habe. Die Schrift ist fein geschrieben und liest sich wie die Äußerung eines außerordentlich gebildeten Menschen; der Autor fürchtet sich offenbar zu übertreiben und sagt deshalb eher einmal zu wenig als daß er sich verleiten ließe zu viel zu sagen. Ein nachahmenswertes Beispiel innerer Kultur.

Hofrat Dr. Häußner (Der Weltkrieg und die höheren Schulen Badens im Schuljahr 1914-1915 /Karlsruhe, G. Braun/) gibt ein reiches, interessantes Material an Kriegsbriefen von Schülern dieser Lehranstalten. Gleichzeitig beschreibt die Schrift eingehend, wie in Baden versucht worden ist den Weltkrieg als Gegenstand des Unterrichts zu behandeln; auch für dieses Gebiet ist das Buch durchweg sehr wichtig. Ganz auf die Wiedergabe von Berichten am Krieg teilnehmender Schüler beschränkt sich, von einer kurzen Einleitung abgesehen, die von Karl Wolf herausgegebene Sammlung Von der Schulbank in den Schützengraben /Würzburg, Kellner/. Auch sie sei als Material der Beachtung dringend empfohlen; vielfach ist die unbefangene Darstellung so gut, daß sie sich als schriftstellerische Leistung sehen lassen kann.

Kurze Chronik Nach einer Statistik in Sperlings Zeitschriften-adreßbuch belief sich die Zahl der deutschen Zeitschriften in diesem Jahr auf 6421, gegen 6896 im Vorjahr. Hieraus ergibt sich, daß unter den Einwirkungen des Krieges 475 Zeitschriften ihr Erscheinen eingestellt haben. Das ungeheure Wachstum der deutschen Zeitschriftenliteratur bekundet sich darin, daß von 1892 bis 1914 sich die Zahl der Zeitschriften nahezu verdoppelt hat. 1892 erschienen in Deutschland 3536 Zeitschriften, 1901 waren es bereits 5231, 1911 beinahe 6000. Die größte Zahl der Zeitschriften, nämlich 611, entfällt auf die Gruppe Rechts- und Staatswissenschaft, Politik und Volkswirtschaft. X Von der Militärbehörde werden gegenwärtig in den besetzten Gebieten 66 Zeitungen herausgegeben: 31 in französischer oder französischer und deutscher, 17 in flämischer, 2 in polnischer, 1 in russischer, 15 in deutscher Sprache. X Das Systematische und alphabetische Zuwachsverzeichnis 1914 der Bibliothek der Geheftung zu Dresden ist ein Zeichen ruhiger, durch den Krieg zwar leider geschmälerter, aber unverzagter Volksbildungsarbeit. X In Wien wurde, als Nachfolgerin der aufgelösten Freien Volksbühne, eine Neue Freie Volksbühne gegründet. X Aus dem 2. Jahresbericht der Universität Zürich ist hervorzuheben, daß auch an dieser früher so gastlichen Stätte die Aufnahmebedingungen für Ausländer zu Beginn des Sommersemesters 1914 (also vor dem Krieg) verschärft wurden. Von dieser bedauerlichen Tatsache abgesehen gibt der Bericht ein Bild blühender Arbeit. X In den Lehrkörper der Universität Konstantinopel sind 17 Deutsche eingetreten. X In Lausanne soll eine ukrainische Bibliothek gegründet werden. Das Unternehmen geht von der Revue Ukrainienne aus.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Raphael Sellmann

Definitionslehre Richtige Begriffe von den Dingen haben bedeutet im Grunde nichts anderes als die adäquate Vorstellung von den gesetzmäßigen Beziehungen besitzen, in denen die Dinge zu einander stehen. Wer beispielsweise einen richtigen Begriff von Wasser erhalten will, der habe sich bloß zu vergegenwärtigen, welche Wirkungen Wasser auf dieses oder jenes

Ding ausübt, und wie dieses oder jenes Ding auf diese Einwirkungen reagiert. Wenn ich einen richtigen Begriff von einem neuen, mir unbekannten Gegenstand gewinnen will, so genügt es ganz und gar nicht, wenn ich auf dem Weg unmittelbarer Anschauung oder mir vermittelter Beschreibungen und Informationen seine äußere Gestalt meinem Gedächtnis einzuprägen suche, sondern ich muß vor allem einen Einblick in jene Gesetzmäßigkeit tun, von der das Verhalten dieses Gegenstands zu seiner Umgebung und der Umgebung zu ihm beherrscht wird. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, sind richtige Begriffe mit richtiger Erkenntnis, und Begriffe schlechtweg mit Erkenntnis überhaupt, gleichbedeutend. Habe ich mir einmal einen Begriff von einem Ding gebildet, so besagt das so viel, daß ich das Ding auch erkannt habe, wobei es freilich dahingestellt bleibt, ob ich mich nicht in meinem Erkennen geirrt habe, und ob dieses mir das richtige Bild von der wirklichen Natur des Dings verschafft hat.

Dies ist der Grundgedanke, von dem die unlängst neu aufgelegte kleine Schrift Heinrich Rickerts Zur Lehre von der Definition /Tübingen, Mohr/ getragen wird. Der Verfasser bekämpft darin auf das heftigste die alte, von der sogenannten Philosophie der Neuzeit überkommene und bis auf den heutigen Tag bei vielen Logikern sich vorfindende Anschauung, wonach der Begriff nichts weiter als eine Art allgemeiner Vorstellung darstellen soll. Nachdem er die Lehre von der Definition in der Philosophie der griechischen Antike, insbesondere bei Plato und Aristoteles, einer etwas gedrängten, aber sorgfältigen Prüfung unterzogen und einen Blick auf die sie angehenden Untersuchungen in den Lehren der modernen Logik geworfen hat, gelangt er zu dem Schluß, daß der Begriff einen in einem Wort fixierten und zur Einheit verdichteten Komplex von Urteilsprozessen repräsentiert. Urteilen aber heißt erkennen; es kommt somit auf das gleiche hinaus, ob ich einen Begriff von einem Ding besitze, oder ob ich dieses Ding erkannt habe. Begriffe sind Vehikel der Erkenntnis, und insofern suchen wirklich die Begriffe die Gesetzmäßigkeit der Dinge in sich abzubilden. Indessen will es mir scheinen, als ob Rickert hier zwei Arten von Gesetzmäßigkeit mit einander verwechselt habe: eine objektive, die in den Gegenständen des Erkennens liegt,

und eine subjektive, die in den logisch-psychischen Prozessen begründet ist. Die Logik, die ihren Anspruch auf freie Definition aufrechterhalten will, kann sich unmöglich darum kümmern, ob das denkende Subjekt, durch den Begriff, den es sich von irgendeinem Ding gebildet, die gesetzmäßigen Beziehungen dieses Dings zu seiner Umgebung und der Umgebung zu ihm erfaßt hat oder nicht; das einzige, was sie interessiert, ist die Frage danach, was im Bewußtsein des begriffsbildenden Subjekts vorgeht, wenn es irgendeine Vorstellung in einen Begriff umformt, und insbesondere, welche Gültigkeit diese umgeformte Vorstellung beanspruchen darf. Denn ihre Aufgabe erblickt diese Logik vornehmlich darin diejenigen gesetzmäßigen Bedingungen zu untersuchen, unter denen rein subjektive Gebilde im Bewußtsein des Subjekts den Charakter von Allgemeinheit annehmen und normative Bedeutung erlangen, nicht aber darin nachzuforschen, inwiefern das begriffsbildende Subjekt durch seine Begriffe irgendwelche Gesetze der Dinge erfaßt. Und daher kann es dieser Logik ganz gleich sein, ob die Vorstellung, die das Subjekt in einen Begriff umwandelt, einem in der Außenwelt wirklich existierenden Ding entspricht, oder bloß ein reines Phantasieprodukt darstellt: die Bedingungen der freien Begriffsbildung bleiben in dem einen wie in dem andern Fall die gleichen. Es kann daher keine Rede davon sein, daß die frei definierten Begriffe dazu bestimmt seien Dinge zu erkennen. Nur der Mathematiker ist in der Lage sich von der Gesetzmäßigkeit der Erscheinungen Rechenschaft abzulegen. Tatsächlich aber bildet auch der vollständig unwissende Mensch Begriffe von Dingen, wiewohl er nur das Zufällige und grob Sinnfällige an ihnen aufrafft und sie zu Allgemeinvorstellungen verdichtet. Wenn er beispielsweise in den Begriff des Wassers nur das auffällige und charakteristische Naß, der gelehrte Chemiker hingegen die innere Zusammensetzung des Wassers aufnimmt, so sind diese beiden Begriffe, ungeachtet ihres verschiedenen Wertes für die Erkenntnis, in jener rein logischen Beziehung einander gleichwertig. Gleichwertig für jene Logik sind eben die ganz schiefen und die sehr zutreffenden Begriffe von den Dingen; denn sie will ja nur die zu Begriffen umgebildeten Vorstellungen auf ihren Geltungsanspruch, nicht aber auf ihre Funktion für die Erkenntnis prüfen.

Eine andere Frage ist es freilich, ob der Begriff bloß als eine allgemeine Vorstellung charakterisiert werden kann. Daß der Begriff etwas mehr und auch etwas anderes als eine bloß allgemeine Vorstellung ist, darin kann dem Verfasser völlig beigepröflichtet werden. Hier aber beginnt das eigentliche Problem der Definitionslehre: die Frage, wie eine Definition überhaupt möglich ist. Damit kommen wir an ein im eigentlichen Sinn bis jetzt noch kaum beschrittenes Gebiet der Philosophie überhaupt.

✕
Kriegsschriften

✕ Aus den vielen Kriegsschriften, die die letzten Monate brachten, ist besonders ein Werkchen Dr. Adolf Dyroffs, betitelt Was bedeutet ein Kulturvolk? /Bonn, Hanstein/, zu verzeichnen. Die Schrift zeichnet sich durch manche bemerkenswerten Gedankengänge aus. Besonders möchte ich diejenigen Sätze hervorheben, in denen der Verfasser das Wesen eines Kulturvolks zu erfassen sucht, und die folgendermaßen lauten: »Zum eigentlichen Kulturvolk wird . . . ein Volk dadurch, daß es zu einer allgemeinen Wertidee gelangt und sich deren wirkliche Darstellung zum bewußten Zweck setzt.« »Universale Kulturidee möchte ich eine solche Wertidee deshalb nennen, weil . . . nur universal wirkende Zwecke das Volk aus dem bloßen Streben um individuelle Güter herauszuheben vermögen.« Die Schrift, der man viele nachdenkliche Leser wünschen kann, hätte noch gewonnen, wenn der Verfasser sich mancher abschätzigen Bemerkungen über andere Nationen enthalten hätte.

✕

✕ **Kurze Chronik** In Breslau starb, 60 Jahre alt, der bekannte Philosoph Professor Dr. Leopold Cohn, Oberbibliothekar an der Breslauer Universität. ✕ Der Rektor des Jüdischtheologischen Seminars von Amerika Professor Dr. Salomon Schlechter ist in New York gestorben. ✕ Der Dekan der Philosophischen Fakultät an der Universität Genf, Charles Werner, hat im Journal de Genève eine sehr warmherzige Würdigung Windelbands veröffentlicht. Es scheint, daß der blinde Nationalhaß, der auch auf das Gebiet des Geistes übergreifen hatte, allmählich überall abzubeben beginnt. ✕ Der Ablieferungstermin für die 7. Preisaufgabe der Kantgesellschaft (Thema: »Der Einfluß Kants und der von ihm

ausgehenden deutschen idealistischen Philosophie auf die Männer der Reform- und Erhebungszeit«) ist auf den 15. April 1917 verlegt worden. X An Stelle Windelbands ist Heinrich Rickert nach Heidelberg berufen worden. Er wird sein neues Lehramt mit Beginn des Sommersemesters antreten. X Der Theologe und Philosoph Lic. Dr. Günther Jacoby in Greifswald hat einen Ruf als Professor der Philosophie an der Universität Konstantinopel angenommen. Jacoby promovierte 1903 in Königsberg mit einer Arbeit über die Komposition des Buches Jeremia; von seinen philosophischen Arbeiten ist am meisten die über den Pragmatismus /1909/ bekannt geworden. X Am 27. Oktober konnte Hermann Cohen sein 50jähriges Doktorjubiläum feiern. Eine Deputation der Kantgesellschaft überreichte ihm an diesem Tag eine Adresse, Professor Geiger hielt im Namen des Kuratoriums für die Lehranstalt des Judentums eine Ansprache, in der er Cohen als die Seele und das Gewissen des Judentums feierte, und Professor Natorp überbrachte die Grüße und Glückwünsche der Universität Marburg. Cohen hat übrigens in diesem Wintersemester seine Kantvorlesungen an der Universität Marburg wieder aufgenommen.

Exakte Naturwissenschaften/Bruno Borchardt

Relativitätstheorie In den Verhandlungen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft findet sich eine Abhandlung Richard Hieckes über das Relativitätsprinzip, mit Einwendungen, die allerdings nicht rein physikalischer Natur sind. Der Verfasser erkennt durchaus an, daß der Verlauf der Erscheinungen, zu deren Erklärung die Lorentz-Einsteinsche Relativitätstheorie geschaffen worden ist (also Fizeaus Versuche über die Mitführung des Lichtäthers durch bewegte ponderable Medien, der Michelsonsche Versuch über den Einfluß der Erdbewegung auf die Lichtgeschwindigkeit und die Kaufmannschen Versuche über die Ablenkung schneller Elektronen durch elektrische und magnetische Felder), auch durch ein »in geistreichster Weise durchgebildetes mathematisches System von hervorragender Eleganz richtig dargestellt wird«. Aber er erblickt darin nur empirische Formeln und vermißt eine physikalische Begründung. »Eine Erscheinung erklären heißt doch«, sagt er, »sie unserm Vorstellungskreise der-

art einordnen, daß sie nicht gegen die Grundlagen desselben, gegen den Raum- und Zeitbegriff verstößt.« Er findet, daß die Relativitätstheorie mit der Forderung der Änderung unserer Grundbegriffe von Raum und Zeit unserm Vorstellungsvermögen mehr zusetzt, als dieses leisten kann.

Dem seien lediglich die Worte Plancks in seiner berühmten Rede auf der Königsberger Naturforscherversammlung entgegengehalten: »Der Maßstab für die Bewertung einer neuen physikalischen Hypothese liegt nicht in ihrer Anschaulichkeit sondern in ihrer Leistungsfähigkeit. Hat die Hypothese sich einmal als fruchtbar bewährt, so gewöhnt man sich an sie, und dann stellt sich nach und nach eine gewisse Anschaulichkeit ganz von selber ein.« Auch folgende Worte aus jener Rede kann man hier wohl hersetzen: »Ein jeder von uns erinnert sich wohl noch der Schwierigkeit, die es seinem kindlichen Anschauungsvermögen bereitete, als er sich zum erstenmal vorzustellen bemühte, daß es Menschen auf der Erdkugel gibt, die die Füße gegen uns kehren, und daß diese Menschen ebenso sicher wie wir auf dem Boden herumgehen, ohne von der Kugel herabzufallen oder wenigstens einige unbehagliche Kongestionen nach dem Kopfe zu erleiden. Wer aber heute die mangelnde Anschaulichkeit als sachlichen Einwand gegen den relativen Charakter aller räumlichen Richtungen geltend machen wollte, der würde einfach ausgelacht werden. Ich bin nicht sicher, ob nicht in abermals 500 Jahren das nämliche jemand passieren würde, der den relativen Charakter der Zeit bezweifeln wollte.«

Auch mit der Abschaffung des Lichtäthers durch die Relativitätstheorie vermag Hiecke sich nicht auszusöhnen. Die teilweise Mitführung des Äthers beim Fizeauschen Versuch hält er mit der vollkommenen Mitführung beim Michelsonschen Versuch für vereinbar, wenn man annimmt, daß der Grad der Mitführung von der Größe der bewegten Masse abhängt. Allerdings ist etwas derartiges beim Fizeauschen Versuch niemals beobachtet worden, und die weiteren Ausführungen Hieckes zu seiner neuen Hypothese von der *Mitführung des Äthers* dürften kaum viele Anhänger finden.

X
Elastizität X
Schöne Versuche über unsymmetrische Schwingungen elastischer Membranen wurden von E. Wätzm ann angestellt

und der Physikalischen Gesellschaft in Berlin vorgeführt. Schon in einer frühern Mitteilung hatte er gezeigt, daß beim Auftreffen mehrerer sinusförmiger Komponenten von verschiedenen Perioden auf einen elastischen Körper unter dessen erzwungenen Schwingungen auch solche auftreten können, deren Perioden in den Komponenten der Schallquelle nicht enthalten sind. Wätzmann erinnert an die Helmholtzsche Theorie über das Entstehen der Kombinationstöne (Differenz- und Summationstöne). Vor Helmholtz waren bekanntlich nur die Differenztöne (die sogenannten Tartinischen Töne) bekannt, deren Entstehen man auf Schwebungen zurückführte. Helmholtz empfand es als widersinnig anzunehmen, daß zum Beispiel ein 100maliges Anschwellen und Schwachwerden zweier Töne von 400 und 500 Schwingungen selbst einen Ton von 100 Schwingungen hervorrufen soll. Er ging davon aus, daß die Zusammensetzung der Schwingungsbewegungen beim Überschreiten gewisser Grenzen der Kleinheit nicht mehr nach der einfachen Superposition erfolgt sondern erheblich verwickelter wird; er nahm ein verhältnismäßig einfaches Kraftgesetz für die unsymmetrischen elastischen Bewegungen an und erhielt bei der Durchrechnung tatsächlich den Tartinischen Differenzton, zugleich aber auch einen Summationston, der, nachdem man einmal auf ihn aufmerksam geworden war, nun auch deutlich gehört wird, aber lange Zeit außerhalb des Ohres an Membranen nicht hervorgerufen werden konnte. Helmholtz glaubte deshalb, daß lediglich das Ohr mit seinen verwickelten Einrichtungen bis zum Trommelfell ein System bildet, in dem das von ihm angenommene Kraftgesetz für unsymmetrische elastische Schwingungen gilt. Seine Theorie wurde aber wegen des Mißlingens der Versuche Summationstöne auch außerhalb des Ohres zu erzeugen bis in die neueste Zeit in Zweifel gezogen. Wätzmann gelang es nun bei seinen Versuchen, die er gemeinsam mit Moser an außerordentlich empfindlichen Gummihäutchen anstellte, die den Summationstönen entsprechenden Schwingungen herzustellen. Allerdings gilt wohl auch hier nicht das einfache Helmholtzsche Kraftgesetz in voller Strenge, aber sicherlich in erster Annäherung, und auf Grund der Versuche kann man wohl sagen, daß Kombinationstöne stets auf ein unsymmetrisches elastisches Kraftsystem zurückzuführen sind, wenn die Unsym-

metrie auch wohl komplizierter ist, als von Helmholtz zunächst angenommen wurde.

✕ Hörweite ✕ Über die Hörweite des Kanonendonners sind nach Meldungen während der letzten Belagerung von Antwerpen von Meinardus interessante Mitteilungen in der Meteorologischen Zeitschrift gemacht worden. Es ergibt sich danach ein inneres Gebiet normaler Hörbarkeit von zirka 100 Kilometer Halbmesser, an das sich eine sogenannte Zone des Schweigens in einer Breite von etwa 60 Kilometer anschließt, worauf ein Gebiet abnormer Hörbarkeit beginnt, dessen äußerste Grenze bei 225 Kilometer liegt. An der selben Stelle findet sich auch eine auf eingehenden kriegsgeschichtlichen Studien beruhende Zusammenstellung von Dörr, wonach die abnorme Hörbarkeit zuweilen bis zu Entfernungen von 250 Kilometer und sogar noch darüber hinaus beobachtet werden kann. Die Hörbarkeit der Kanonenschüsse wie selbstverständlich auch anderer Explosionen kann durch geographische und meteorologische Einflüsse aller Art stark beeinflußt und herabgedrückt werden, so daß zuweilen schon in 30 bis 40 Kilometer Entfernung nichts mehr vernommen wird. Daß trotzdem dann hinter der Zone des Schweigens wieder eine abnorme Hörbarkeit auftritt, wird auf verschiedene Ursachen zurückgeführt. Nach einer Theorie soll die Erscheinung von der totalen Reflexion der Schallwellen an der obern Wasserstoffatmosphäre herühren. Nach anderen wieder soll die vertikale Windverteilung eine ausreichende Erklärung der abnormen Hörbarkeit zu liefern imstande sein. Völlige Klarheit ist darüber noch nicht geschaffen, und auch die genannten Forscher halten noch weiteres Beobachtungsmaterial für notwendig, ehe an eine zufriedenstellende Erklärung gedacht werden kann.

✕ Kurze Chronik ✕ Professor Dr. Adolf Remelé ist am 16. November im 76. Lebensjahr in Eberswalde gestorben. Er war ursprünglich Bergmann. Bald wurde die anorganische, insbesondere die analytische Chemie sein Sondergebiet. 1868 übernahm er das Lehramt der anorganischen Naturwissenschaften an der Eberswalder Forstakademie. Die Ergebnisse seiner geologischen und paläontologischen Forschungen, die ihn in zahlrei-

chen Reisen nach Norddeutschland, Schweden, Dänemark und Rußland führten, hat er in einem größern Werk Untersuchungen über die versteinierungsführenden Diluvialgeschiebe des norddeutschen Flachlands niedergelegt. In letzter Zeit hat sich Remelé mit der experimentellen Erforschung eigentümlicher von ihm entdeckter dunkler Strahlungen befaßt, die neben photographischer und elektrischer Wirksamkeit ein ausgeprägtes Durchdringungsvermögen besitzen. × Gleichfalls am 16. November starb der Professor für organische Chemie an der Londoner Universität Raphael Meldola, 66 Jahre alt. Er war einer der bekanntesten Farbenchemiker Englands. × Auf der Kapsternwarte in Südafrika ist am 2. Dezember von dem Astronomen Taylor ein neuer Komet, der 5. dieses Jahres, dicht bei dem Orionsternbild entdeckt worden. Dieser Komet 1915 e ist vorläufig noch sehr lichtschwach und nur im Fernrohr sichtbar. × Der Professor für anorganische Chemie an der Technischen Hochschule in Danzig Dr. Otto Ruff ist zum 1. April 1916 als Nachfolger des Professors Stock an die Technische Hochschule in Breslau berufen worden. × Ein wichtiges Jubiläum fand in diesem Monat statt. Im Dezember 1895, also vor 20 Jahren, veröffentlichte Röntgen seine erste kurze Abhandlung über die von ihm entdeckten neuen Strahlen, die er als X-Strahlen bezeichnete. Zur Feier dieses Ereignisses fand am 17. Dezember eine Festsitzung der Deutschen Röntgenvereinigung in Berlin statt.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Schwertlos Es schien, als ob die literarisch neugierige Menschheit bis zum August 1914 nicht mehr durch Dichterschicksale überrascht werden sollte, die allzu arg vom Gewöhnlichen und Bürgerlichen abschwenkten. Auch waren die Bürger damit sehr zufrieden, daß sie nicht von der schlimmen Hoheit und Überlegenheit irgendeines Genies behelligt wurden. Denn die Gesellschaft fürchtet und verlästert sogar alles, was die hübsche Gleichartigkeit ihres Bundes stören könnte. Als der Krieg dann anfang und sehr viel alter Brauch umgestürzt wurde, ließ man zu den sonstigen Überraschungen auch die Genies wieder auf die Erde. Ja, man war sogar sehr verschwenderisch mit der Verschleuderung

dieses herrlichen Titels, indem man gleich eine ganze Schar vom Krieg getöteter Dichter in diesen erlauchten Kreis erhob. Überall in dem, was der junge Dichter ließ, liegen die Keime seiner Zukunft, so dachte man. In dem Schmerz um den Verlust blühenden Lebens ist eine derartige Haltung zu begreifen. Dann aber folgen der Frieden und die Ewigkeit, und sie verlangen, daß man weniger barmherzig, doch gerechter sei. Gerechtigkeit verlangt zu sagen, daß in diesem Krieg der Dichter Michael Schwertlos aufgetaucht ist, der nicht in Vergessenheit geraten darf. Er selber hat sein Werk gar nicht gesammelt, sondern Albrecht Schaeffer hat das besorgt, als der Dichter schon begraben war (Des Michael Schwertlos vaterländische Gedichte / Leipzig, Inselverlag/). Abenteuerhaft und geheimnisvoll klingt das Leben dieses Mannes, so merkwürdig, daß ein gewisses Mißtrauen in die gütige Phantasie Schaeffers nicht überwunden werden kann. Wahrscheinlich sind Schaeffer und Schwertlos sogar eine einzige Person. Denn es geschieht nicht alle Tage, daß ein so bedeutendes Talent jahrelang in der Fremde um die ganze Erde hin lebt, daß es zu der schweren Kriegszeit plötzlich nach Deutschland zurückkehrt und dorten am Tübinger Strom aufgefunden und angedet wird. Schwertlos hat sich darauf in eine namen- und wohnungslose Einsamkeit zurückgezogen und Vers auf Vers Herrn Schaeffer mitgeteilt. Das sollen die spärlichen Lebenszeichen des Dichters sein. Es wird nur noch berichtet, daß er am Herzen litt; er ist daran auch zugrunde gegangen. Nun soll man nicht glauben, daß der Totgesagte ein Naturdichter, ein befeuernder Sänger, ein leidenschaftlicher Hasser oder apostelgleicher Asket gewesen sei. Nein, er war eben sehr gebildet, zwischen Rilke und Hofmannsthal im Stil stehend, die Spuren einer vielfach geübten Belesenheit sehr häufig verratend. Darum scheint es auch zweifelhaft, daß ein Mann von so offenbarem Literatursinn die ungeheure Enthaltsamkeit gehabt haben soll nur für sich zu dichten und gar nichts in die Welt zu entsenden. Alles ist bei ihm zu Ende überlegt und ausgeformt. Und diese Technik des Sehens, des Fühlens und des Gestaltens nähert ihn dem Geschmack des Vorsichtigen und Verwöhnten. Ein Naivus würde im Krieg sein, was ein Kolibri im Orkan ist. Trotzdem hat Schwertlos eine nicht kleine Gabe der Visionen und eine Fülle des Wortes, die Körper-

lichkeit auf die Verse schütten kann. Und eines muß noch betont werden: Dieser Dichter blieb vom wirklichen Krieg fern. Er hat davon nur in den Zeitungen gehört, das meiste in sich selber geahnt. Sein Deuter teilt das Buch in viele Abschnitte, von denen die Kreise Lazarett und Die Frauen das Wichtigste bergen. Es überrascht die ruhig ordnende Einbildungskraft des Schwertlos. Im Krankensaal und im Frauengemüt entdeckt er die tiefer liegenden, zarten Schicksale. Er ist ein Mikroskopiker derjenigen Kriegsereignisse, die versteckt sind, die in Gefahr waren, daß wir überhaupt von ihnen nichts mehr sehen werden. Und alles in jener literarisch kultivierten, nicht einfachen und von den würdigsten Beispielen belehrten Sprache, die einem feinen Leser gefällt. Eine Frauenstimme singt in Blankenese:

›Ihr Inseln Sandes in der oden Leere
Des Stromes, die wie Milch und Rosen wallt,
Wie liegt ihr einsam in der Abendschwere,
Wie wogt es stillos, grenzenlos und kalt!‹

Schwertlos redet von sich selber:

›Ein anderer Telemach, am Fichtenhügel,
Am Wiesenabhang schon novemberfahl,
Nicht das Gewehr im Arme, nicht im Bügel
Und Sattel, nicht die Hand am Lanzenstahl.

Einsam, von meinem Volke weit geschieden,
Ein Mann unmännlich und den Schlachten fern,
In meines Landes wohlbewahrtm Frieden
Erwarte ich, wie stets, den Abendstern.

✕ **Kriegslyrik** ✕ Über die Wortlust vieler

Kriegslyriker brauchen nicht viele Worte verloren zu werden. Sie sind in dieser schweren Zeit nur Fachschriftsteller für das Kriegerische, wenn sie auch den Willen haben zu größerer Menschlichkeit durch die blutige Unmenschlichkeit durchzustößen. Ihr Herz spielt bei all dem Kriegsgesang, der auch zum Frieden sehrender Gesang sein kann, keine Rolle, weil die Erlösung ihres Gefühls durch das Wort nicht auch die Erlösung des Zuhörers schafft.

Ein Kriegsrequiem wollte Hans Franck dichten, zur Feier den toten Helden, denen er die Tröstung eines Freireligiösen nachreimt. Das geschieht in seinen Gedichten, die als Sonderdruck des Rheinischen Frauenklubs in Düsseldorf erschienen sind, in der Form von Kantiken, deren rhythmischer und strophischer Aufbau mehr philologische Absichten und auch Belesenheit im mystischen Verbalismus als eigene Poetenkraft verrät.

Den Schmerz, daß er während des Krie-

ges zu Hause bleiben mußte, hat Alfons Petzold nicht überwunden. Sein Schmerz ist echt, und wenn er die Ofengemütlichkeit und Gegenwart der Ehefrau kaum erträgt, weil er seine Gebundenheit beweinen muß, so redet er doch wie ein Ergriffener (Inspirierter wäre deutlicher). Sein Wort hat dann wohl Blut. Aber meist sind auch seine Gedichte mit dem aufrührerischen Titel: Volk, mein Volk Jena, Diederichs nur Weitschweifigkeit in Worten. Es kann geschehen, daß einer beim Studieren solcher Verse gleich eine hohe Stimmung mitbringt und deshalb aus einer ziemlich schwachen Beweglichkeit der Strophen doch Bewegung für sich selber gewinnt. Das geschieht heute sogar recht oft, und die Sprache eines Dichters, die solcher Stimmung entgegenkommt, wird darum schon als eine edle und erhabene Sprache eingeschätzt. Von solchem Glück kann auch Petzold eine Weile begünstigt werden. Eine Probe hier:

Im Feuerhauch der Schusse
Will es des Lebens Sinn.
Daß ich es glühend kusse,
Und fröhlich sein Begleiter bin.

Man sieht auch, daß Petzold neben der Schwermut die Kriegsphilosophie der Zigeunerromantik bewundert und sich hierzu einer von Lenau entlehnten Sprache bedient.

✕ **Dramen** ✕ Die Gedanken Jesu

Christi, der die ganze Welt erlöst hat, können in einem gesunden, gerade gewachsenen Landmädchen bescheidenere, aber noch sehr nachhaltig nützliche Eingebungen entzündend. Dann hat das Mädchen von dem seelischen Unflat, der die Menschen beschmutzt, einen dicken Haufen wegzuschaffen. Solch einen weiblichen Heiland hat Max Brod für sein Schauspiel Die Retterin /Leipzig, Kurt Wolff' geträumt. Eine Frau, die sich mit leidenschaftlicher Bewegung dem Ansturm der Menschen entgegenstellt, gewährt einen wunderschönen, gewinnenden Anblick. Und so ist zu denken, daß Max Brod sein ganzes moralisches Schauspiel aus einer malerischen Eingebung erwuchs. Überraschend wäre das allerdings nicht für den Kunstbetrachter, der in vielen Dramatikern derartige befruchtende, befeuernde Gesichte finden darf. Auch die Einleitung des Stücks, der Aufbau, in dem sich die Charaktere und Geschehnisse gruppieren sollen, birgt als wichtigsten Bestandteil jenen für das Auge höchst

merkwürdigen Anblick, da die Retterin mit dem Staub der Landstraße in die Lichter der ausgelassenen Tanzfreude hineinfällt. Hanna Rotbaum will das gleiche Wunderwerk der moralischen Besserung vollbringen, das Ibsens Lona Hessel auszuführen meinte. Lona wollte nichts als das; Hanna ist aber jünger und versucht es den eigenen Sinnen und der eigenen Seele noch genug zu tun. Aber diese tapfere Frau, die allen auf den Weg des guten Lebens hatte helfen wollen, wird gründlich verkannt. Was sie in Wahrheit an sittlichen Kräften ausspielen kann, darf sie noch einmal im letzten Aufzug zeigen. Dort haben sich die Arbeiter des Fabrikanten empört. Sie sind dabei das ganze Fabrikwerk zu zerstören. Hanna kommt hinzu. Sie zeigt dem Fabrikanten, wie er nicht verstanden hat sich die Diener als ehrliche Mitarbeiter zu erziehen. Sie zeigt aber auch den Arbeitern, daß sie Karl Marx und das Evangelium mit einander ausöhnen müßten. Hanna soll recht in dem Stück haben. Als ihr Recht noch bestritten wird, reißt sie sich zu jener leidenschaftlichen Haltung des Gekreuzigten auf, und es wird ihr ein Amen zugerufen, das eine allgemeine Güte und Menschlichkeit besiegeln soll. Man sieht, alles in allem, das Gemisch von mancher Theatralik und mancher echten Poetenanschauung, und man sieht auch den Versuch die Grobheit der Bühnenwirkung mit dem Zartern der Dichtung zu verbinden.

Das Herz von Jerusalem von Gerhard Guthertz /Berlin, Juncker/ ist eher ein Mysterium als ein Theaterstück. Tankred, der Held, der Jerusalem erobern soll, wird zu einer Jüdin in Liebe gezogen. Das kostet zum Glück nur Leben und Schönheit der Jüdin. Denn Zion wird trotzdem gestürmt, und Tankred schlägt klagend, der Freude nicht fähig, die Hände übers Gesicht. Die Tragödie Des Odysseus Erbe /Berlin, Reiß/ von Georg Terramare faßt das Eheleben zwischen dem Laertiden und Penelope als tragischen Stoff. Da Odysseus heimgekehrt ist, kann er nicht mehr mit der Gattin glücklich werden. Denn er ist der Alternde, Erkalte; sie ist noch die liebesbegierige Frau. Beinahe wird sie die Geliebte des Telegonos, der ein Sohn der Kirke war, den Odysseus selber gezeugt hat. Vater und Sohn messen sich um die Königin. Beide fallen. Eine unterhaltende Abwandlung des alten Motivs, aber eine Sprache, die flaches Jambengeschlag selten überwindet.

Jakob Hegner hat Paul Claudels Trauerspiel Goldhaupt verdeutschet /Hellerau, Hellerauer Verlag/. Vorerst nur diese Nachricht. Über die Kunst des Paul Claudel wird ein andermal hier im Zusammenhang gesprochen werden müssen.

×
Romane

Der Held des Tages; das ist eigentlich schon ein arg geschriener Buchtitel /Berlin, Ladyschnikow/. Wer so etwas vor den Anfang eines Buches setzt, will den Charakter eines Menschen schildern, dem von vornherein ungewöhnlich viel Merkwürdigkeit und Überlegenheit angehört. Oder der Seelenkinder will im Gegenteil die Dummheit der ganzen Welt beweisen, die imstande ist eine ganz schäbige Person in das Heldentum emporzuziehen. Dem Helden Alexander Brodys begegnet beides. Er ist im Grunde ein Durchschnittsgeist. Aber die Schickung spielt es so, daß ein Erzherzog den kleinen Journalisten liebgewinnt. Daher kann aus ihm ein großer Mann werden, ein Parlamentskandidat, ein Gegenstand wirklichen Liebesgebrauchs für die Geliebte des Erzherzogs. Aber eine Geschichte der Ehre führt den künftigen Minister vor die Pistolensmündung des Herrn, der als Bruder einer Gräfin vielleicht sein Schwager geworden wäre. Man denke, der Held hat sich für die Frauenehre der fürstlichen Geliebten eingesetzt und büßt das mit dem Blei im Herzen. Das Buch ist mit Talent geschrieben, und es langweilt den Leser an keiner Stelle. Indes Gesellschaftsbilder, die nur das Äußerste der Menschenmöglichkeiten umschreiben, genügen selten der Prüfung einer weniger ausschweifenden, doch gerechtern Psychologie. Das wäre eigentlich der Einwand gegen das Buch des ungarischen Schriftstellers.

Gleiches Bedenken hemmt den Kritiker auch Felix Saltens Roman Die klingende Schelle /Berlin, Ullstein/ in die Zahl der wahrhaftigen Lebensromane aufzunehmen. Der Mensch, den Salten liebt, dem er mit einer vortrefflichen Schriftstellerei die Kraft erteilt Frauen zum Opferselbstmord zu treiben, scheint mehr ein literarischer Stoff als ein seelenbesitzendes Geschöpf zu sein. Salten ist zu einer Höhe der anmutigen Plauderei gelangt, die nicht mehr übertroffen werden kann. Einen Wiener Salon, die jungen Leute darin, eine Vorstellung bei Ronacher, ein Essen bei Sacher und eine Praterfahrt, diese tau-

sendmal gesehenen Eindrücke weckt er neu auf. Er schlägt die Fessel eines sehr leichten Stils um den so hübsch gewonnenen Leser. Doch der Mensch, an den wir hauptsächlich glauben sollen, dieser höchst erzogene Genießer, dem alle Frauenliebe wohlbekannt ist, der dann mit der Liebe der schönsten Frauen kühl und verächtlich spielen darf, dieser Halbgott, der alles weiß, der aber nichts tätig meistern will, der mit unendlichem Geld ein Paradies der Wohnung aufbaut, dieses Gemisch von Dorian Grey und Nietzsche und Darwin, das scheint doch eher ein ausgeklügelter Charakter. Das scheint nicht ein Mann, dem Salten mit eifriger Neugier und täglich wachsender Liebe nachgegangen ist. Das Leben dieses Mannes wird von allen Genossen als sehr reich angesehen und überfüllt mit vielen geheimen Offenbarungen. Es soll aber bewiesen werden, daß es nur einen heisern Abklang der Dürftigkeit wiedergeben kann. Denn der Jüngling, dessen Geistesart hier eben gefaßt wurde, wird von der Ohnmacht verfolgt in die großen, betörenden Leidenschaften hineinsinken zu können. Das nimmt den Frauen, die sich ihm zuwenden, ihr Leben und ihm selber die Möglichkeit von dem Überfluß des Menschenglücks irgendetwas dauernd zu erwerben.

X
Neuauflagen Vor allem sei hier eine Auswahlauflage des Theodor Fontane ange-

zeigt, die der Verlag S. Fischer soeben in 5 Bänden herausgebracht hat. Sie enthält nur Wesentliches (freilich ist auch das, was fortgelassen werden mußte, nicht unwesentlich). Manche bezweifeln, daß Fontane überhaupt ins Volk dringen könne. In der Tat kann man sagen, daß seine Kunst zu subtil, zu wahr, zu wenig dekorativ ist. Doch tut man immer gut sich nicht allzu exklusiv zu wähnen. Es gibt gemeinhin viel mehr Menschen als der literarische Mensch vermutet, die in ihrer eigenen Schlichtheit auch für das Innerliche anderer ein Organ haben, wenngleich sie davon nicht sprechen, wohl auch gar nicht sprechen können. Und gerade die vorliegende Ausgabe wird dazu beitragen den Dichter der Effi Briest (eines der ergreifendsten Werke der Weltliteratur) auch in diejenigen Kreise zu bringen, die aus eigenem Bedürfnis, nicht aus verpflichtender Kenntnis, lesen und nicht die Kunst als Kunst nehmen sondern von den Dingen selber mitgenommen werden. Die Schöpfungen des

Dichters Fontane und ihre Beziehungen zum Leben ihrer und unserer Zeit werden in dieser Zeitschrift noch besonders und ausführlich behandelt werden; dann wird auch wieder von dieser Ausgabe die Rede sein, auf die die Leser hier einstweilen als auf eine willkommene Gabe hingewiesen sein mögen. Die Einleitung schrieb Paul Schlenker: nach Otto Brahm's Tod der Seniorskritiker der neuen Wahrheitskunst der neunziger Jahre, in die Fontane, sie zum Teil vorwegnehmend, hineinragt. Die 5 Bände sind sauber in Leinen gebunden (der Rücken hätte etwas einfacher sein können, ist aber auch so nicht gerade überladen) und erfreuen durch deutlichen Druck.

Aus dem ältesten deutschen Märchenbuch, den *Gesta Romanorum*, wollten Erich Guttmacher und Kristian Kraus einen Geschichtenkreis ziehen, den sie *Die Nächte der Königin Liebe* genannt haben (Berlin, Borngräber). Die Arbeit des Übersetzens und Erklärens genügte ihnen aber nicht, sie wollten die alten Stoffe nur benutzen, um sie einem modernen Leser zu befremden. Zu diesem Zweck erfanden sie eine Rahmenerzählung. Die jungen Herren und Damen, sehr gebildet alle und mit Diplomen versehen, beschließen nach der Eispartie Versammlungsabende. Dort wollen Herren und Fräulein die Liebesgeschichten der Vorfahren anhören und sich die Moral zu jeder aufbauen. Es kann dabei nicht ausbleiben, daß einige Paare sich tiefer ansehen und behorchen, und aus solcher mit deutsch-lateinischer Erotik angeheizten Stimmung entwickeln sich dann einige Lebensschicksale. Dabei lernen wir eine von den zahlreichen Legenden kennen, die im Kaufmann von Venedig verarbeitet worden sind, und freuen uns über die Fröhlichkeit des menschlichen Geistes vor anderthalbtausend Jahren. Das Buch ist auch hübsch ausgestattet.

Nur die Fröhlichkeit und nicht die Moralität suchte Dr. Owlglaß, der Alte deutsche Schwänke sammelte (München, Langen). Was in Klöstern, Wohnstuben, Märkten und Soldatentrupps gegen Pfaffen, Wucherer, Ehebrecher und ihre Genossinnen an Geist, Spott, Zorn, Derbheit aufgespeichert ist, das liest Dr. Owlglaß fleißig zusammen. Er druckt in der alttümlichen Sprache wieder, was den alten Geschichten angemessen ist. So kam eine Ausgrabung zustande, die nicht nur dem literarisch gebildeten oder eingebil-

dern auch dem natürlich genießenden Leser willkommen ist.

In Hesses Volksbücherei ist J. P. Jacobsens Novelle Mogens aufgenommen worden. Die Erzählung braucht heute und hier nicht mehr gerühmt zu werden.

× ×

Kurze Chronik Der älteste französische Dichter unserer Tage, François Festiault,

ist, 100 Jahre alt, gestorben. Er hat den Franzosen zum erstenmal die kleinen Dichtungen Dantes übersetzt. × In Leipzig starb am 16. November der 72jährige Schriftsteller Theodor Hermann Pantenius. Er hat vor einigen Jahrzehnten eine Reihe von vielgelesenen Romanen aus seiner kurländischen Heimat geschrieben, auch hat er fast 30 Jahre hindurch das Familienblatt Daheim redigiert. In seinem letzten Lebensjahr hat er durch den Krieg seine beiden Söhne verloren. × Die litauische Schriftstellerin Zemaite ist 70 Jahre alt geworden. Sie stammt aus einem Bauernhaus. Sie hat von der Leibeigenschaft ihrer Volksgenossen ergreifende Bilder gezeichnet, und sie mußte noch kurz vor ihrem Ehrenfest auf 2 Wochen ins Gefängnis, weil ihre Weltanschauung den Russen nicht gefiel. × Dem Schweizer Romanschriftsteller Edouard Rod haben seine Landsleute in Nyon ein Denkmal gesetzt. Rod war ein großer Freund des Arbeiters. Sein bestes Buch beschreibt die Gefahren in den Glasbläsereien. Er hat auch über Goethe und Wagner sehr gerechte Werke geschrieben. × Die Russen bereiten eine Enzyklopädie Tolstoj's vor, ein Wörterbuch, dessen einzelne Titel übersichtlichen Einblick in die Schriften Tolstoj's geben sollen. × An die von den Deutschen eingerichtete Universität Warschau ist Dr. Marx Möller als Dozent für Literaturgeschichte berufen worden. × Robert Michel und Arnold Zweig sind mit dem Kleistpreis dieses Jahres bedacht worden. × Den Ebner-Eschenbach-Preis hat Helene Böhlau erhalten.

Bühnenkunst / August Döppner

Aufgaben und Grenzen Max Reinhardt hat in Schweden eine bemerkenswerte Äußerung getan:

Die dekorative, malerische Richtung, an deren Spitze er selber stand, habe nach seiner Meinung jetzt fast alle ihre Mittel versucht und ihre Kräfte er-

schöpft. Daher glaube er, daß eine neue Richtung aufkommen werde. Die Herrschaft des Worts mache sich immer deutlicher bemerkbar, und der Schauspieler werde in stets höherem Grad auf sich selbst, auf seine eigenen Kräfte und Ausdrucksmittel angewiesen sein. Mir scheint, daß Reinhardt mit dieser Erkenntnis nicht allzu fern den Forderungen steht, die an dieser Stelle wiederholt ausgesprochen wurden. Und wenn ihr die Taten folgen können, ist damit ein entscheidender Schritt zu dem Ziel getan Kunst auch von der Bühne herab rein wirken zu lassen. Die Antireinhardt-bewegung, die ja immer vorhanden war, ist in letzter Zeit stärker geworden. Ich halte es für verfehlt diese Gegnerschaft kritiklos mitzumachen, obgleich ich mich in prinzipieller Übereinstimmung mit ihr befinde. Es gibt Querwege, die durchschritten werden müssen, um auf den rechten zu gelangen. Eine verheißungsvolle Möglichkeit kann nur dadurch erledigt werden, daß man ihr einen Versuch opfert und sie damit ad absurdum führt. Außerdem aber hat Reinhardt der Bühne eine solche Fülle des Echten, Wesenhaften gegeben, daß seine Gegner sich in mancher Hinsicht bescheiden dürften.

Erkennt man als Reinhardts Verdienst an, daß er die naturalistische Darstellung zur Höhe gebracht und darüber hinaus, aber mit ihr als Basis, die *Stimmung* geschaffen hat, so ist die Frage, wo denn die Gegnerschaft mit ihren Vorwürfen noch einsetzen will, nicht ohne weiteres zu beantworten. Notwendig vorher geht die allgemeinere Frage, was eigentlich die Bühne zu leisten habe. Gibt man zu, daß es die Aufgabe der Kunst ist uns hinter dem erscheinenden Ding sein Wesen sehen zu lassen, so folgt hieraus ohne Zwischenglied, daß jede Reproduktion eines Kunstwerks es sich angelegen sein lassen muß diese Aufgabe rein, das heißt konzentriert und ohne durch Nebenwirkungen zu stören, sich auswirken zu lassen. In unserm Fall ist selbstverständlich das Dichterwerk die produktive Geste, die uns den Majaschleier von den Sinnen nimmt. Die theatralische Wiedergabe hat also durchaus, und ohne sich irgendeinen Selbstzweck anzumaßen, der ideellen Enthüllung zu dienen. Bleibt genug für sie zu tun: die plastische Erscheinung zu schaffen, aus der die unvergängliche Seele herausstritt. Es wird sich also darum handeln: positiv: diese Seele zum Maßstab zu machen, negativ: alles auszuschneiden,

was Nebengöttern, besonders der ästhetischen Unterhaltung, dient. Es ist den Regisseuren unbenommen sich ein eigenes Kunstgebiet zu schaffen. Ich kann mir durch die Pantomime, die Arenabewegung und ähnliche Schöpfungen starke Wirkungen denken; sie werden der Musikwirkung näher sein. Warum denn alles Peinliche und Problematische der Oper freiwillig dem Schauspiel aufladen? Solche Kollektivwirkungen sind und bleiben Konglomerate, unreinlich und machtlos. Wohin es führen kann, erwies sich bei der Aufführung des Sturms in der Volksbühne. Zehnfache Augen- und Ohrenweide, aber die Dichtung war ausgeschaltet.

Eine zweite Besinnung verstärkt noch diesen Wunsch die Dichtung angenähert allein sprechen zu lassen, die Bühne zu vergeistigen. Man hat in den meisten Fällen das Werk gelesen, bevor man es sieht, und es ist für die Phantasie unendlich sich den Verkörperungen der Bühne anzupassen, die immer viel gröber, begrenzter, ja, auch undeutlicher, wenn man Deutlichkeit richtig versteht, sind als die Gebilde, die eben nur die Phantasie zu schaffen vermag. Man empfindet immer eine Vergewaltigung. Es kann freilich interessant sein die andere Auffassung kennen zu lernen; aber wo bleibt die in höherem Sinn keusche Wirkung, wie sie uns unbedingt beim Lesen trifft?

Wie steht es also mit der Reinhardt'schen Stimmung? Ich bin ihr dankbar, wenn sie nicht da ist, das heißt wenn sie ganz dem Stück und gar nicht dem Maler usw. entstammt. Sie wird in mir Verstimmung, sobald sie Ansprüche macht. Reinhardt ist der große Probierer mit den charakteristischen Untugenden, die negative Tugenden sind. Er muß seine Prinzipien an den Abgrund reiten, und er ist reich genug auf das, was hinabfällt, zu verzichten.

Indessen, auch für die Wortkunst gilt es den Bereich des Selbstzwecks mit seinen Klippen: Glanzleistung und Musikwirkung, zu vermeiden. Warten wir also ab.

×
Schauspielerinnenproblem

×
Eine neue Schrift Julius Babs beschäftigt sich mit der Frau als Schauspielerin /Berlin, Oesterheld/. Der Verfasser setzt sich auf 70 Seiten umfassend und eindringend, in klaren Sätzen mit diesem sehr schwierigen Thema auseinander. Mit Hilfe der Fiktion eines männlichen und weiblichen Polprinzips, die sich von dem dogmatischen Gegen-

satzpaar Mann und Weib immerhin vorteilhaft auszeichnet (er behauptet, und man wird es ihm zugeben, daß in der Wirklichkeit eine scharfe Trennung beider nicht existiert, daß vielmehr jedes Individuum mehr oder weniger auch Eigenschaften des andern Geschlechts besitzt, nur beim Mann mit männlicher, bei der Frau mit weiblicher Dominante), legt er erst fest, was ihm als das spezifische Werk der Frau erscheint. »Monomanisch aussondernde, konzentrierte Kraft ist die Mutter aller Taten und Werke, durch die sich der Mann auswirkt: indirekt und allgemein . . . das Werk der Frau ist, ihrer passiv allumfassenden, totalen, instinktiven, naturalen Art nach: direkt und individuell.« (Man sieht, daß auch Bab das allgemein angenommene und immer wiederholte Dogma von der weiblichen Passivität usw. übernimmt, wenn zwar mit der durch das Polprinzip gegebenen Milderung. Der Tiefersehende wird eher das Gegenteil für richtig halten; weibliche Passivität im männlichen Werkkreis schließt nicht starke Aktivität im eigenen aus. Im übrigen erinnere ich an das in dieser Rundschau (in diesem Band, pag. 1267 ff.) anlässlich der Strindberg'schen Frauen Gesagte.) Weiter: »Der Begriff weiblicher Genialität, den wir haben, ist nicht an die paar Frauen gebunden, die (niemals mit vollstem Erfolg) mit der männlichen Schaffensart rivalisierten, sondern an solche, deren Persönlichkeit stark genug war einen großen Kreis bedeutender Menschen unmittelbar zu beeinflussen.« (Also die typische Vorstellung von der Frau als *Anregerin*.) Dieser Tatsache gegenüber bilde die Schauspielerin die »große Ausnahme.« In dieser Kunst erreiche sie die höchste Höhe. Bab erklärt es sich dadurch, daß, negativ, die Stoffaussonderung und monomane Bearbeitung, an der die Frau sonst scheitere, bereits von dem dramatischen Dichter besorgt ist, positiv die Frau »in einer tiefen Schicht allerdings wandelbarer, veränderlicher ist als der Mann. Der Werkbetrieb des Mannes, das Bildnerische, Distanzierende seiner Art fängt nämlich schon bei der eigenen Persönlichkeit an. . . In jedem Fall hat der Mann in seinem persönlichen Stabilisierungsbedürfnis, in seinem Charakterstolz . . . schwere Hemmungen für den schauspielerischen Beruf in sich. Die Frau ist im allgemeinen geneigt sich weniger als Schöpfer ihrer Person, mehr als Geschöpf zu füh-

len. . . Ihre labilere Natur zeigt jedem verwandelnden Anruf der Außenwelt . . . , also auch dem Rolle genannten Anruf der Dichterphantasie, große Folgsamkeit.« Diesen letzten Bemerkungen wird man zustimmen können; sie sind plausibel; ob auch erschöpfend, das ist eine andere Frage.

Sehr interessant ist das Kapitel Der disharmonische Rest. »Ist in der künstlerischen Hingabe, diesem Aufgehen in einer oft geänderten Eigenwelt stets etwas, was dem Konflikt mit dem inneren Stabilitätsbedürfnis des Menschen und mit der äußern sozialen Ordnung zutreibt, so bildet gerade der Schauspieler die höchste Negation aller Stabilität. . . Diesem stärksten Typus der Unbeständigkeit nun steht in der Frau der wesentliche Typus gegenüber, der schon durch seinen Beruf zur Mutterschaft am entschiedensten auf ein Maximum von Stabilität, Ruhe und Ordnung hingewiesen ist. Und hier beginnt der Konflikt, das Problematische im Wesen der Schauspielerin.« Ich glaube, daß dieser Konflikt noch tiefer reicht. Die hochstehende moderne Frau hat immer mehr, wie auch der Mann, das Bedürfnis »Schöpfer ihrer Person« zu sein, um den Anschluß an die über dem Geschlechtergegensatz stehende transzendente Menschheitsbewegung, die in irdischer Projektion ethisch ist, zu erhalten. Spürt eine Schauspielerin einen Teil von dieser Kraft in sich, so kann es auf ihre Kunst katastrophal wirken. Denn diese Kunst wird gar zu leicht zu einem heimtückischen, weil allmählichen Vergewaltigen des Besten im Menschen; seiner ideellen Persönlichkeit. Sie kann nur von Minderwertigen oder unsagbar Opferwilligen und Opferfähigen getragen werden.

Die Schlußkapitel des Buches, die sich mit der sozialen Stellung der Schauspielerin beschäftigen, bringen bitterböse, berechtigte Anklagen. Ich kann hier nicht auf die Einzelheiten eingehen, empfehle aber deren Studium. Die Lage der Schauspielerinnen in unserer Gesellschaft ist ja vor 6 Jahren in einem eindrucksvollen Artikel Wally Zepfers in den Sozialistischen Monatsheften (1910, 1. Band, pag. 354 ff.) geschildert worden; es sei hier nochmals darauf verwiesen.

Die Schrift Julius Babs verdient es sicherlich, wie seine übrigen Arbeiten, gelesen und durchdacht zu werden. Wenngleich, wie einige der oben wiedergegebenen Sätze zeigen, der Autor sich nicht peinlich genug von gangbaren

Meinungen fernhält, ist das meiste doch überlegt und auch empfunden. Zum Schauspielerinnenproblem ist hier ein beachtenswerter Beitrag geliefert.

X

Kinokunst

X

Das Programm eines großen Berliner Lichtspielhauses setzte sich vor einigen Wochen aus folgenden Nummern zusammen: 1. Kriegsberichte; 2. Die Vergangenheit einer Frau, Drama; 3. Naturaufnahmen; 4. Der rasende Roland, Lustspiel. Die Nummern 1 und 3 hatten den Interessewert photographischer Wiedergaben, Nummer 2 war der normale Verbrecherroman, Nummer 4 brachte die Erlebnisse eines zerstreuten Mädchenschulprofessors. Mit dem Ganzen hätte ich mich hier nicht zu beschäftigen, wenn es sich nicht in einem Andacht fordernden Raum und unter Mitwirkung guter Schauspieler abwickeln würde, das heißt also, wenn es nicht mit dem Anspruch aufträte Kunst zu sein. Es ist unglaublich, daß es nicht von allen Seiten Proteste gegen das Unrecht hagelt Masken und Bewegungen von oft großer Schönheit in den Rahmen dieser *dramatischen* Erlebnisse zu bringen. Man weiß, daß diesem Übelstand durch die Autorenfilme abgeholfen werden sollte, und man weiß auch, daß vorläufig daraus nichts wurde. Wie das zitierte Programm zeigt, sind wir wieder am Anfang angelangt. Mir scheint, daß eine einfache Überlegung imstande ist Licht in die Angelegenheit zu bringen und wenigstens die Richtlinien aufzuweisen, die eine Kinokunst zu befolgen hätte.

Jedes Instrument hat seine spezifische Kunst. Es ist schon nicht möglich eine Sonate, die für Klavier geschrieben wurde, ohne beträchtliche Umarbeitung stimmungsgleich auf der Violine zu spielen, es ist aber ganz unsinnig die verschiedenen Künste auf gleiche Bedingungen zu stellen. Das Instrument des Malers, die Farbe, verlangt ganz andere Bearbeitung als das raumfüllende Material des Bildhauers. Das sind Gemeinplätze überall, wo die Scheidungsarbeit bereits getan ist. An der Verquickung zweier Künste krankt noch die Oper, auch das Schauspiel in dem im vorhergehenden Abschnitt dargelegten Sinn. Es ist durchaus noch nicht entschieden, ob das Theater, wie es bisher betrieben wird, nicht stirbt, sobald eine Zeit kommt, die strengere Reinlichkeit der Wirkung verlangt; deshalb verlangt, weil sie von der Kunst eine wahre Verbindung mit dem metaphysi-

schen Gehalt unserer Seele empfängt. Diese unsere Unentschlossenheit ist es nun, die die Erlösung der Kinokunst verhindert oder hinausschiebt. Die Kinematographie ist ein völlig neues Instrument, mit ganz spezifischen Fähigkeiten und infolgedessen auch spezifischen Kunstvoraussetzungen. Und es ist Aufgabe der Kinodichtung nur aus der Kenntnis dieser Voraussetzungen heraus zu produzieren. Da ist nun festzustellen, daß wir an die Kinematographie teils Anforderungen stellen, die zu erfüllen ihr die Organe fehlen, teils an ihr Fähigkeiten übersehen, die ihr besonders eigen sind. Die Ähnlichkeit des Kinos mit dem Theater, die rein äußerlich ist (denn bei dem einen handelt es sich um Licht- und Schattengebilde, bei dem andern um Körper) war es, die dazu verführte ohne weiteres dem Kino alle theatralischen Fähigkeiten unterzuschieben. Daß dabei durch den Wegfall der Sprache auch ein wichtiges Verständigungsmittel zwischen Bühne und Zuschauer ausgeschaltet wurde, sah man wohl. Was man aber als Ersatz nahm: überdeutliche Gebärde und gedruckte Erläuterung, ist grotesk und der Kunst ein Faustschlag. Auch die Phonographie kann hier nicht helfen: Der Ton kann nur von Körpern erzeugt werden, und es ist nicht Sache der Kinematographie die auf der Undurchdringlichkeit und Schwere beruhenden Eigenschaften der Dreidimensionalität zu illusionieren. Es ist also klar, daß eine Dichtung, zu deren Interpretation eben die Elemente des Klangs und der gegen Schwere und Undurchdringlichkeit kämpfenden Gebärde vorausgesetzt werden, nicht vom Kino herausgebracht werden kann. Und hier sind die Fähigkeiten des Instruments, die bisher nicht deutlich genug beachtet wurden: Das Lichtspiel schafft körperliche Erscheinungen ohne die Hemmungen der Körperlichkeit, und es erschafft vollendete Beweglichkeit. Es müßte also eine Dichtung entstehen, die einmal von der Sprache nichts weiß und außerdem die genannten Fähigkeiten ausnutzt; eine groteske Mimik etwa und eine seelisch-symbolische Phantastik. Ich meine eine Kunst, die seelische Erlebnisse in ein Lichtspiel umsetzt. Das wäre vielleicht eine neue Form künstlerischen Untertauchens. Dann auch: Märchenspiele und ähnliches. Doch soll all das nur Andeutung sein, nur eine Warnung die Kinokunst überhaupt abtun zu wollen, wie das ein großer Teil unserer Literaten tut, die nach

echter Philisterart die hohe Kunst retten zu müssen glauben. Einem Werdenden soll man nicht Gesetze vorschreiben wollen; man kann da nur abwarten und sehen, was aus dem Mißverständnis einer Nachahmung des Alten nun Neues entsteht. Vielleicht birgt das Kino Keime in sich, die wir heute noch nicht einmal sehen, und die einer spätern Generation schon ein selbstverständlicher Teil ihres Selbst sein wird.

×
Berliner Auf-
führungen

×
Auf den Berliner Bühnen ist nicht viel Neues hinzugekommen. Maria Stuart kam zweimal heraus, im Deutschen Theater und im Theater in der Königgrätzer Straße. Es erwies sich wieder, daß das Stück uns doch recht fernsteht. In der Königgrätzerstraße versuchte man zu modernisieren und zu psychologisieren. Es geht aber nicht: die Atmosphäre wird dadurch nur unbehaglicher. Hartau brachte es fertig einen dämonischen Mortimer zu stellen. Im Deutschen Theater blieb man traditionell und würdig. Interessant war hier die starke Leistung der Hermine Körner (eine feste und kluge Elisabeth), und interessant auch, doch sehr ungleich, die ganz auf explosive Leidenschaft gestellte Schottenkönigin der Maria Fein. Diese sicher sehr begabte Spielerin müßte, von vorn beginnend, noch lernen nach innen zu spielen. Sie verpufft ihre Kraft größtenteils in Gesichtsverzerrungen.

Neu brachte das Deutsche Theater ein Schauspiel von Walter Harlan: Das Nürnbergische Ei, ein schwaches Werk, mit dichterisch hübschen Stellen. Wintersteins Peter Henlein bleibt im Gedächtnis.

Im Komödienhaus (Direktion Meinhardt und Bernauer) spielen Ida Wüst und Eugen Burg das dem Geist nach ganz französische Lustspiel Die rätselhafte Frau von Robert Reinert. Diese beiden Schauspieler erreichen es, daß die Pikanterien wirklich einmal galiläische Leichtigkeit bekommen. Auch der Spielleiter Welisch trug hierzu bei.

×
KurzeChronik

Auch das Schillertheater in Charlottenburg hat jetzt ein Strindbergstück aufgeführt: Ritter Bengts Gattin, am 16. Dezember. Es ist bemerkenswert, daß selbst das Theater des guten Bürgertums an dem größten Genie unserer Zeit nicht mehr vorübergehen zu können glaubt. Daß diese Generation nun

wirklich strindbergreif ist, wird freilich dadurch noch nicht bewiesen. X Nach einer genauen Darlegung, die Max Epstein in der Schaubühne gibt, liegt in der Affäre Körner ein glatter Kontraktbruch dieser Schauspielerin vor. Immerhin hätte die Dresdener Verwaltung sozusagen aus ästhetischen Rücksichten vielleicht besser getan Frau Körner nach so beharrlichem Drängen freizugeben. X Seit dem 1. Dezember zahlt Reinhardt allen Mitgliedern und Mitarbeitern seiner Bühnen wieder die volle Friedensgage: ein Beispiel, das Nachfolge verdiente.

KULTUR

Kunstgewerbe / Ernst Jaffé

Modenmuseum Ein Verein Modenmuseum will die Idee, die im Frühjahr hier auftauchte, verwirklichen und ein deutsches Modenmuseum schaffen. Wenn man nur dieses Wort hört, mögen manche Bedenken aufsteigen. Denn Museen haben wir gerade genug. Und die vorhandenen bieten dem forschenden Schneider Material in Fülle. Sollten die aufbewahrten alten Kostüme, die Modenbilder aus allen Zeiten, die Kunstwerke, die bekleidete Menschen darstellen, nicht genügen, so werden die Leiter unserer Museen gern bereit sein die in Betracht kommenden Abteilungen auszubauen, wenn die beteiligte Industrie ihnen die hierfür nötigen Mittel zur Verfügung stellt. Diesen Einwand gegen die Schaffung noch eines Museums könnte man erheben, wenn man sich an den Namen des Vereins hält. Sein Programm, das kürzlich sein erster Vorsitzender Peter Jessen in einer Versammlung entwickelte, geht aber viel weiter. Das Modenmuseum soll der Mittelpunkt aller derjenigen Bestrebungen sein, die unsere deutsche Bekleidungsindustrie zur Selbständigkeit im Schaffen und zur Wertarbeit erziehen wollen, um sie auf der einen Seite vom Ausland unabhängig, auf der andern zu einem erfolgreichen Wettbewerber auf dem Weltmarkt zu machen. Das Modenmuseum wird also nicht nur unmittelbar der Modenindustrie durch Sammlung von Vorbildern, Hebung des Fachunterrichts, Fachausstellungen und anderes mehr zu dienen sondern auch die Verbraucher durch alle möglichen Mittel aufzuklären und zu erziehen haben. Die Mittel hierfür müßte natürlich in der Hauptsache die beteiligte Industrie aufbringen. Vielleicht stellt

die Stadt Berlin, der Mittelpunkt der deutschen Bekleidungsindustrie, die für diesen Zweck nötigen Räume, zum Beispiel ein städtisches Haus in der Breiten Straße zur Verfügung. Vom Publikum könnte man wohl nur eine wohlwollende Passivität verlangen. Denn so wenig Sinn auch das Streben nach einer sogenannten deutschen Mode haben mag (siehe darüber diese Rundschau, 1915. 1. Band, pag. 216, und in diesem Band, pag. 1148 f.), so ist die Förderung der deutschen Modenindustrie, vorausgesetzt, daß sie nicht eine törichte Kampfstellung gegen die Weltmode einnimmt, sicher von Vorteil. Man darf wohl erwarten, daß der neue Verein mit einem Leiter, der unzweifelhaft einer unserer besten beamteten Organisatoren ist, und dank der Unterstützung so vieler erfolgreicher Kaufleute schnell sichtbare Beweise seines Wirkens geben wird.

X **Modenzeichnungen** Eine Mode verlangt auch ihre eigenen Zeichner. X

Darum ist es ganz folgerichtig, wenn einer der Vorkämpfer einer deutschen Mode, Ernst Friedmann (von ihm stammt auch die Idee des Modenmuseums), in seinem Hohenzollernkunstgewerbehaus zu Berlin eine Ausstellung von Modenzeichnungen veranstaltet. Sie ist reich beschriftet und interessant. Von bekannteren Zeichnern, die auf diesem Gebiet regelmäßig arbeiten, vermißt man freilich die Figurantenschöpfer wie Ernst Stern, Walser usw. Die Frauen sind hier sehr stark in der Mehrheit, die Fiftis, Millys, Muschis und Tesis. Diese zuckrig zurechtgemachten Namen scheinen zum Gewerbe zu gehören, und man muß sie sich gefallen lassen, da sich ihre Trägerinnen im allgemeinen die Sache nicht leicht machen.

Das, was man sich unter einer vollkommenen Modenzeichnung vorstellt, sucht man freilich auf dieser Ausstellung noch vergebens. Wohl jeder denkt dabei an einen Namen: Boutet de Monvel. Dieser Pariser hat es uns gelehrt, wie man an die besten Überlieferungen anknüpfen, den schönsten Modekupfern der ältern Zeit Gleichwertiges schaffen und dabei doch im besten Sinn des Wortes modern sein kann. Von seinen Arbeiten kann man die Forderung ableiten, daß eine gute Modenzeichnung ihren Zweck vollkommen erfüllen und dabei doch ein geistvolles kleines Kunstwerk sein kann. Die erste Forderung ist die wichtigste, die unbedingt erfüllt

werden muß: Eine Modenzeichnung, die der Betrachterin nicht eine klare Vorstellung von der Modeschöpfung gibt, dem Schneider nicht als vollkommen genügende Vorlage für Schnitt, Stoffe, Farbenzusammenstellung und Verzierungs-techniken dienen kann, hat ihren Beruf verfehlt. Diese Forderung vermögen heute viele Spezialisten und Spezialistinnen in Deutschland zu erfüllen, aber ihre sachlich durchaus genügenden Arbeiten haben mit Kunst nicht das geringste zu tun. Es fehlt ihnen der Geist. Wohlverstanden: nicht der literarische Geist, der darin besteht, daß man sich bei diesen Darstellungen etwas denken kann oder muß, sondern der des bildenden Künstlers, der durch die Führung einer Linie, durch die Zusammenstellung der Farben, durch die Verteilung von Licht und Schatten zu bestimmten Assoziationen zwingt.

In der Ausstellung, die zu diesen allgemeinen Betrachtungen Anlaß gegeben hat, ist Ludwig Kainer zweifellos die bei weitem bedeutendste Persönlichkeit. Aber er vernachlässigt die Zweckforderung zu sehr, und seine Gestalten sind weniger lebendig als aufgeregt. Eine Modenzeichnung muß farbig sein, aber schwarzweiße Darstellungen, wie sie die Ausstellung zeigt (ich meine nicht Bayros' Pikanterien, die mit Moden nichts zu tun haben), sind gewiß vorzügliche Vorarbeiten, um den Blick des Zeichners auf das Erfassen der Form zu sammeln. Denn bei den Modenzeichnungen wird die Form immer das Primäre sein, mag auch die Mode, wie jede andere Kunst, bald die Form bald die Farbe bald die Helligkeitswirkung mehr betonen.

Interessante Modenzeichnungen waren im Graphikverlag in Berlin ausgestellt. Sie rühren von dem Schweizer Maler C. F. Savary her und verbinden unentbehrliche Sachlichkeit mit geistreicher Darstellung.

× **Kurze Chronik** Der wissenschaftliche Hilfsarbeiter am Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg Dr. Ernst Weiß ist auf dem Schlachtfeld gefallen. Von ihm stammt als Ergebnis jahrelanger sorgfältiger Arbeit eine Monographie über den Antwerpener Maler Jan Gossaert, genannt Mabuse. × Der Architekt Professor Dr. Otto Raschdorff ist in Berlin gestorben. Raschdorff war wiederholt als bautechnischer Sachverständiger bei den deutschen Ausgrabungen

in Pergamon tätig; er hat auch eine umfassende Arbeit über sie veröffentlicht. < Die Stadt Breslau plant die Errichtung eines Museums des Weltkriegs und hat mit den Vorbereitungen für diese neue Schöpfung die Direktion des Schlesischen Museums für Kunstgewerbe und Altertümer betraut. Eine Anzahl von Handzeichnungen und Reproduktionen ist von der Stadt für diesen Zweck bereits angekauft worden. × Die Königsberger Kunstgewerbeschule hat in dem Architekten Regierungsbaumeister Edmund May einen neuen Direktor erhalten. Er ist 1876 geboren und war ein Mitarbeiter Alfred Messels. × Auf Anregung des Warschauer Architektenklubs wurde ein künstlerischer Beirat als Hilfsorgan bei der Bausektion der Stadtverwaltung begründet. × Das Rote Kreuz läßt in Berlin eine Kriegsmosaik kleben, für die Arthur Kampf die Zeichnung geliefert hat. Jeder Käufer eines Glaseinschens kann es auch gleich an der richtigen Stelle einfügen. Nur die Köpfe werden von geübten Arbeitern ausgeführt. Jedenfalls ist dieses Mosaizieren sympathischer als das Nageln, gegen das sich die Berliner Akademie der bildenden Künste mit einer bei dieser Kunstbehörde nicht gewohnten Derbheit ausgesprochen hat. × Auch die Kaiserliche Majolikamanufaktur in Cadinen hat Kriegsgedenkartikel ausgeführt. Sie sollen in erster Linie an die in Cadinen verpflegten Kriegsverwundeten verteilt werden, ein kleiner Teil soll aber auch in den Handel kommen. × Das Ergebnis des Stuttgarter Wettbewerbs über Kriegergrabmäler und -gedenktafeln (siehe diese Rundschau, in diesem Band, pag. 1149) liegt jetzt in einem Heft vor, das bei Konrad Wittwer in Stuttgart erschienen ist. Alle mit Preisen ausgezeichneten, angekauften und mit lobenden Erwähnungen bedachten Entwürfe sind hier wiedergegeben.

× **Literatur** Das Jahrbuch des Deutschen Werkbunds ist wohl durch seinen neuen Verleger (F. Bruckmann in München hat Eugen Diederichs in Jena abgelöst) zu dem schlagkräftigen Titel Deutsche Form im Kriegsjahr gekommen. Denn der Inhalt hat mit diesem Titel nicht das geringste zu tun. Er beschränkt sich, wie zu erwarten war, in Wort und Bild auf die Kölner Werkbundaussstellung. Den klugen, fein und knapp charakterisierenden Text hat Peter

